

Die rechtliche Bedeutung der Meistbegünstigungsklausel im Ost-West-Handel

Von Dr. Gottfried Zieger

Institut für Völkerrecht der Universität Göttingen

I. Die Meistbegünstigungsklausel als Prinzip der Nicht-Diskriminierung

Die Meistbegünstigungsklausel kann als das wichtigste rechtliche Instrument zur Ordnung und Förderung der internationalen Handelsbeziehungen seit dem vorigen Jahrhundert bezeichnet werden. Ihre rechtliche Existenz läßt sich zwar schon im Ausgang des Mittelalters präzisieren¹, generell tritt sie jedoch erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts mit einer harmonisierenden Funktion deutlich in Erscheinung. Triebkräfte dieses Prozesses waren eine ökonomische und eine rechtlich-politische Komponente, die in inhaltlicher Verknüpfung diesen Vorgang bewirkt haben.

Die im *wirtschaftlichen* Sektor zur Durchsetzung gekommenen liberalen *Ideen des freien Wettbewerbs* des kaufmännischen und gewerblichen Unternehmers drängten auf eine Oeffnung merkantilistischer staatlicher Außenhandelsschranken. Das vom Individuum her im staatlichen Rechtskreis aktiv gewordene Prinzip der *rechtlichen Gleichbehandlung* forderte Anerkennung auch im internationalen Bereich.

Der völkerrechtliche Inhalt des Gleichheitssatzes ist bis zum heutigen Tage nur wenig über seine abstrakte Festlegung gleicher Rechtsanwendung auf die Subjekte der Völkerrechtsordnung hinausgekommen².

Die im internationalen Wirtschaftsbereich wirksam gewordenen Kräfte erstrebten jedoch eine weitergehende Verwirklichung dieses Satzes im Sinne der Gewährung gleicher wirtschaftlicher Chancen für die Individuen der einzelnen Staaten. Diese Forderung nach einem derartigen „wirtschaftlichen Fremdenrecht“ war nur auf völkervertraglichem Wege zu erreichen. Die auf private — politisch neutrale — Betätigung angelegte Zielsetzung vermochte rascher zu Teilerfolgen zu gelangen als in ausgesprochen politischen Bereichen. Der dort besonders stark ausgeprägte Gedanke voller *Gegenseitigkeit* bei der Einräumung von Vorrechten erfuhr auf dem Gebiet der internationalen wirtschaftsrechtlichen Gestaltung eine der Natur nach universell angelegte Ausrichtung.

Die Meistbegünstigungsklausel bot sich hierzu als formelles Mittel an: Das einem Staat auf wirtschaftlichem Gebiet eingeräumte Vorrecht soll automatisch von jedem anderen beteiligten Staat in Anspruch genommen werden können, keiner dieser Staaten soll — negativ gefaßt — eine schlechtere Behandlung als der andere erfahren dürfen. Die Meistbegünstigungsklausel zeigt somit die Durchsetzung des Prinzips der Nicht-Diskriminierung auf wirtschaftlichem Gebiet³.

Es läßt sich somit feststellen, daß die Meistbegünstigungsklausel hervorgegangen ist aus dem tragenden Gedanken der internationalen Freiheit und Gleichheit im wirtschaftlichen Betätigungsfeld. Jede bilaterale Gewährung mußte Ausweitungstendenz in sich tragen; denn die Staaten waren, nicht zuletzt aus dem politischen Bestreben nach gleichberechtigter Partnerschaft, bemüht, in den Genuß eines Höchstmaßes von wirtschaftlichen Bevorzugungen zu kommen, welche hierdurch in normativer Richtung tendierten. Die Meistbegünstigungsklausel erhält damit eine harmonisierende und generalisierende Funktion⁴.

Ihrer Bildung ist eine wesensmäßig gleichgeartete freie Wirtschaftsstruktur zugrunde gelegt. Die umfassend gewordene Gegenseitigkeit im Sinne tatsächlichen wirtschaftlichen Nutzens aller angeschlossenen Staaten ist ihr als selbstverständlich immanent.

Jede Verschiebung der Ausgangssituation, vor allem durch verstärkte Grade staatlichen Wirtschaftsinteresses, mußte Modifikationen der Meistbegünstigungsklausel nach sich ziehen, sie zeigen sich in territorialen und sachlichen Einschränkungen, in einer absoluten und einer relativen Form, in der Unbedingtheit oder Bedingtheit ihrer Gewährung⁵ bis zu ihrer weitgehenden Aushöhlung und Entwertung in den letzten Jahrzehnten allgemeiner staatlicher Wirtschaftsreglementierung.

Die in den Nachkriegsjahren mit den Gedanken der Havanna-Charter⁶ einsetzende Neubelebung der liberalen Prinzipien im weltwirtschaftlichen Bereich mußte, wenn sie — unter Zugrundelegung ihrer Kon-

zeption — Erfolg haben wollte, auf Wiederherstellung der Meistbegünstigungsklausel in ihrer klassischen Form der unbedingten, uneingeschränkten, gegenseitigen Einräumung aller wirtschaftlichen Maximalbegünstigungen angelegt sein. Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) vom

30. Oktober 1947⁷ ist das Ergebnis dieser Bestrebungen; es verpflichtet sämtliche Vertragsstaaten grundsätzlich zur gegenseitigen Einräumung unbedingter Meistbegünstigung. Man hat deshalb von ihm als der Magna Charta des Weltfreihandels gesprochen⁸.

II. Die Meistbegünstigungsklausel unter der Einwirkung des staatlichen Außenhandelsmonopols

Demgegenüber muß es als außerordentlich gewagt erscheinen, die Meistbegünstigungsklausel auch im Handel der westlichen, freien Welt mit den durch eine Höchstform staatlicher Planwirtschaft und ein absolut durchgeführtes staatliches Außenhandelsmonopol gekennzeichneten *Ostblockländern* als Regelungsprinzip ins Auge zu fassen. Dieses Problem ist unter den mannigfaltigsten Gesichtspunkten behandelt worden. Sie lassen sich etwa in folgende drei Gruppen einordnen:

1. Die durch die Meistbegünstigungsklausel gegebene gegenseitige Gleichheit bestehe nur rein formell. Tatsächlich sei eine äußerste *Ungleichheit* gegeben, welche der Klausel ihre normale Funktion nehme⁹. Vorteile bringe die Klausel nur den Ländern mit staatlicher Planwirtschaft¹⁰. Räume der westliche Staat dem anderen Partner die niedrigsten Zolltarife ein, so habe dieser weit größere Exportmöglichkeiten als im umgekehrten Falle; denn auch eine meistbegünstigte Einfuhr aus den westlichen Staaten könne durch den von vornherein festliegenden Importplan keine den wirtschaftlichen Gegebenheiten entsprechende Ausweitung erfahren¹¹.

Tarifzugeständnisse seien mithin bedeutungslos¹². Ueberhaupt komme dem Einfuhrzoll in den Ländern mit staatlichem Innen- und Außenhandelsmonopol keine marktregulierende Funktion zu. Der vom Staat entrichtete Einfuhrzoll fließe ihm selbst wieder zu, die Höhe des Tarifsatzes sei also für den Import praktisch gleichgültig. Der Ein-

fuhrzoll könne überdies nach dem Willen des Staates gesenkt oder angehoben werden¹³.

2. Diese Diskrepanzen aus der unterschiedlichen Wirtschaftsstruktur würden noch verstärkt durch die Möglichkeit, die Meistbegünstigungsklausel als *politisches Mittel* einzusetzen. Da der Staat zugleich Exporteur und Importeur sei, müßten sich die politischen Gesichtspunkte bei der Außenhandelsgestaltung geradezu aufdrängen. Für ein derartiges Land seien keineswegs die ökonomischen Gesichtspunkte, dort Handel zu treiben, wo der Nutzen am größten sei, ausschlaggebend. Es könne kaufen und verkaufen, wo es wolle, die Handelspartner und das Handelsvolumen nach politischen Gesichtspunkten bestimmen, mit Hilfe des Außenhandelsmonopols also auch einen politischen Druck ausüben¹⁴.

Ebenso könne es die Zölle nach politischen Erwägungen bestimmen und die internen Marktbedingungen zur Diskriminierung ausländischer Einfuhr verändern¹⁵. Derartige Verletzungen der Meistbegünstigungsklausel seien zudem kaum nachweisbar¹⁶.

3. Auch soweit die Meistbegünstigungsklausel über Fragen des Warenverkehrs hinaus eingeräumt werde, sei sie ohne praktischen Wert für den westlichen Ausländer. Die ihm etwa eingeräumte Inländerbehandlung gebe ihm — etwa in der Frage des Niederlassungsrechts — wegen der geringen Rechte der Inländer kaum etwas. Hingegen könne der Ostblockstaat die gesamten Vorrechte im Ausland beanspruchen¹⁷.

III. Die Meistbegünstigungsklausel in den west-östlichen Handelsverträgen seit 1920

Es muß verwundern, daß trotz dieser massiven Bedenken gegen die Brauchbarkeit der Meistbegünstigungsklausel im Wirtschaftsverkehr mit einem durch Staatshandel gekennzeichneten Lande die *Ost-West-Handelsvertragspraxis* gerade zu gegenteiligen Resultaten gekommen ist.

Die Außenhandelsbeziehungen zur Sowjetunion bis zum Zweiten Weltkrieg

Die sowjetische Außenhandelspolitik, die sich seit dem Jahre 1920 abzeichnete, erzielte eine ganze Reihe zunächst provisorisch gedachter Handelsabkommen, meist in andere Staatsverträge eingegliedert¹⁸.

In dem Friedensvertrag zwischen der Sowjetunion und Estland vom 2. Februar 1920¹⁹ wurde in der Anlage I zu Art. XVI die allgemeine Meistbegünstigung für den gegenseitigen Waren- und Schiffsverkehrsverkehr sowie in Angelegenheiten des Niederlassungsrechts festgelegt, wenn auch die gewählten Formulierungen kaum erkennen lassen, daß man diesem Vertragspunkt ernstliche wirtschaftliche Bedeutung beilegte.

Im Friedensvertrag mit Litauen vom 12. Juli 1920²⁰ wurde der Abschluß eines Handelsvertrags in Aussicht genommen, für welchen der Grundsatz der Meistbegünstigung gelten sollte (Art. XIII), allerdings gegenständlich stark beschränkt, so daß prak-

tisch der Waren- und Schiffsverkehr nicht unter die Klausel fiel.

Der am 11. August 1920 unterzeichnete Friedensvertrag mit Lettland²¹ legte das Meistbegünstigungsprinzip in ähnlich abgeschwächter Form fest, die beinahe nur als eine Art Reziprozität aufgefaßt werden kann. Diese Bestimmungen sollten bereits bis zum späteren Abschluß eines Handels- und Transitvertrages Geltung besitzen (Art. XVII).

Der Friedensvertrag mit Finnland vom 14. Oktober 1920²², der in Art. XXXII eine vorläufige Regelung der Handelsbeziehungen bringt, enthält nur eine sachlich auf die Flößerei beschränkte Meistbegünstigungsklausel (Art. XXI)²³.

Als erster von der Sowjetunion abgeschlossener selbständiger Handelsvertrag kann der Wirtschaftsvertrag mit Großbritannien vom 16. März 1921²⁴ angesehen werden. In ihm findet sich ebenfalls die Meistbegünstigungsklausel, wenn auch in einer wenig präzisierten Form.

Die seit dem Jahre 1924 systematisch seitens der Sowjetunion in reicher Zahl abgeschlossenen Handelsverträge, in denen diese deutlich eine allgemeine vertragliche Regelung der Handelsbeziehungen wie zwischen den übrigen Staaten anstrebte, enthalten wohl ausnahmslos die Meistbegünstigungsklausel in ihrer klassischen unbedingten und uneingeschränkten Form. An der Spitze steht hier der Handels- und Schiffsverkehrsvertrag mit Italien vom 7. Februar 1924²⁵, der die allgemeine gegenseitige Anwendbarkeit der Klausel insbesondere auch auf die Zolltarife ausspricht und in welchem erstmalig das Außenhandelsmonopol der Sowjetunion offiziell von einem anderen Staat anerkannt worden ist.

In noch umfassenderer Weise wurde die Meistbegünstigungsklausel in dem Vertragswerk zwischen dem Deutschen Reich und der UdSSR vom 12. Oktober 1925²⁶ stipuliert. Prinzipiell hatten sich die beteiligten Staaten hierauf bereits im Rapallo-Vertrag vom 16. April 1922 in eindeutiger Form festgelegt. Mit diesem Handelsvertrag war ein angestrebter Erfolg der sowjetischen Handelspolitik erreicht, der in einer Vielzahl weiterer Handelsabkommen mit anderen Ländern schrittweise ausgebaut wurde^{27, 28}.

Die auf sowjetischer Seite maßgebende Motivation für diese Zielsetzung muß in erster Linie auf politischer Ebene gesucht werden; der tatsächliche wirtschaftliche Wert läßt sich demgegenüber wegen der damals noch mangelhaften Entfaltung des sowjetischen Wirtschaftspotentials nur gering veranschlagen. Wenn auch die der Klausel immanenten dynamischen wirtschaftspolitischen Momente sowjetischerseits frühzeitig erkannt worden sein mögen, hat doch der Gedanke ausschlaggebend eine Rolle gespielt, den Grundsatz der rechtlichen Gleichbehandlung mit der übrigen Staatenwelt zur Anerkennung zu bringen. Das der Meistbegünstigungsklausel in ihrer Entstehung zugrunde liegende Gleichheitsprinzip ent-

wickelt somit eine eigenartige Motivkraft. Von der Prestigeseite her drängte die sowjetische Außenhandelspolitik danach, über die wirtschaftliche Ebene der international-rechtlichen Beziehungen, nicht zuletzt mittels einer vertraglichen Statuierung des staatlichen Außenhandelsmonopols, zur politischen Anerkennung ihrer völkerrechtlichen Existenz zu gelangen.

Der Meistbegünstigungsklausel kommt somit in erster Linie eine rein *formelle* Bedeutung zu, indem ihr eine ausgesprochen *politische Funktion*, äußerliche Gleichberechtigung zum Ausdruck bringen zu wollen, beigelegt wird. Die starken sowjetischen Ressentiments gegenüber jeder auch nur scheinbaren Diskriminierung erklären möglicherweise die Hartnäckigkeit gegen alle Versuche westlicher Staaten, eine den ökonomischen Gegebenheiten entsprechende Modifikation der Klausel zu erreichen.

Aus den vorstehend gekennzeichneten sachlichen Einwendungen gegen die Festlegung absoluter Meistbegünstigung in Handelsverträgen mit der UdSSR haben beispielsweise die deutschen Vertreter bei den sich fast zwei Jahre hinziehenden deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen vergeblich versucht, Mindestkontingente für den deutschen Export in das Wirtschaftsabkommen aufzunehmen, um durch vertragliche Zusicherung einer Mindestausfuhr nach der Sowjetunion ein gewisses Korrelat für die Oeffnung des deutschen Marktes durch die Meistbegünstigungsklausel zu erhalten²⁹. Erreicht wurde lediglich eine inhaltlich wenig besagende vertragliche Zusicherung, die Vertragsteile würden bestrebt sein, „die wechselseitigen Handelsbeziehungen auf jede Weise zu fördern, die möglichste Stabilität des Warenverkehrs zu erzielen und den Anteil beider Länder an der gegenseitigen Aus- und Einfuhr nach Maßgabe des Fortschritts des wirtschaftlichen Wiederaufbaus auf das Vorkriegsmaß zu bringen, wobei sie sich vom wirtschaftlichen Standpunkt leiten lassen werden“.³⁰

Der Wirtschaftsvertrag ist wegen dieser uneingeschränkt vereinbarten Meistbegünstigung lebhaften Angriffen ausgesetzt gewesen³¹.

Eine Aenderung der sowjetischen Haltung zeigte sich erstmals 1927, als es der lettischen Delegation bei den Wirtschaftsverhandlungen, die am 2. Juni 1927 zur Unterzeichnung eines Handelsvertrages führten, gelang, ein Mindestkontingent von 15,4 Millionen Rubel für die Ausfuhr lettischer Waren vertraglich zugesichert zu erhalten³². In gleicher Weise vermochte Persien im Wirtschaftsvertrag vom 1. Oktober 1927 ein festes Kontingent — sogar für den freien Handel — von 50 Millionen Rubel für seine Ausfuhr nach der Sowjetunion durchzusetzen³³. Die Erstreckung dieser Vorrechte durch die Meistbegünstigungsklausel auf andere vertraglich meistbegünstigte Staaten ist an der baltischen und asiatischen Klausel³⁴ gescheitert.

Mit Beginn der dreißiger Jahre bahnte sich eine für die rechtliche Bedeutung der Meistbegünstigungs-

klausel wesentliche Änderung in der Struktur der Außenhandelsbeziehungen zur UdSSR an. Die damalige Weltwirtschaftskrise drängte den klassischen Handelsvertrag in den Hintergrund, statt dessen bestimmten Wirtschafts- und Zahlungsabkommen mit Kontingentfestlegungen und Clearingabsprachen mehr und mehr den internationalen Handelsverkehr. Das den Handelsvertrag beherrschende Regelungsprinzip der Meistbegünstigung wurde faktisch dem einzelstaatlichen Bestreben nach Ausgleich der Handelsbilanzen geopfert. Die Sowjetunion hatte zunächst versucht, alle Einfuhrbeschränkungen ihrerseits mit Importrestriktionen oder -verboten zu beantworten³⁵. Sie fügte sich indessen sehr bald in diesen weltwirtschaftlichen Strukturwandel, der ihr im Grunde genommen die Abstimmung auf die anlaufenden Fünfjahrpläne sogar erleichtern mußte.

So bestimmte der Grundsatz der Ausgleichung der Zahlungsbilanz den Charakter der Wirtschaftsabkommen mit Großbritannien vom 16. Februar 1934³⁶. Das Handelsabkommen mit Belgien vom September 1935 legte erstmals ein bestimmtes Handelsvolumen zwischen den Vertragsstaaten fest³⁷.

Der am 4. August 1937 mit den Vereinigten Staaten abgeschlossene Handelsvertrag räumte der Sowjetunion das Zugeständnis der Meistbegünstigung in Zollfragen ein. Dafür erhielten die Vereinigten Staaten die Zusicherung, daß innerhalb des ersten Jahres Waren im Werte von mindestens 40 Millionen Dollar von sowjetischer Seite abgenommen werden würden³⁸.

Am Ausgang dieser ersten Phase war damit das durch die Meistbegünstigungsklausel gefährdete Prinzip materieller Gegenseitigkeit im Handel mit der UdSSR stärker verfestigt worden.

Der Ost-West-Handel nach dem Zweiten Weltkrieg

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bringt die Erstreckung der Ost-West-Handelsproblematik auf die in den sowjetischen Machtbereich einbezogenen Volksdemokratien. Die Meistbegünstigungsklausel bleibt in diesen Fragenkomplex eingeschlossen.

Die vorstehend skizzierte *politische Funktion* erfährt eine gewisse Akzentverlagerung. Die Klausel dokumentiert nicht mehr allein das Streben nach Anerkennung gleichberechtigter Partnerschaft, sie wird vielmehr ein Mittel zur Kennzeichnung des Grades der politischen Einflußnahme und Willensbildung der Ostblockstaaten, besonders der UdSSR, in bezug auf die umgebende Staatenwelt.

Kennzeichnend hierfür ist die Ausgestaltung der Meistbegünstigungsklausel beispielsweise in dem Handelsabkommen der Sowjetunion mit Finnland vom 1. Dezember 1947³⁹.

Die Klausel erfährt in diesem Verträge in unbedingter, absoluter Form eine maximale gegenständliche Ausdehnung auf beinahe alle nur erfaßbaren Fragen des Handels, der Schifffahrt, des Verkehrs und

der gesamten innerstaatlichen Tätigkeit wirtschaftlicher Funktionsträger des anderen Vertragsstaates (Art. 3—9).

Bemerkenswerterweise ist für die Meistbegünstigungsklausel keinerlei Ausnahme für Zollbündnisse oder den Nachbarschaftsverkehr statuiert, wie sie sich sonst generell vorfindet. Die Bevorzugungen, die Finnland den übrigen nordischen Staaten gewährt, können somit von der Sowjetunion uneingeschränkt beansprucht werden. Die materielle Ungleichheit in der rechtlichen Auswirkung gegenseitiger Meistbegünstigung wird recht deutlich in den Formulierungen des Art. 10, wo finnischen Geschäftsleuten, Industriellen, privaten und juristischen Personen hinsichtlich ihrer Person und ihres Eigentums die Rechte der meistbegünstigten Nation bei wirtschaftlicher Betätigung „in dem von der Gesetzgebung der Sowjets zugelassenen Umfange“ zugesprochen wurden („sie genießen die gleichen Vorteile, Rechte und Vorrechte“), wie umgekehrt den staatswirtschaftlichen Organen, physischen und juristischen Personen der UdSSR auf finnischem Gebiet. Die zwischen die sehr detaillierten Meistbegünstigungsvorschriften placierte Bestimmungen über weitgehende paritätische Behandlung bei wirtschaftlicher Betätigung im Partnerstaat (Art. 4) kennzeichnen zusätzlich praktisch die Öffnung des finnischen Wirtschaftsraumes für sowjetische Einflußnahme. Das staatliche Außenhandelsmonopol der UdSSR wird in dem Vertrag „als eines der unumstößlichen Fundamente des sozialistischen Gemeinwesens“ von Finnland anerkannt. Der hiernach geschaffene Status unterscheidet sich in den zugrunde liegenden rechtlichen Formulierungen kaum von den Vereinbarungen, die von der Sowjetunion beispielsweise mit der Tschechoslowakei im Handels- und Schifffahrtsvertrag vom 11. Dezember 1947⁴⁰ abgeschlossen worden sind⁴¹.

Der am 11. Dezember 1948 unterzeichnete Handels- und Schifffahrtsvertrag mit Italien⁴² und der Vertrag über Handel und Schifffahrt zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 17. Oktober 1955⁴³ basieren gleichfalls auf dem Meistbegünstigungsprinzip. Nicht erfaßt werden von der Klausel Vergünstigungen im Grenzverkehr und Vorrechte aus gegenwärtigen oder künftigen Zollunionen (Art. 20 bzw. Art. 5). Das staatliche Außenhandelsmonopol der UdSSR hat nur im österreichischen Vertrag Erwähnung gefunden (Art. 9). In ihrer gegenständlichen Ausdehnung erfaßt die Klausel außer der Schifffahrt den Warenverkehr einschließlich des Transits in Zollangelegenheiten und inländischer Besteuerung. Die Meistbegünstigung ist ausgedehnt auf die Fragen des Fremdenrechts, im Vertrag mit Österreich weitgehend als in der Vereinbarung mit Italien (Art. 10 bzw. Art. 19). Das Abkommen mit Italien enthält weiter das Verbot von Außenhandelsbeschränkungen; enumerativ werden sehr enggefaßte Ausnahmegruppen

pen statuiert, in denen von diesem Grundsatz — unter der Voraussetzung allseitiger Anwendung — abgegangen werden darf (Art. 7).

Ganz in der Reihe der üblichen Handelsverträge steht beispielsweise der Vertrag mit der Schweiz vom 17. März 1948⁴⁴. Die Meistbegünstigungsklausel betrifft im wesentlichen nur die Abgabenerhebung im Warenverkehr, unter Vorbehalt der Nachbarschafts- und Zollunionsregelungen. Im Gegensatz zu den vorhergehenden Handelsverträgen muß die exakte, knappe Formulierung der Meistbegünstigungstatbestände auffallen. Auch ein ausdrückliches Verbot diskriminierender Außenhandelsbeschränkungen ist in dem Vertragswerk nicht enthalten; die Formulierung dieses Punktes erscheint wenig verpflichtend (Art. 8).

Den Charakter gleicher Sachlichkeit trägt das Handelsabkommen vom 27. März 1954 zwischen Ägypten und der UdSSR⁴⁵. Die Meistbegünstigungsklausel hat Wirksamkeit für den Handelsverkehr hinsichtlich Zollerhebung, Einfuhrreglementierung und Fremdenrecht. Betont ist die Vorteilseinräumung „unter der Bedingung der vollkommenen Gegenseitigkeit“ (Art. 2 II); die arabischen Staaten und die Nachbarländer der Sowjetunion sind gegenseitig vom Geltungsbereich der Klausel ausgenommen. Der Handelsverkehr soll auf der Grundlage spezifizierter Warenlisten vor sich gehen (Art. 3).

Ein recht beschränkter Platz wird der Meistbegünstigungsklausel im Handels- und Zahlungsabkommen der Sowjetunion mit Argentinien vom 5. August 1953⁴⁶ angewiesen. Ausdrücklich vereinbart ist sie hier nur für den Schiffsverkehr (Art. 1 II, S. 2). Für die Abwicklung der Handelsbeziehungen wird das Prinzip „absoluter Gleichbehandlung“ stipuliert, das durch die gegenseitige Verpflichtung ergänzt wird, „in dem Maße, wie es die diesbezügliche Gesetzgebung zuläßt, die größtmöglichen Erleichterungen im Warenverkehr zu gewähren“ (Art. 1 II, S. 1). Die Warenlieferung wird auf Listen festgelegt, unter Einräumung eines sowjetischen Kredits von 30 Millionen Dollar. Kennzeichnend ist der in Art. 2 fixierte Grundsatz der Ausgleichung der Handelsbilanz zwischen beiden Staaten⁴⁷.

Die beiden letzterwähnten Verträge lassen erkennen, daß die in deutlicher Anlehnung an den Typus des klassischen Handelsvertrages völkervertraglich normierten Regeln des bilateralen Handels nicht die gesamte rechtliche Seite der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen erschöpfen. Bereits in dem sowjetisch-finnischen Abkommen war in Art. 1 II

ausgesprochen worden, daß „die Regierungen der beiden Vertragspartner alsbald Verhandlungen mit dem Ziele einleiten“ werden, „ein Abkommen abzuschließen, das den Umfang und die Art des gegenseitigen Warenaustausches regelt“.

Soweit ersichtlich, haben sämtliche Handelsabkommen der Ostblockländer mit den übrigen Staaten derartige konkretisierende Ergänzungen gefunden, die — meist in der rechtlichen Form von Protokollen oder Abkommen über den Warenaustausch und Zahlungsverkehr — für bestimmte, meist auf ein Jahr bemessene Zeiträume nicht nur Warenlisten, sondern ein gattungs- und wertmäßig genau umrissenes *Handelsvolumen* festlegen und den Clearingverkehr — oft unter Kreditgewährung — regeln. So wurde beispielsweise der Handelsvertrag mit der Schweiz vom 17. März 1948 durch ein am selben Tage unterzeichnetes Abkommen über den Warenaustausch zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken⁴⁸ ausgefüllt. Für den Zeitraum vom 1. April 1948 bis 31. März 1949 galten mengen- oder wertmäßig festgelegte Kontingente einzelner Warengruppen, zusammengefaßt in beiderseitigen Warenlisten.

Das Handelsvolumen mit Finnland bestimmte sich im Jahre 1955 nach einem am 25. Januar 1955 abgeschlossenen Protokoll über die gegenseitigen Warenlieferungen, verbunden mit einer sowjetischen Handelskreditgewährung von 40 Millionen Rubel⁴⁹. Für das Jahr 1956 galt ein am 2. Dezember 1955 unterzeichnetes Protokoll über ein beiderseitiges Handelsvolumen von über 1 Milliarde Rubel⁵⁰. Zusammen mit dem sowjetisch-österreichischen Handelsvertrag wurde ein Abkommen über den Warenaustausch und den Zahlungsverkehr vereinbart, das im kommerziellen Warenverkehr gattungsmäßig festgehaltene Kontingente von insgesamt je 25 Millionen Dollar bestimmte⁵¹. Für das Jahr 1957 galt ein Abkommen mit einem Handelsvolumen von je 33 Millionen Dollar⁵².

Mit Italien wurde für 1955 ein Umsatzvolumen von wertmäßig 21 Milliarden Lire, aufgliedert in beiderseitige Kontingentslisten, vertraglich vereinbart⁵³. Für das Jahr 1956 fand eine Erhöhung der Kontingente durch das gemeinsame Protokoll vom 1. Juni 1956 um etwa 25 vH statt⁵⁴.

Mit weiteren Staaten wurden entsprechende Festlegungen getroffen, und zwar auch beim Fehlen eines sogenannten klassischen Handelsvertrages^{55, 56}. Dies gilt ebenso für die übrigen Ostblockstaaten⁵⁷.

IV. Rechtliche und tatsächliche Funktion der Meistbegünstigungsklausel im Ost-West-Handel

Das aus den Entwicklungsformen des Ost-West-Handels zu gewinnende *Ergebnis* der rechtlichen Bedeutung der Meistbegünstigungsklausel zeigt eine

grundlegende Divergenz von rechtlicher und tatsächlicher Funktion.

Das eigenartige Phänomen der durchgängigen

Aufnahme der Klausel in die Handelsabmachungen mit den Ostblockstaaten kann nicht als zufällig gewertet werden. Es muß unter einem rechtlichen Gesichtspunkt gesehen werden, daß die schwerwiegenden Gründe gegen eine funktionelle Regelung der Handelsbeziehungen zum Osten durch die Meistbegünstigungsklausel ohne nennenswerte Resonanz geblieben sind. Wenn die Fälle außer Betracht gelassen werden, in denen auf Grund eines dominierenden politischen Einflusses der Sowjetunion keine tatsächliche volle Handlungsfreiheit — wie etwa bei Finnland nach 1945 — gegeben war, beruhte die Aufnahme der Klausel in bilaterale Wirtschaftsregelungen auf einem freien Vertragswillen des Partnerstaates, dem Verlangen der anderen Seite nachzukommen. Dieses von *Nolde*⁵⁸ als unverständlich empfundene Verhalten ist rechtlich nur erklärbar aus einer der Meistbegünstigungsklausel zugewachsenen *normativen Kraft*, welche die Partnerstaaten abgehalten hat, die Sowjetunion und später auch die übrigen Ostblockländer durch Vorenthaltung der Klausel zu diskriminieren. Im Recht der internationalen Wirtschaftsbeziehungen beginnt sich damit ein Völkergewohnheitsrechtssatz in dieser Richtung deutlich abzuzeichnen.

Die Durchsetzung des Grundsatzes rechtlicher Gleichbehandlung im wirtschaftlichen Betätigungsfeld gegenüber sachlichen Zweckmäßigkeitserwägungen mußte indessen auf die tatsächlich bestehenden prinzipiellen Strukturunterschiede der liberal angelegten und der in absoluter Form dirigistisch gestalteten Wirtschaftsbereiche abgestimmt werden. Im Ergebnis hat sie die *Reduzierung* der Bedeutung der Klausel auf eine im wesentlichen nur *formelle Seite* zur Folge gehabt. Die Meistbegünstigungsklausel wird in der Ost-West-Beziehung in erster Linie zu einer Formel, die *rechtliche Gleichbehandlung* in Fragen internationaler Wirtschaftsrelationen ausdrücken soll.

Die ihrem Inhalt nach auf Abstraktheit angelegte Klausel — sie besagt unmittelbar nichts über Ausmaß und Gewicht der tatsächlich durch sie vermittelten Vergünstigungen — hat auf der Basis des auf internationalen Handelsverkehr eingestellten westlichen Wirtschaftsgefüges materielle Funktionen der Nivellierung und Harmonisierung mit weltwirtschaftlicher Ausrichtung gewonnen. Wie schon dargetan, ist das GATT zum wesentlichen Instrument dieser Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg geworden, das die Liberalisierung der internationalen Wirtschaftsvorgänge zum Ziel, die Meistbegünstigungsklausel zum Mittel seiner Bestrebungen genommen hat⁵⁹.

In seiner universal angelegten Konzeption mußte es bestrebt sein, diese materielle Funktion der Klausel auch auf die Ost-West-Situation zu erstrecken. In gewisser Wiederholung der im Rahmen der Völkerbundsorganisation im Jahre 1931 unternommenen Versuche⁶⁰ will es die Konfliktslage durch die Ver-

pflichtung staatlicher Handelsorgane lösen, den internationalen Handel ausschließlich von *kaufmännischen Gesichtspunkten* (commercial considerations) her zu bestimmen und den Vertragspartnern die Bedingungen des freien Wettbewerbs zu gewähren⁶¹.

Durch Entpolitisierung der Außenhandelstätigkeit sollte eine der hauptsächlichsten Einwendungen gegen die Geltung der Meistbegünstigungsbestimmung im Handel mit den Ostblockländern ausgeräumt werden. Diese Zielsetzung ist rein äußerlich durch das Fernbleiben der Ostblockstaaten vom GATT⁶² gescheitert. Die Aussichten, mit dieser Tendenz allein zur Problemlösung zu gelangen, sind nicht hoch zu veranschlagen. Abgesehen vom Fehlen effektiver Sanktionen gegen eine Verletzung dieser Prinzipien, die fast den Charakter einer *obligatio naturalis* haben, wird damit das Wesen planwirtschaftlicher Doktrin in den Oststaaten kaum erfaßt.

Ein weitgehender Ausgleich ist vielmehr von den gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen selbst gefunden worden. Die Festlegung von Handelskontingenten, die rechtlich besser als *Tauschvolumen* bezeichnet werden können, hat die eigentlichen Bedenken gegen die Meistbegünstigungsklausel, materielle Ungleichheiten in den beiderseitigen Exportmöglichkeiten zu schaffen, weitgehend aufgelöst. Wie die skizzierte Entwicklung gezeigt hat, fällt dieser Strukturwandel gerade in die Zeit des weitgehenden Uebergangs der westlichen Länder zu starker staatlicher Reglementierung der Außenhandelswirtschaft. Derartige Kontingentsabreden finden sich zwar auch heute noch im westlichen zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr, in der Ost-West-Beziehung haben sie indessen den *typischen Charakter normaler Handelsformen* angenommen.

Rechtlich gesehen bedeutet dies einen Bedeutungswandel der bilateralen Handelsverträge, die nicht mehr Rahmencharakter tragen, sondern weitgehend einen wirtschaftlich fiktiven Inhalt bekommen. Eigentliche Rechtsgrundlage für den Warenverkehr sind die periodisch unterzeichneten Handelsprotokolle.

Ueber die formelle Seite der Meistbegünstigungsklausel hinaus bleibt ihr nur ein *Rest* wirklich *materieller Bedeutung*. Die Zolltarife werden nach dem Meistbegünstigungsprinzip erhoben. Doch durch die Festlegung von beiderseitigen, konkret gehaltenen Austauschvolumen tritt der Zollmechanismus, der die Regulierung des internationalen Warenflusses bestimmen soll, in seiner Bedeutung stark zurück. Vom Kommerziellen her gesehen, neigen die Zolltarife dazu, im Ost-West-Handel zu bloßen kaufmännischen Rechnungsposten abzusinken.

Auch der letzte Punkt, die Auswirkung der Meistbegünstigungsklausel auf wirtschaftliche Gebiete außerhalb des eigentlichen Warenverkehrs — insbesondere des Niederlassungsrechts —, wird durch den Kontingentscharakter des Ost-West-Handels beein-

flußt. Denn die Festlegung spezifischer Handelsvolumen beeinträchtigt den Wert einer Wirtschaftstätigkeit des Vertragsstaates auf dem Territorium des Partnerlandes. Wie die Handelsvertragspraxis gezeigt hat, finden sich insoweit gegenständliche Beschränkungen der Meistbegünstigungsklausel. Das Gleichgewicht der Ost-West-Handelsrelation⁶³ wird im übrigen durch ein rechtlich verfeinert durchgebildetes, reichhaltiges Instrumentarium gesichert, das von der westlichen Staatenwelt, die durchaus nicht eine neutrale Position gegenüber dem innerstaatlichen Wirtschaftsgefüge bezieht, bei Störungen des Gleichgewichtszustandes eingesetzt werden kann.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die politischen Motive der Nichtdiskriminierung, welche ursprünglich neben wirtschaftlichen Erwägungen für die Aufnahme der Klausel in das Handelsvertragssystem bestimmend waren, innerhalb der westlichen Welt mit prinzipiell freier Wirtschaft durch die Tatsache der generellen Anwendung weitgehend aufgehoben worden sind: das allseitig zugestandene „besondere Vorrecht“ hat zwangsläufig zu einer Entpolitisierung der bilateralen Wirtschafts-

beziehungen in Richtung allgemeingültiger materiell-rechtlicher „minimum standards“ geführt⁶⁴. Im Ost-West-Handel läßt sich gleichfalls eine Entwicklung beobachten, die auf Neutralisierung des für die Meistbegünstigungsklausel auch hier zunächst als Triebkraft wirksamen politischen Moments gerichtet ist. Sie ist jedoch nicht darauf angelegt, der Klausel eine echte materielle Wirksamkeit in Richtung auf eine rechtliche Verfestigung zuzulegen. Eine Normbildung auf dieser Grundlage müßte allein schon an der fehlenden Homogenität der Wirtschaftsstruktur des Westens und des Ostens scheitern. Das Feld der Ost-West-Handelsbeziehung wird tatsächlich von Elementen beherrscht, die abzuleiten sind aus dem monopolisierten staatlichen Außenhandel im Osten und den Maßnahmen der westlichen Länder, die auf Kompensierung der als unerwünscht einseitig empfundenen Auswirkungen der Klausel drängen. Ob sich aus ihnen eine Standardisierung der Handelsgepflogenheiten mit dem Ziele rechtlicher Ausformung ergeben wird, kann hier dahinstehen. Denn jedenfalls wird ihr Inhalt nicht allein und auch nicht essentiell von der Meistbegünstigungsklausel bestimmt werden.

Anmerkungen

¹) Vgl. hierzu Erler, „Grundprobleme des Internationalen Wirtschaftsrechts“, 1956, S. 52 ff.; Schwarzenberger, „The Most-Favoured-Nation Standard in British State Practice“ in: *British Year Book of International Law*, 22 (1945) S. 96 ff.; Kulischer, „Die Meistbegünstigung in den Handelsverträgen im Wandel der Zeiten“ in: *Zeitschr. f. d. ges. Staatswissenschaft*, Bd. 89, 1930, S. 540 ff. mit ausführlichen Literaturhinweisen; Nolde, „La Clause de la Nation la plus favorisée“ in: *Rec. des Cours*, Tome 39, 1932 I, S. 24 ff.; John, „Die ungeklärte Meistbegünstigung“, 1929, S. 17 ff.

²) Erler, a. a. O., S. 159 mit Nachweisen.

³) Die in ihrem Inhalt abstrakte Klausel ist nicht auf Fragen wirtschaftlicher Beziehungen beschränkbar, sie ist auch auf sonstige Materien, beispielsweise diplomatische und konsularische Vorrechte, angewendet worden. In der Praxis der Handelsverträge hat sie jedoch die hauptsächlichste Bedeutung gewonnen, vor allem in Zollfragen. Vgl. hierzu Bonhoeffer, „Die Meistbegünstigung im modernen Völkerrecht“, 1930, S. 55 ff.; Predöhl, „Außenwirtschaft“, 1949, S. 197 f.

⁴) Erler, a. a. O., S. 53.

⁵) Scheuner, „Zweiseitige Handelsverträge und multilaterale Handelsvereinbarungen“ in: *Die Friedenswarte*, Bd. 52, 1953/55, S. 108 ff.; Schwarzenberger, a. a. O., S. 100 f.; Loher, „Die Meistbegünstigungsklausel“, 1949, S. 17 ff.; Riedl, „Ausnahmen von der Meistbegünstigung“, 1931, S. 7 ff.; Bonhoeffer, a. a. O., S. 39 ff.; Quack, „Probleme der Meistbegünstigung“, 1936, S. 55 ff.; Meyer-Eicklingen, „System und völkerrechtlicher Gehalt der deutschen Handelsverträge“, 1934, S. 82 ff.; u. a.

⁶) Text in deutscher Uebersetzung in: Gross, „Welthandel von morgen“, 1950, S. 299 ff.

⁷) BGBl., 1951, Teil II, Anlageband I—III.

⁸) Erler, a. a. O., S. 105.

⁹) Nolde, a. a. O., S. 82 ff.; Snyder, „The Most-Favored-Nation Clause“, 1948, S. 143; Viner, „Trade Relations between free-market and controlled economies“, 1943, S. 70 ff.

¹⁰) Kellner, „Die Meistbegünstigungsklausel und ihre Stellung in der Handelspolitik der Gegenwart“, 1932, S. 108 ff.; Westenberger, „Russische Handelsverträge“ in: *Magazin der Wirtschaft*, 1927, S. 1599.

¹¹) Bütow, „Das gegenwärtige innerstaatlich geregelte Außenhandelsrecht der UdSSR unter Berücksichtigung der zwischenstaatlichen Verträge“, 1956, S. 138; Mainz, „Die Auswirkungen des Außenhandelsmonopols der UdSSR auf die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen“, 1930, S. 173.

¹²) Kellner, a. a. O.

¹³) Nolde, a. a. O., S. 83; Baykow, „Soviet Foreign Trade“, 1946, S. 10.

¹⁴) Viner, a. a. O., S. 72 ff.; Nolde, a. a. O.; Kellner, a. a. O., S. 109; John, a. a. O., S. 83 ff.; Donath, „Der deutsch-russische Handelsverkehr“ in: *Magazin der Wirtschaft*, 1928, S. 535 ff.; Schweinfurth, „Das Außenhandelsmonopol der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken“, 1936, S. 162.

¹⁵) Viner, a. a. O.; Snyder, a. a. O.; Baykow, a. a. O.

¹⁶) Enke-Salera, „International Economics“, 2nd ed., 1952, S. 437 ff.

¹⁷) Kapp, „Planwirtschaft und Außenhandel“, 1936, S. 92; John, a. a. O., S. 85 f.; Kellner, a. a. O.

¹⁸) Vgl. hierzu Schweinfurth, a. a. O., S. 12 f.; Schmucker-Boustedt, „Das System der Außenhandelspolitik der UdSSR“ in: *Ostraum-Bericht*, NF, Heft 1, 1943/44, S. 87 ff.; Westenberger, a. a. O., S. 1600; Ischboldin, „Die russische Handelspolitik der Gegenwart“, 1930, S. 117 ff.; Taracouzio, „The Soviet Union and International Law“, 1935, S. 253 ff.

¹⁹) Text: Martens-Triepel, „Nouveau Recueil général de traités et autres actes relatifs aux rapports de droit international“, 3. Sér., Tome XI, S. 864 ff.

²⁰) Text: Martens-Triepel, a. a. O., S. 877 ff.

²¹) Text: Martens-Triepel, a. a. O., S. 888 ff.

²²) Text: *Treaty Series*, Vol. 3, 1921, 6.

²³) Hierzu Taracouzio, a. a. O., S. 263. Nicht genau deshalb Stoupnitzky, „Statut International de l'U.R.S.S. Etat Commerciant“, 1936, S. 364, und Ischboldin, a. a. O., S. 118, die zu den Verträgen jener Zeit ohne Meistbegünstigungsklausel auch schlechthin den Vertrag vom 14. 10. 1920 rechnen.

²⁴) Text: Martens-Triepel, 3. Sér., Tome XVIII, 1928, S. 684 ff.; hierzu Westenberger, a. a. O., Ischboldin, a. a. O., Schweinfurth, a. a. O., S. 14; Stoupnitzky, a. a. O., S. 365.

²⁵⁾ Text: *Deutsches Handels-Archiv* (DHA) 1924/1217; hierzu Taracouzio, a. a. O., S. 271; Ischboldin, a. a. O., S. 119; Westensberger, a. a. O.

²⁶⁾ Text: *Martens-Triepel*, 3. Sér., Tome XV, 1926, S. 359 ff.; *RGBl.* Teil II, 1926/2, 138; hierzu insbesondere *Schweinfurth*, a. a. O., S. 29 ff.; *Pfuhl*, „Rechtsformen des sowjetischen Außenhandels“, 1953, S. 20 ff.

²⁷⁾ Eine Uebersicht der bis Anfang 1927 mit der Sowjetunion abgeschlossenen Wirtschaftsvereinbarungen findet sich bei *Bennstein-Leopold*, „Die Handelsverträge des Erdballs“, 1927, für die Zeit bis 1935 bei *Taracouzio*, a. a. O., Appendix XXIV, und *Stoupitzky*, a. a. O., S. 468 ff.

²⁸⁾ Der Meistbegünstigungsgrundsatz findet in allen diesen Verträgen bestimmte Ausnahmen, die sich insbesondere auf Zollunionen oder „andere Bündnisse“ — so in den Verträgen von 1920 mit den baltischen Randstaaten — erstrecken. Die den baltischen Staaten eingeräumten Vorrechte wurden andererseits von der Sowjetunion auf Grund der sogenannten „baltischen Klausel“ im allgemeinen in Verträgen mit sonstigen Staaten von der Meistbegünstigung ausgenommen, ebenso — z. B. in den Verträgen mit Italien und Großbritannien von 1924 — die den benachbarten asiatischen Staaten zugestandenen Vorrechte („asiatische Klausel“). Ursprünglich bezog sich der Ausschluß auch auf die Begünstigungen, die Ländern gewährt worden waren, welche die Sowjetunion *de jure* anerkannt hatten. — *Steffens*, „Der Einsatz der Meistbegünstigungsklausel für die Sicherung und den Ausbau der deutschen außenwirtschaftlichen Stellung in der Gegenwart“, 1940, S. 19 ff.; *Ischboldin*, a. a. O., S. 120/1; *Riedl*, a. a. O., S. 13 f.

²⁹⁾ *Kellner*, a. a. O., S. 110; *Leckzyk*, „Meistbegünstigungs- und Kontingentsklausel in russischen Handelsverträgen“ in: *Wirtschaftsdienst*, 1927, S. 2035 f.; *Westensberger*, a. a. O., S. 1599 f.

³⁰⁾ Abschnitt II Wirtschaftsabkommen, Art. 1.

³¹⁾ *John*, a. a. O., S. 82 ff.; *Seraphim*, „Zum deutsch-russischen Handelsvertrag“ in: *Wirtschaftsdienst*, 1925, S. 4 ff.; *Westensberger*, a. a. O.

³²⁾ Text: *Treaty Series*, Vol. 68, 1927, 321.

³³⁾ Text: *Martens-Triepel*, 3. Sér., Tome XXI, 1929, S. 825 ff.; hierzu *Leckzyk*, a. a. O.; *Kellner*, a. a. O.; *Westensberger*, a. a. O., S. 1601.

³⁴⁾ S. o. Anm. 28.

³⁵⁾ Vgl. *Schmucker-Boustedt*, a. a. O., S. 90; *Baykow*, a. a. O., S. 46 ff.

³⁶⁾ Text: *Martens-Triepel*, 3. Sér., Tome XXIX, 1934, S. 698; hierzu *Viner*, a. a. O., S. 79 f.; *Snyder*, a. a. O.

³⁷⁾ Vgl. *Keesings Archiv*, 1935, S. 2211 K; *Schmucker-Boustedt*, a. a. O., S. 90; *Schwartz*, „Russia's Soviet Economy“, 2nd ed., 1954, S. 587.

³⁸⁾ Text: *Martens-Triepel*, 3. Sér. Tome XXXIV, 1937, S. 782; hierzu: *Hawkins*, „Commercial Treaties and Agreements“, 1951, S. 202.

³⁹⁾ DHA 1955/2484.

⁴⁰⁾ DHA 1952/90.

⁴¹⁾ Die Meistbegünstigungsklausel hat auch in die übrigen Handelsverträge der Ostblockstaaten untereinander Eingang gefunden, und zwar gleichfalls in unbedingter Form. Hierzu *Pfuhl*, a. a. O., S. 91 ff., 95 ff.; ders., „Rechtsformen der Außenwirtschaftsbeziehungen der UdSSR zu den Volksdemokratien“ in: *Osteuropa-Recht*, 1955, S. 9 ff.

⁴²⁾ DHA 1952/1741.

⁴³⁾ *Bundesgesetzblatt für die Republik Oesterreich*, 1956/1509.

⁴⁴⁾ DHA 1955/1492.

⁴⁵⁾ DHA 1955/2450.

⁴⁶⁾ DHA 1954/1278.

⁴⁷⁾ Inhaltlich ähnlich lautende Abkommen liegen mit den übrigen Ostblockstaaten vor, z. B. mit Ungarn vom 24. 8. 1953 (DHA 1955/1636), Rumänien vom 10. 10. 1947 (DHA 1955/1972); vgl. auch den Vertrag mit Jugoslawien vom 3. 8. 1954 (DHA 1955/1629), der auch nur hinsichtlich der Schifffahrt eine Meistbegünstigungsklausel enthält.

⁴⁸⁾ *Sammlung der eidgenössischen Gesetze*, Band 1948, S. 371 ff.

⁴⁹⁾ *Keesings Archiv der Gegenwart* 1955/4979 A.

⁵⁰⁾ Ebenda, S. 5505 D.

⁵¹⁾ Ebenda, S. 5281 C Ziff. 2; S. 5417 B.

⁵²⁾ Ebenda, 1956, S. 6013 A.

⁵³⁾ Ebenda, 1955, S. 5324 A.

⁵⁴⁾ Ebenda, 1956, S. 5803 A.

⁵⁵⁾ Eine Uebersicht dieser Protokolle mit Angabe der Handelsvolumen nach dem Stand vom Herbst 1954 findet sich in der Veröffentlichung der Rheinisch-Westfälischen Bank, „Wissenswertes über den Ost-West-Handel“.

⁵⁶⁾ In derselben Richtung liegen die von der Bundesrepublik offiziell oder durch Wirtschaftsorgane (z. B. Ostausschuß der deutschen Wirtschaft) mit Ostblockländern abgeschlossenen Vereinbarungen. Z. B. das Protokoll mit Bulgarien vom 30. 5. 1956 über ein Handelsvolumen von 15 Millionen Dollar (Runderlaß Außenw. Nr. 38/56, *BAnz.* Nr. 122 v. 27. 6. 1956); mit Rumänien Ende 1956 über Warenaustausch von rund 125 Millionen DM (*Ost-Handel*, Lose-Blatt-Sammlung, hrsg. vom Deutschen Wirtschaftsdienst GmbH., Köln, B III 5, S. 6/9); mit Ungarn für 1956/7 über 144 Millionen DM (a. a. O., S. 9/9); mit der Tschechoslowakei für 1957 in Höhe von 48,5 Millionen Dollar (Runderl. Außenw. Nr. 9/57, *BAnz.* Nr. 37, v. 22. 2. 1957); mit Polen vom 16. 11. 1956 (Runderl. Außenw. Nr. 89/56, *BAnz.* Nr. 1 v. 3. 1. 1957), das gleichfalls detailliert festgehaltene Austauschkontingente für das Jahr 1957 enthält.

⁵⁷⁾ Es bedarf kaum der Erwähnung, daß auch die Wirtschaftsbeziehungen der Ostblockländer gegenseitige Kontingentslisten kennen. Hierzu *Pfuhl* in *Osteuropa-Recht*, a. a. O., S. 22.

⁵⁸⁾ *Nolde*, a. a. O., S. 83/84.

⁵⁹⁾ *Erler*, a. a. O., S. 142 f., 198.

⁶⁰⁾ Durch die League of Nations Commission of Enquiry for European Union, hierzu *Viner*, a. a. O., S. 75 ff.

⁶¹⁾ Art. XVII 1 (b) GATT.

⁶²⁾ Dem Vertragswerk ist lediglich die Tschechoslowakei beigetreten. *Imhoff*, „Kommentar zum GATT“, 1952, S. 2.

⁶³⁾ Die Zahlen der tatsächlichen Warenbewegungen und Dienstleistungen im Ost-West-Handel zeigen eher ein wertmäßiges Uebergewicht der Exporte in die Ostblockländer, das durch wiederholte Goldimporte ausgeglichen worden ist. Genauere Angaben finden sich bei *Schwartz*, a. a. O., S. 590, 604; *Trautmann*, „Osthandel“, 1954, S. 27, 29; *International Trade*, 1956, 1957; *Gerschenkron*, „Economic Relations with the USSR“, 1945, S. 32 ff.

⁶⁴⁾ Hierzu *Schwarzenberger*, a. a. O., S. 97, 118 ff.

Westliche und östliche Erklärungen zur Sicherheitsfrage um die Jahreswende 1957/58

Redaktionelle Vorbemerkung

Seit den Genfer Konferenzen des Jahres 1955 sind die Sicherheitsprobleme nicht mehr aus ihrer dominierenden Stellung in der internationalen Diskussion verdrängt worden. Um die Jahreswende 1957/58 erreichte diese Auseinandersetzung einen neuen Höhepunkt. Die Sowjetunion ließ ihren Verlautbarungen über die interkontinentale ballistische Rakete und den künstlichen Erdsatelliten (vgl. Europa-Archiv 20—21/1957, S. 10 279) und ihrem Boykott der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen eine „Friedensoffensive“ folgen, deren Aufwand alle ähnlichen Unternehmen früherer Jahre in den Schatten stellte. Die westlichen Nationen versuchten ihrerseits, der durch die sowjetischen Erfolge und durch die Unterbrechung der Abrüstungsverhandlungen geschaffenen Lage durch eine gemeinsame Politik zu begegnen. Ihrer Vorbereitung diente die Konferenz der Regierungschefs aller Mitgliedstaaten der NATO in Paris im Dezember. Die Probleme, die durch das Erscheinen des „Sputnik“ in unerwarteter Weise aktualisiert wurden, sind als solche nicht mehr neu. Sie bestehen, seit im August 1953 die Explosion der ersten sowjetischen Wasserstoffbombe die Wirkung der westlichen Atomrüstung als Abschreckungsmittel in Frage stellte. Seither vollzieht sich der Prozeß des Umdenkens der politischen und strategischen Konzeptionen der Westmächte mit sichtbarer Beschleunigung. (Vgl. den in Europa-Archiv 20—21/1957, S. 10 253 ff., abgedruckten Aufsatz von Außenminister Dulles in der Zeitschrift *Foreign Affairs*, die in der gleichen Folge wiedergegebene Rede Aneurin Bevan, S. 10 272 ff., und den Beitrag von Henry A. Kissinger „Der Einfluß der modernen Rüstungstechnik auf die nationale und kollektive Strategie und Diplomatie“ in Europa-Archiv 20—21/1957, S. 10 233 ff.)

Das Europa-Archiv hat die Dokumentation zur jüngsten Entwicklung der Ost-West-Spannung mit dem Abdruck einer Auswahl der wichtigsten Dokumente fortgesetzt. In Folge 23—24/1957 wurden die Schlußerklärungen der Konferenzen der kommunistischen Parteien in Moskau vom 14. bis zum 19. November 1957 wiedergegeben (S. 10 364 ff.). In Folge 1/1958 folgten die Schreiben des sowjetischen Ministerpräsidenten an die Regierungschefs der Mitgliedstaaten der NATO vom 10. Dezember 1957 und die sowjetische Zirkularnote vom 12. Dezember an alle Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen (S. 10 439 ff.). In dieser Folge führen wir die Dokumentation weiter mit dem Abdruck der Schlußdokumente der Pariser Konferenz der Regierungschefs der 15 Mitgliedstaaten der NATO (S. 10 472), der außenpolitischen Rede des sowjetischen Außenministers, *Gromyko*, vor dem Obersten Sowjet der UdSSR vom 21. Dezember 1957 (S. 10 475) und der Rundfunkrede des britischen Premierministers, *Macmillan*, vom 4. Januar 1958 (S. 10 480). Die Beachtung, die der Vorschlag des polnischen Außenministers, *Rapacki*, für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa auch in den westlichen Ländern gefunden hat, läßt es angebracht erscheinen, auch die beiden Texte in deutscher Übersetzung vorzulegen, in denen diese Vorschläge enthalten bzw. näher begründet sind: die Rede *Rapackis* vor der UN-Vollversammlung vom 2. Oktober 1957 (S. 10 482) und seine Rede vor dem außenpolitischen Ausschuß des Sejm

am 13. Dezember (S. 10 485). Die Antworten der westlichen Regierungschefs auf die Bulganin-Briefe vom 10. Dezember 1957 sowie die Botschaften Bulganins an die Regierungschefs von 83 Staaten vom 8. Januar 1958 können aus Raumgründen erst in der nächsten Folge erscheinen.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Politik der Sowjetregierung und ihrer Verbündeten das Bemühen, die durch das Scheitern der Abrüstungsverhandlungen und die Fortschritte der sowjetischen Rüstungstechnik entstandene Unruhe zu nutzen und dem Westen die Verantwortung für das Wettrüsten zuzuschieben. In den hier wiedergegebenen Dokumenten werden die Schwierigkeiten der Westmächte bei der Suche nach einer geeigneten Antwort auf die Drohung der sowjetischen Waffen mit unverhohlener Befriedigung registriert. Das Bemühen, die NATO auszuhöhlen, tritt sowohl in der Hervorhebung der Meinungsverschiedenheiten im Westen als auch in dem Ausspielen der „schwächeren“ gegen die „stärkeren“ Partner — zu denen auch die Bundesrepublik gerechnet wird — deutlich zutage. Dies ist die gleiche Methode, die in dem Kampf gegen den EVG-Vertrag erfolgreich angewandt wurde. Die Ausführungen *Rapackis* müssen ebenfalls in diesem weiteren Zusammenhang der politischen Strategie des Sowjetblocks gesehen werden. Die Möglichkeit einer „verdünnten Zone“ in Mitteleuropa ist — was inzwischen weithin vergessen wurde — auf den Genfer Konferenzen von 1955 eingehend erörtert worden. Sie geht auf einen Vorschlag von Premierminister *Eden* auf der Genfer Gipfelkonferenz zurück (vgl. Europa-Archiv 15/1955, S. 8060 ff., und 16/1955, S. 8098 ff.) und ist in den Abrüstungsresolutionen der Vereinten Nationen von 1955 und 1956 den Regierungen zum weiteren Studium empfohlen worden. *Rapacki* ist in seiner Rede vom 13. Dezember der für dieses Studium entscheidenden Frage nach der Form und dem Modus der Kontrolle in der vorgeschlagenen atomwaffenfreien Zone ausgewichen. Sein Plan, den er fast mit den gleichen Worten wie *Eden* 1955 als „weniger anspruchsvoll“ gegenüber den weiterreichenden Abrüstungsvorschlägen bezeichnet hat, ist in den westlichen Hauptstädten mit Interesse, aber auch mit Skepsis aufgenommen worden. Der von sowjetischer Seite fast gleichzeitig wieder in die Debatte geworfene Gedanke einer neuen Gipfelkonferenz scheint darauf hinzudeuten, daß die sowjetische „Friedensoffensive“ mehr auf die Ausnutzung aller Gelegenheiten zur Erzielung propagandistischer Vorteile abzielt als auf eine Wiederaufnahme der in Genf geführten Verhandlungen über Abrüstung und Sicherheit.

Gleichwohl haben sich die 15 NATO-Partner auf ihrer Pariser Konferenz bereit erklärt, auf allen Ebenen und über jeden Vorschlag, auch über Teilabrüstungspläne, mit der Sowjetunion zu verhandeln. Sie haben jedoch zu erkennen gegeben, daß ihnen Verhandlungen im Rahmen der Vereinten Nationen und auf den der Öffentlichkeit entzogenen diplomatischen Wegen — mindestens als Vorbereitung einer Gipfelkonferenz — notwendig erscheinen. (Vgl. hierzu auch die Ausführungen von Bundespräsident Prof. *Heuss*, Europa-Archiv 1/1958, S. 10 437, und die Bemerkungen *Macmillans*, S. 10 482 dieser Folge).

Sie halten an dem auf der Londoner Tagung des Abrüstungs-Unterausschusses im vergangenen Sommer von den Westmächten vorgelegten Abrüstungsplan fest, der inzwischen mit überwältigender Mehrheit von der Vollversammlung der Vereinten Nationen gebilligt worden ist. Gleichzeitig ließen die NATO-Mächte keinen Zweifel daran, daß sie die Erhaltung ihrer militärischen Abwehrkraft als unabdingbare Voraussetzung für die Sicherung des Friedens ansehen. Die Anstrengungen, die unternommen werden müssen, um mit der Aufrüstung des Ostblocks Schritt zu halten, bildeten das zweite Hauptthema der Pariser Konferenz. Die in dieser Hinsicht bestehenden

Meinungsverschiedenheiten wurden offen zugegeben und ausgetragen, insbesondere in der Frage der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa. Diese Probleme wurden von der Pariser Konferenz noch nicht gelöst; sie werden Gegenstand weiterer Erörterungen sein. Die Erklärungen, welche die Regierungschefs auf der Konferenz abgegeben haben, lassen darauf schließen, daß ihre Entscheidungen wesentlich davon beeinflußt werden, ob es gelingt, in neuen Ost-West-Verhandlungen — für die beide Seiten in ihren Erklärungen nachdrücklich eingetreten sind — wenigstens zu Anfangserfolgen zu kommen.

Co. / W. B.

Dokumente der Konferenz der Regierungschefs der 15 Mitgliedstaaten der NATO in Paris vom 16. bis zum 19. Dezember 1957

Erklärung der Regierungschefs

Wir, die Vertreter von fünfzehn Nationen des Nordatlantischen Bündnisses, bekennen uns im Namen unserer Völker, in dem Glauben an die Heiligkeit der Menschenrechte, die allen Menschen freier Völker durch ihre Verfassung, ihre Gesetze und ihre Lebensart garantiert sind, erneut zu den Grundsätzen und Zielen des Nordatlantikvertrages.

Dieser Vertrag ist seit fast neun Jahren in Kraft. Er wurde geschlossen, um das Recht unserer Völker zu wahren, unter Regierungen ihrer eigenen Wahl in Frieden und Freiheit zu leben. Diese großen Ziele sind erreicht. Aufbauend auf unserer Erfahrung und im Vertrauen auf den bereits erzielten Erfolg, haben wir uns darüber geeinigt, wie wir unserem Bündnis größere Stärke verleihen können.

Am Ende des Zweiten Weltkrieges wurden die Armeen des Westens fast völlig demobilisiert. Die Sowjetunion demobilisierte nicht. Ihre Expansionspolitik zwang uns zum Abschluß unseres Vertrages und zum Aufbau unserer Streitkräfte.

Wir sind eine Organisation freier Staaten. In den Grundsätzen einig, haben wir gelernt, miteinander zu leben und zu arbeiten in der festen Ueberzeugung, daß enge Zusammenarbeit und Vereinigung unserer Kräfte unerläßlich sind für unsere Sicherheit und für den Weltfrieden.

Die Ziele unseres Bündnisses sind klar. Wir haben uns gegenseitig das feierliche Versprechen gegeben, jeden Angriff gegen einen unserer Staaten als Angriff gegen alle anzusehen und ihm mit allen zur Verfügung stehenden Kräften Widerstand zu leisten. Getreu der Satzung der Vereinten Nationen, bekräftigen wir erneut, daß unser Bündnis niemals Angriffszwecken dienen wird. Wir sind stets bereit, internationale Fragen durch Verhandlungen zu regeln und dabei die berechtigten Interessen aller zu berücksichtigen. Wir wollen dem Zustand der Spannung in der Welt ein Ende setzen; wir wollen den Frieden, Wohlstand und sozialen Fortschritt in der ganzen Welt fördern.

Wir setzen uns weiterhin nachdrücklich für eine umfassende und kontrollierte Abrüstung ein, von der wir glauben, daß sie in Etappen erzielt werden kann. Trotz mancher Enttäuschungen sind wir weiterhin bereit, jeden vernünftigen Vorschlag zur Erreichung dieses Ziels zu erörtern und eine feste Grundlage für einen dauerhaften

Frieden zu schaffen. Nur so kann der Menschheit die Angst genommen werden, die das Wettrüsten hervorruft.

Die freie Welt steht vor der wachsenden Drohung des internationalen Kommunismus, der sich auf die sowjetische Macht stützt. Noch im letzten Monat haben die kommunistischen Machthaber erneut deutlich ihrer Entschlossenheit Ausdruck gegeben, der ganzen Welt ihre Herrschaft aufzuzwingen, wenn möglich durch Subversion, notfalls mit Gewalt. Im Nordatlantischen Bündnis gibt es keinen Raum für das Streben nach Weltherrschaft. Im festen Glauben an eine friedliche Entwicklung auf demokratischem Wege und stets darauf bedacht, die Tradition und die Ideale unserer Völker und ihre Freiheit zu wahren, werden wir niemals dieser Drohung weichen.

Für die ganze Welt ist es tragisch und gefährlich, daß die unter internationaler kommunistischer Herrschaft stehenden Völker, ihre nationale Unabhängigkeit, ihre menschlichen Freiheiten, ihr Lebensstandard und ihre wirtschaftlichen und technischen Errungenschaften dem Willen zur Weltherrschaft und zur militärischen Machtentfaltung geopfert worden sind. Die Unterdrückung ihrer Freiheit wird nicht ewig dauern. Schon gibt es in diesen Ländern Anzeichen für die wachsende Sehnsucht nach geistiger und wirtschaftlicher Freiheit. Wenn die freien Nationen standhaft sind, dann wird die totalitäre Bedrohung, der sie jetzt ausgesetzt sind, nachlassen.

Unser Bündnis, das zur Verteidigung des Friedens geschaffen wurde, wird uns auch den erstrebten wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ermöglichen. Um dies zu erreichen, haben wir vereinbart, eng zusammenzuarbeiten, damit wir fähig werden, die notwendige Last zur Verteidigung zu tragen, ohne unsere persönlichen Freiheiten und den Wohlstand unserer Völker zu opfern. Wir werden dieses Ziel nur erreichen, wenn wir erkennen, daß wir aufeinander angewiesen sind, und wenn wir unser Handeln und unser Können zur besseren Ausnutzung unserer Kräfte vereinen. Wir werden unsere Anstrengungen nunmehr besonders auf die friedliche Ausnutzung der Atomenergie und die Entwicklung und bessere Organisation der wissenschaftlichen Zusammenarbeit richten.

All den Nationen, die seit Ende des Zweiten Weltkrieges ihre Unabhängigkeit erlangt haben, und allen Völkern, die wie wir selbst sich dem Frieden in Freiheit verschrieben haben, bieten wir unsere Mitarbeit auf der Grundlage völliger Gleichberechtigung und im Geiste der Brüderlichkeit an.

In dem Bewußtsein unserer geistigen und materiellen Kraft, überzeugt von dem Wert unserer Grundsätze und unserer Lebensart, haben wir ohne Anmaßung, aber auch

ohne Furcht Beschlüsse gefaßt, die unsere Einigkeit, Stärke und Sicherheit zum Wohle unserer eigenen Völker und, wie wir glauben, der ganzen Welt mehren.

Kommuniqué

Die internationale Lage

1. Das Ziel des Sowjetblocks besteht darin, die freie Welt zu schwächen und zu spalten. Er bedient sich dabei militärischer, politischer und wirtschaftlicher Mittel; seine Aktivität erstreckt sich über die ganze Welt. Um dieser Bedrohung der freien Welt zu begegnen, müssen wir ihre moralischen, militärischen, politischen und wirtschaftlichen Kräfte organisieren und bereit sein, sie einzusetzen, wo immer die Lage es erfordert. Unser Bündnis kann sich daher nicht nur mit dem nordatlantischen Raum oder nur mit der militärischen Verteidigung befassen. Es muß auch seine politische und wirtschaftliche Stärke nach dem Grundsatz der Interdependenz organisieren und dabei der Entwicklung außerhalb seines Raumes Rechnung tragen.

2. Wir haben auf dieser Konferenz daher die internationale Lage und insbesondere die Gefahren überprüft, die sich aus den sowjetischen Maßnahmen und Drohungen für den Weltfrieden ergeben. Trotz der offensichtlichen Gefahren der Lage hat die Sowjetunion keinen wirklichen Beitrag geleistet, um die Hauptursachen für die internationale Spannung zu beseitigen. Wir denken dabei besonders an die Probleme der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und an den fortdauernden anomalen Zustand der isolierten Lage Berlins, der Hauptstadt Deutschlands. Wir erneuern und bekräftigen die Erklärung, die wir am 23. Oktober 1954 abgegeben haben mit dem Ziel, der Sicherheit und Freiheit Berlins eine feste Grundlage zu verleihen. Die Verewigung dieser Ungerechtigkeit gegenüber dem deutschen Volk untergräbt das internationale Vertrauen und gefährdet den Frieden. Auf der Genfer Konferenz der Regierungschefs im Juli 1955 übernahmen die Sowjets die feierliche Verpflichtung, „daß Deutschland durch freie Wahlen im Einklang mit den nationalen Interessen des deutschen Volkes und im Interesse der europäischen Sicherheit wiedervereinigt werden soll“. Wir fordern die Sowjetregierung auf, diese Verpflichtung einzulösen.

3. Wir haben die Lage im Nahen Osten geprüft. Im Einklang mit den friedlichen Zielen unseres Bündnisses bekräftigen wir die Unterstützung unserer Regierungen für die Unabhängigkeit und Souveränität der Staaten in diesem Gebiet und unser Interesse am wirtschaftlichen Wohlstand ihrer Völker. Wir glauben, daß die Stabilität dieses wichtigen Gebiets wesentlich für den Weltfrieden ist.

4. Wir bekunden unser Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens und der Herbeiführung stabiler Verhältnisse und des wirtschaftlichen und politischen Wohlergehens auf dem besonders wichtigen afrikanischen Kontinent. Wir hoffen, daß die Staaten und Völker dieses Erdteils, die hierzu bereit sind, mit der freien Welt in ihren Bemühungen zur Förderung dieser Ziele zusammenarbeiten werden. Wir bekräftigen die Bereitschaft unserer Länder, mit den Staaten und Völkern Afrikas zu diesem Zweck zusammenzuarbeiten. Historische, wirtschaftliche und andere Bande der Freundschaft zwischen bestimmten

europäischen Staaten und Afrika machen diese Zusammenarbeit besonders wünschenswert und wirksam.

5. Im Verlaufe unserer Prüfung der internationalen Lage haben wir auch die jüngsten ernstesten Ereignisse in Indonesien besprochen. Wir betrachten sie mit Besorgnis.

Das Wirken des Bündnisses

6. Die Stärke unseres zwischen unabhängigen Nationen frei geschlossenen Bündnisses liegt in unserer grundsätzlichen Einheit angesichts der uns drohenden Gefahren. Dank dieser unerschütterlichen Einheit können wir unsere Meinungsverschiedenheiten überwinden und unsere individuellen Standpunkte miteinander in Einklang bringen. Dagegen wird, wie die Ereignisse in Ungarn gezeigt haben, der Sowjetblock nur durch politischen und militärischen Zwang zusammengehalten.

7. Trotz der erzielten Fortschritte ist eine weitere Verbesserung unserer politischen Konsultation erforderlich. Wir sind entschlossen, das zu erreichen. Unsere Ständigen Vertreter werden in vollem Umfange über die Politik unserer Regierungen unterrichtet werden, die das Bündnis und seine Mitglieder berührt. Auf diese Weise werden wir in der Lage sein, unsere wechselseitigen politischen Erfahrungen gegenseitig voll zu verwerten und unsere Politik nicht nur im Interesse des Bündnisses, sondern im Interesse der gesamten Welt weitgehend zu koordinieren.

Darüber hinaus müssen der Ständige Rat und der Generalsekretär, um den Zusammenhalt des Bündnisses zu festigen, eine wirksame Konsultation und erfolgreiche Schlichtungsmaßnahmen in einem frühen Stadium sicherstellen.

Abrüstung

8. Wir erinnern daran, daß die Staaten des Westens, die an den Londoner Abrüstungsgesprächen teilgenommen haben, im Laufe dieses Jahres der Sowjetunion unter einstimmiger Billigung durch NATO eine Reihe konkreter Vorschläge gemacht haben, welche vorbehaltlich einer wirksamen Kontrolle folgendes vorsehen:

- Verringerung sämtlicher Rüstungen und militärischen Streitkräfte;
- Einstellung der Erzeugung spaltbaren Materials für Rüstungszwecke;
- Verringerung der bestehenden Vorräte an Atomwaffen;
- Einstellung der Atomwaffenversuche;
- Maßnahmen, um der Gefahr von Ueberraschungsangriffen vorzubeugen.

9. Wir stellen mit Bedauern fest, daß diese Vorschläge, die — im Falle ihrer Annahme — dem Wettrüsten Einhalt gebieten und die Weltsicherheit erhöhen würden, von der Sowjetunion in Bausch und Bogen abgelehnt wurden, obwohl sie von 56 Mitgliedern der Vereinten Nationen gebilligt worden waren.

10. Wir bedauern, daß die Sowjetunion die Abrüstungsverhandlungen dadurch auf einen toten Punkt gebracht hat, daß sie erklärte, sie werde den Abrüstungsausschuß der Vereinten Nationen, der durch eine starke Mehrheit

in der Vollversammlung auf 25 Nationen erweitert worden war, boykottieren.

11. Wir verurteilen die sowjetische Taktik, zwischen Friedenspropaganda und Einschüchterungsversuchen durch Drohung mit Atomangriffen hin- und herzuwechseln.

12. Wir bedauern ferner, daß die Führer der UdSSR es nicht zulassen, daß die sowjetische Bevölkerung durch die Vereinten Nationen wie die Völker der übrigen Mitgliedstaaten über die Gefahr der Vernichtung objektiv unterrichtet und aufgeklärt wird, der alle Völker im Falle eines allgemeinen Krieges ausgesetzt wären. Eine entsprechende Entschliebung wurde im November 1957 mit den Stimmen von 71 gegen die 9 Staaten des Sowjetblocks von der Vollversammlung der Vereinten Nationen angenommen.

13. Wir betonen, daß jedes Abrüstungsabkommen, um wirksam zu sein, einer angemessenen internationalen Kontrolle bedarf, daß die Annahme einer derartigen Kontrolle der Probestfall für die Aufrichtigkeit des Wunsches nach Frieden ist und daß die Sowjetunion sich weigert, diesen Grundsatz in die Praxis umzusetzen.

14. Wir haben beschlossen, eine technische Arbeitsgruppe zur Beratung über Fragen der Rüstungskontrolle einzusetzen, die sich aus neuen technischen Entwicklungen ergeben.

15. Trotz der wiederholten Rückschläge, die der Sache der kontrollierten Abrüstung und des Friedens durch die Sowjetunion zugefügt wurden, wird der NATO-Rat keine Möglichkeit vorübergehen lassen, die Rüstung innerhalb der durch die Sicherheit bedingten Grenzen einzuschränken; er wird zu diesem Zweck alle erforderlichen Maßnahmen treffen.

16. Wir erklären unsere Bereitwilligkeit, uns für alle Verhandlungen mit der UdSSR, insbesondere im Rahmen der Vereinten Nationen, einzusetzen, die irgendwie Aussicht auf die Durchführung der oben angeführten Vorschläge bieten. Wir sind ferner bereit, jeden Vorschlag aus jeder Quelle für eine allgemeine oder teilweise Abrüstung zu prüfen, ferner jeden Vorschlag, der zu einem Abkommen über die kontrollierte Begrenzung der Rüstung auf allen Gebieten führen könnte.

17. Sollte sich die Sowjetregierung weigern, in dem neuen Abrüstungsausschuß mitzuwirken, so würden wir ein Treffen der Außenminister begrüßen, um über den toten Punkt hinwegzukommen.

NATO-Verteidigungsfragen

18. Die sowjetischen Führer haben, als sie ein allgemeines Abrüstungsabkommen verhinderten, deutlich gesagt, daß die modernsten und tödlichsten Waffen, darunter Flugkörper aller Art, bei den sowjetischen Streitkräften eingeführt werden. Nach sowjetischer Auffassung müßten alle europäischen Nationen, mit Ausnahme der UdSSR, ohne auf eine allgemeine Abrüstung zu warten, auf Atomwaffen und Flugkörper verzichten und sich mit konventionellen Waffen begnügen.

19. Solange die Sowjetunion bei dieser Haltung verharrt, haben wir keine andere Möglichkeit, als wachsam zu bleiben und auf unsere Verteidigung bedacht zu sein. Wir sind daher entschlossen, der militärischen Verteidigungsstärke der NATO die wirksamste Form zu geben und dabei den jüngsten Entwicklungen auf dem Gebiet der Waffentechnik Rechnung zu tragen.

20. Hierzu hat NATO beschlossen, Lager mit Atom-

sprengköpfen anzulegen, die im Notfall für die Verteidigung der Allianz sofort verfügbar sind. Angesichts der gegenwärtigen sowjetischen Politik auf dem Gebiet neuer Waffen hat der Rat ferner beschlossen, daß dem Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte Europa Mittelstreckenraketen zur Verfügung zu stellen sind.

21. Die Stationierung dieser Lager und Flugkörper und die Maßnahmen für ihre Verwendung werden im Einklang mit den Verteidigungsplänen von NATO im Einvernehmen mit den unmittelbar beteiligten Staaten bestimmt werden. Die militärischen Stellen von NATO sind gebeten worden, dem Rat demnächst ihre Empfehlungen über die Einbeziehung dieser Waffen in die gemeinsame Verteidigung vorzulegen. Der Ständige Rat wird die verschiedenen damit zusammenhängenden Fragen prüfen. Diese Maßnahmen werden die abschreckende Kraft der NATO auf einen möglichen Angreifer erhöhen.

22. In der Erkenntnis der schnell wachsenden Interdependenz der Nationen der freien Welt haben wir bei der Aufstellung unserer Streitkräfte beschlossen, eine engere Koordination mit dem Ziel herbeizuführen, daß jeder Mitgliedstaat der NATO den wirksamsten Beitrag gemäß den von dem Bündnis aufgestellten Erfordernissen leistet. Eine bessere Ausnutzung der Hilfsquellen des Bündnisses und eine größere Schlagkraft seiner Streitkräfte werden durch ein möglichst hohes Maß an Standardisierung und Integration auf allen Gebieten, insbesondere bei bestimmten Aspekten der Luft- und Seeverteidigung, der logistischen Unterstützung sowie bei der Zusammensetzung und Ausrüstung der Streitkräfte, erzielt werden. Wir sind übereingekommen, daß eine militärische Konferenz auf Ministerebene in den ersten Monaten des Jahres 1958 stattfindet, um die auf diesen Gebieten erzielten Fortschritte, insbesondere im Lichte der Ergebnisse der Jahreserhebung 1957, zu erörtern.

23. Auf dem Gebiet der Verteidigungsproduktion haben wir im Hinblick auf den bereits erzielten Fortschritt beschlossen, im NATO-Rahmen weitere Maßnahmen zur Förderung der Koordinierung der Forschung, Entwicklung und Fertigung moderner Waffen unter Einbeziehung von Mittelstreckenraketen zu treffen.

24. Die besten Mittel für eine koordinierte Produktion der von unseren Streitkräften benötigten modernen Waffen werden mit Vorrang geprüft werden. Von solchen NATO-Staaten, deren Programme bereits ein fortgeschrittenes Stadium erreicht haben, liegen Angebote vor, ihren Verbündeten wichtige Produktionsverfahren und Ergebnisse ihrer Forschungsarbeit mitzuteilen, um eine wirklich produktive Arbeit auf dem Gebiet der Verteidigungsproduktion anzuregen.

Wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit

25. Wir stellen fest, daß in den meisten unserer Staaten mehr getan werden müßte, um in größerem Umfang Nachwuchs auf vielen Gebieten der Wissenschaft und Technik heranzubilden. Eine umfassende Entwicklung unserer Wissenschaft und Technik ist wesentlich für den Fortschritt unserer Zivilisation, für die Expansion unserer Wirtschaft und für die Verstärkung der militärischen Kraft der Atlantischen Gemeinschaft.

26. Wir sind uns darüber klar, daß der Fortschritt von energischen Maßnahmen in den einzelnen Staaten und insbesondere von der hingebenden Mitarbeit der Lehrer und Wissenschaftler abhängt. Wir müssen die Mittel für

die Ausbildung des Nachwuchses in wissenschaftlichen und technischen Fächern erhöhen und dafür sorgen, daß die freie Entwicklung der Grundlagenforschung weiteren Auftrieb erfährt. Die Regierungen werden daher die Unterstützung überprüfen, die der wissenschaftlichen und technischen Ausbildung und der Grundlagenforschung gegeben wird.

27. Wir wollen die Wirksamkeit der nationalen Anstrengungen durch die Zusammenfassung wissenschaftlicher Einrichtungen und Erkenntnisse sowie durch Aufgabenteilung steigern. Wir müssen auf der festen Tradition der Universalität echter Wissenschaft aufbauen. Unsere Regierungen werden internationale Organisationen unterstützen, die sich auf diesem Gebiet bereits betätigen.

28. Wir haben beschlossen, unverzüglich einen Wissenschaftlichen Ausschuss einzusetzen, in dem alle NATO-Staaten durch Persönlichkeiten vertreten sind, die in hohem Maße befähigt sind, über wissenschaftliche Grundsatzenfragen maßgeblich zu sprechen. Ferner wird ein Wissenschaftler mit überragenden Fähigkeiten zum Wissenschaftlichen Berater des Generalsekretärs der NATO ernannt werden.

29. Der Wissenschaftliche Ausschuss hat insbesondere den Auftrag, dem Rat bestimmte Empfehlungen vorzulegen über Maßnahmen, die einem Vorschlag der französischen Regierung über eine Stiftung des Westens für Wissenschaftliche Forschung und vielen anderen wertvollen Vorschlägen entsprechen, die vom NATO-Ausschuss für Wissenschaftliche und Technische Zusammenarbeit sowie von der Konferenz der NATO-Parlamentarier gemacht worden sind.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit

30. Wir sind einig in dem gemeinsamen Bestreben, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Völker zu fördern und den Völkern anderer freier Staaten behilflich zu sein, das gleiche Ziel zu erreichen. Nach unserer Auffassung besteht die Aufgabe der Regierung in einer freien Gesellschaft darin, die Entwicklungsmöglichkeiten des einzelnen zu fördern, und nicht darin, ihn dem Staat unterzuordnen.

31. Wir werden untereinander und mit anderen freien Regierungen zusammenarbeiten, um die wirtschaftliche

Stabilität zu sichern, einen stetigen wirtschaftlichen Aufstieg und den Ausbau des zwischenstaatlichen Handels durch weiteren Abbau von Währungs- und Handelschranken zu fördern.

32. Wir bekräftigen erneut, daß eine engere wirtschaftliche Verbindung zwischen den westeuropäischen Staaten, die nach unserer Auffassung im Interesse aller liegt, erwünscht ist, und wir werden demgemäß die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und eine europäische Freihandelszone fördern, wobei auch die Interessen der weniger entwickelten Mitgliedstaaten voll berücksichtigt werden. Wir legen besonderen Wert darauf, daß diese Pläne so gestaltet werden, daß sie nicht allein die beteiligten Staaten, sondern auch die Beziehungen innerhalb der Atlantischen Gemeinschaft und der ganzen freien Welt stärken. Wir anerkennen die wirtschaftliche Interdependenz der Mitgliedstaaten der NATO und der übrigen Staaten der freien Welt.

33. Wir bestätigen das Interesse unserer Regierungen an einem Ausbau der öffentlichen und privaten Hilfsquellen, die zur Beschleunigung des wirtschaftlichen Fortschritts der entwicklungsfähigen Gebiete der freien Welt verfügbar sind.

34. Wir haben beschlossen, daß der Nordatlantikatrat ohne Ueberschneidung mit der Tätigkeit anderer Stellen von Zeit zu Zeit im Sinne des Artikels 2 des Vertrags die wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen überprüft, die wirtschaftlichen Fortschritte feststellt und entweder durch bestehende Organisationen oder durch die Bemühungen einzelner Staaten oder — in Sonderfällen — durch neue Initiativen Verbesserungsvorschläge macht.

35. Unter den gegebenen Umständen erhält unser Verteidigungsbündnis einen neuen Sinn. Nur eine verstärkte gemeinsame Anstrengung kann unsere Völker und ihre Freiheit schützen. Frei, wie wir sind, sind wir vereint stark genug, die Freiheit zu verteidigen.

36. Wir haben eine Reihe von Entscheidungen getroffen, die zu größerer Stärke und zu größerer Sicherheit nicht nur für unsere eigenen Nationen, sondern für die ganze Welt führen werden.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung Nr. 237 vom 21. Dezember 1957.

Rede des sowjetischen Außenministers, Andrej Gromyko, in der Sitzung des Obersten Sowjets am 21. Dezember 1957

Der Ministerrat der UdSSR hat mich beauftragt, die Interpellation einer Gruppe von Deputierten über die Ergebnisse der Erörterung des Abrüstungsproblems zwischen den Staaten und die Möglichkeiten zur Erzielung eines Abkommens in dieser Frage zu beantworten.

Die Sowjetregierung ist ernstlich darüber besorgt, daß ungeachtet aller Bemühungen der Sowjetunion und der andren friedliebenden, die Einstellung des Wettrüstens und die Bannung der Gefahr eines neuen Krieges erstrebenden Staaten das Abrüstungsproblem keine praktische Lösung findet. Es ist Ihnen bekannt, daß die ein Jahrzehnt hindurch geführten Verhandlungen in Körperschaften der Organisation der Vereinten Nationen über die Abrüstungsfragen zu keinem Uebereinkommen geführt haben und gegenwärtig eingestellt sind. Die Ursache dieses Standes der Dinge liegt darin, daß unsere Hauptpartner bei den Abrüstungsverhandlungen — die

USA, England sowie das mit ihnen gemeinsam handelnde Frankreich —, wie die Tatsachen zeigen, keinerlei Verpflichtungen im Bereich der Einschränkung der Rüstungen und der Errichtung von Schranken gegen die Anhäufung und Vervollkommnung von Kernwaffen eingehen wollen.

Wenden wir uns den Tatsachen zu.

Während im Unterausschuss und in der UN-Abrüstungskommission und periodisch auch auf den Sitzungen der Vollversammlung sich unfruchtbare Debatten in den Abrüstungsfragen hinzogen, betätigen sich die Regierungen der USA, Englands sowie Frankreichs in der Praxis in einer Richtung, die den Aufgaben der Abrüstung diametral entgegengesetzt ist.

Am Verhandlungstisch geben sich die USA und England den Anschein, ein Uebereinkommen in den Abrüstungsfragen zu suchen, während diese Mächte in Wirklichkeit aus allen Kräften Waffen anhäufen und von ihren

NATO-Partnern fordern, daß dem NATO-Kommando immer neue Divisionen zur Verfügung gestellt und die ohnehin kolossalen Rüstungsaufwendungen erhöht werden. Unterstützt von England und mehreren anderen Teilnehmerländern des militärischen NATO-Blocks, forcieren die Vereinigten Staaten von Amerika die Aufrüstung Westdeutschlands, um dessen wirtschaftliche und Menschenressourcen in den Dienst der militärischen Pläne der NATO zu stellen.

Getreu den Leninischen Prinzipien der Außenpolitik des Sowjetstaats hat die Sowjetregierung in den UN nicht wenige Vorschläge unterbreitet, die darauf gerichtet sind, die Abrüstung auf ein praktisches Gleis zu bringen. Sie wissen, daß die Sowjetregierung vorgeschlagen hat, das vollständige Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen in die Tat umzusetzen, diese Waffen aus dem Arsenal der Staaten auszuschalten, die Erzeugung dieser Waffen einzustellen und die vorhandenen Vorräte zu vernichten. Die Vorschläge der Sowjetunion sehen ferner eine wesentliche Einschränkung der zahlenmäßigen Stärke der Streitkräfte, der Rüstungen und der Militärbudgets vor.

Die Sowjetregierung hat die Vorschläge der Westmächte aufmerksam studiert, um Berührungspunkte zu finden und das auszusondern, was sowohl für sie als auch für uns annehmbar ist. In einer Reihe von Fällen hat die Sowjetunion Vorschläge der Westmächte akzeptiert. So war es beispielsweise mit der Festlegung der Höchstgrenze für die zahlenmäßige Stärke der Streitkräfte der Großmächte.

Doch all dies hat keine Ergebnisse erbracht. Die Sowjetunion brauchte den Vorschlägen der Westmächte nur entgegenzukommen, und gleich wurden neue Hindernisse errichtet, da die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs Rückzug bliesen und ihre eigenen Vorschläge fallenließen, auf deren Annahme sie tags zuvor noch bestanden hatten.

Die USA und England entziehen sich nach wie vor einer Lösung des Abrüstungsproblems, indem sie das Zustandekommen einer entsprechenden Übereinkunft an eine ganze Reihe ausgeklügelter und unausführbarer Bedingungen knüpfen, was besonders für Maßnahmen zur Kontrolle der Abrüstung gilt. Solche Fragen, wie das Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen und deren Ausschaltung aus den Rüstungen der Staaten, die Reduzierung der militärischen Aufwendungen und der Militärbudgets, die Auflösung der Militärstützpunkte auf fremden Territorien, die Zurücknahme der ausländischen Truppen aus den Teilnehmerstaaten der NATO bzw. aus den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, werden in den Vorschlägen der Westmächte überhaupt umgangen. Schon dies allein zeigt, wie weit die Regierungen dieser Mächte davon entfernt sind, zum Erfolg der Abrüstungsverhandlungen beizutragen.

Uebrigens knüpfen sie die Erzielung eines Abkommens über die Einschränkung der Streitkräfte künstlich noch an die Lösung politischer Probleme, die in keiner Beziehung zur Abrüstung stehen, wie zum Beispiel an die Lösung der deutschen Frage. Sogar an eine verhältnismäßig so einfache Sache wie die Einstellung der Atom- und Wasserstoffwaffenversuche knüpfen sie andere, bedeutend kompliziertere Abrüstungsfragen, in denen übereinzukommen infolge des Standpunktes der Westmächte einstweilen keine Möglichkeit gegeben ist.

Es ist zu sagen, daß auch die Atmosphäre, in welcher die Abrüstungsverhandlungen in den letzten Jahren vor sich gingen, völlig abnorm war. In dem Unterausschuß der UN-Kommission, wo in den letzten Jahren diese Verhandlungen im wesentlichen gepflogen wurden, standen der Sowjetunion vier Teilnehmer des Nordatlantischen Blocks — die USA, England, Frankreich und Kanada — gegenüber und blockierten alle Vorschläge, die der Politik dieses militärischen Blocks nicht entsprachen. Infolgedessen vermochte der Unterausschuß in der Ausarbeitung eines Abrüstungsabkommens keinen einzigen Schritt vorwärtszukommen und wurde zu einem Deckmantel der von den Westmächten betriebenen forcierten Aufrüstung.

Natürlich kann die Sowjetregierung nicht umhin, eine bestimmte Schlussfolgerung aus der entstandenen Lage zu ziehen, wo die Regierungen der USA und Englands und mehrere ihrer NATO-Verbündeten die Abrüstungskörperschaften der UN benutzen, um ein Abkommen zu verhindern, wobei sie zugleich bemüht sind, den Eindruck zu erwecken, daß bei den Verhandlungen ein Fortschritt zu verzeichnen sei und ein Abkommen in den Abrüstungsfragen so gut wie bevorstehe. Auf der jüngsten Tagung der UN-Vollversammlung machte die Sowjetregierung den Vorschlag, eine Abrüstungskommission zu schaffen, der alle Mitgliedstaaten der UN angehören sollen. Die Bildung einer solchen Kommission würde es allen diesen Staaten — den großen wie den kleinen — ermöglichen, sich an der Erörterung des alle Völker tief bewegenden Problems unmittelbar zu beteiligen.

Natürlich wird allein dadurch die Frage nicht gelöst, aber ein solcher Verhandlungsmodus würde der Erörterung im stillen, bei verschlossenen Türen, ein Ende bereiten und den Völkern ermöglichen, die Abrüstungsverhandlungen unter ihrer Kontrolle zu halten.

Kann denn gegen einen solchen Vorschlag jemand einen Einwand erheben, der wirklich den Forderungen der Völker nach Abrüstung Rechnung trägt, der einen Ausweg aus der Sackgasse, in welche die Verhandlungen geraten sind, sucht?

Nein, das kann nicht sein. Indessen wenden sich die Westmächte, besonders die Vereinigten Staaten von Amerika, kategorisch gegen diesen Vorschlag.

Auf der Tagung der Vollversammlung wurde auch ein anderer Vorschlag eingebracht, mit dem sich die Sowjetregierung einverstanden erklärte. Es handelt sich um den Vorschlag Albaniens, der von vielen Staaten unterstützt wurde und die Schaffung einer etwas engeren Abrüstungskommission vorsieht, worin die sozialistischen Staaten und die eine Neutralitätspolitik durchführenden Länder mindestens die Hälfte ausmachen würden. Es sollte scheinen, daß dieser Vorschlag für alle annehmbar ist, da eine stärkere Beteiligung der eine Friedenspolitik durchführenden Staaten dem Erfolg der Abrüstungsverhandlungen förderlich wäre. Die Westmächte wandten sich jedoch auch gegen diesen Vorschlag, in der Absicht, die Vorherrschaft der Teilnehmer ihrer militärischen Gruppierungen in den Abrüstungskörperschaften der UN aufrechtzuerhalten.

Die USA scheuten, wie bislang, auch vor grobem Druck auf die von ihnen abhängigen Staaten nicht zurück, um die Schaffung einer Körperschaft zu verhindern, in welcher fruchtbare Verhandlungen geführt werden könnten.

Obgleich sich die USA genötigt sahen, einer gewissen Erweiterung der bestehenden Kommission zuzustimmen, erfolgte dies jedoch so, daß in der Kommission in ihrer neuen Zusammensetzung die USA und ihre Militärblockverbündeten nach wie vor die überwältigende Stimmenmehrheit behalten: 16 von den 25 Mitgliedern der Kommission sind Staaten, die militärischen Gruppierungen der Westmächte angehören.

Als nichts anderes als ein Anschlag auf die Idee eines Abrüstungsabkommens, als die Absicht, direkt diese Idee zu Grabe zu tragen, kann die Tatsache bezeichnet werden, daß die Regierungen der USA und Englands auf der Vollversammlung eine Resolution durchdrückten, in welcher vorwegzunehmen versucht wird, die weitere Erörterung der Abrüstungsfragen in dem von diesen Mächten gezogenen Rahmen unter den von ihnen gewünschten Bedingungen erfolgen zu lassen. Solche Manöver haben niemals zum Erfolg geführt und werden auch weiterhin nicht von Erfolg gekrönt sein. Die Resolutionen, in denen die Absicht zum Ausdruck kommt, der Sowjetunion und den anderen friedliebenden Staaten für sie unannehmbare Bedingungen zu diktieren, sind totgeboren.

Kraft aller dieser Umstände war die Sowjetunion genötigt zu erklären, daß sie sich an der Kommission nicht beteiligen kann, deren Bestimmung es faktisch ist, auch weiterhin die Abrüstung zu verhindern, die Völker zu täuschen.

Die Regierungen der USA und Englands sind ständig darauf aus, militärische Vorteile zum Schaden der Sicherheitsinteressen der Sowjetunion zu erlangen, wobei sie sich für diese Zwecke die allgemein bekannte Interessiertheit der Sowjetunion an der Abrüstung, an der Festigung des Friedens zunutze machen.

Hat überdies die Regierung der USA nicht ihre Abneigung, an das Abrüstungsproblem sachlich heranzugehen, auch dadurch bloßgestellt, daß sie die Teilnahme Volkschinas, gleichberechtigt mit den anderen Mächten, an der Erörterung der Abrüstungsfragen in jeder Weise verhindert? Die Regierung der USA bringt sich in eine heikle Lage: Die Vorschläge der Westmächte, die Abrüstungsmaßnahmen vorsehen, sollen sich gemäß der Konzeption dieser Mächte auch auf die Volksrepublik China erstrecken, aber zur gleichen Zeit verhält sich die Regierung der USA weiterhin so, als sei der große chinesische Staat nicht auf der Welt. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß immer mehr Amerikaner auf die Absurdität dieses Standpunktes der Vereinigten Staaten von Amerika gegenüber China hinzuweisen beginnen.

Die USA und England haben lange Zeit hindurch ihre Kalkulationen darauf gegründet, daß sie ein Übergewicht in den Atomrüstungen hätten. Deshalb versicherten sie: Wozu abrüsten, wenn das Übergewicht auf seiten der USA und Englands ist?

Das Leben hat jedoch die Haltlosigkeit solcher Kalkulationen erwiesen. Von den Illusionen, unter deren hypnotischem Einfluß sich fast die ganze Nachkriegszeit hindurch die Staatsmänner dieser Länder befanden, ist jetzt nichts übriggeblieben. Diese Illusionen sind angesichts der jüngsten großen wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften der Sowjetunion in alle Winde verfliegen. Haben aber die regierenden Kreise der genannten Mächte daraus irgendeine nützliche Lehre gezogen? Bedauerlicherweise ist dies einstweilen noch nicht der Fall. Diejenigen, welche die amerikanische, ja und auch die

englische Außenpolitik bestimmen, kalkulieren jetzt so: Da die Sowjetunion nun mal die USA und England in der Entwicklung der Wissenschaft und Technik überflügelt hat, so gilt es vor allem die Sowjetunion einzuholen und die Aufrüstung noch mehr zu forcieren, besonders im Bereiche der Atom- und Wasserstoffwaffen und der Raketerzeugung. Ein solche Lage kann natürlich nur den kapitalistischen Mammutmonopolen passen, die aus der Waffenerzeugung immer größere Profite ziehen; doch den Lebensinteressen der Völker läuft sie zuwider.

Das Wettrüsten war noch nie so gefährlich wie jetzt, wo die Zerstörungskraft der neuesten Arten von Waffen in keiner Weise mit den Waffen verglichen werden kann, die im Zweiten Weltkrieg eingesetzt wurden. Und die militärische Technik, die durch das Wettrüsten vorangetrieben wird, bleibt nicht auf der Stelle stehen.

Für die verantwortlichen Staatsmänner der westlichen Länder wäre es längst an der Zeit, zu begreifen, daß Abrüstung nicht Gegenstand eines diplomatischen Kuhhandels, sondern die dringlichste Aufgabe der Gegenwart ist, deren unverzügliche Lösung die Völker immer nachdrücklicher fordern.

Und kein Stimmenspiel in den UN, keine Appelle zur Fortsetzung des „kalten Krieges“ können diese Forderung übertönen, können sie von der Tagesordnung absetzen. Die Geschlossenheit der sozialistischen Länder, das sich immer mehr festigende gegenseitige Verständnis und die Zusammenarbeit zwischen allen Staaten, die die Interessen des Friedens verfechten, sind heute Faktoren, denen die eingefleischtesten Anhänger des Wettrüstens Rechnung zu tragen gezwungen sind. Heute ist die Lage in der Welt nicht mehr so, wie sie sogar noch vor einigen Monaten war. Die sowjetischen Erdtrabanten haben das politische Klima auf unserem Planeten gebessert, sie leisten ihre große Arbeit für den Frieden und nicht zuletzt für die Abrüstung.

Die Organisatoren der jüngsten Ratstagung des Nordatlantischen Blocks haben nicht wenige Anstrengungen gemacht, um diese Tagung in eine Manifestation der Geschlossenheit der NATO-Staaten, der Politik der Kriegsvorbereitungen und des Wettrüstens zu verwandeln. Die NATO-Tagung hat jedoch gezeigt, daß es diesen Kalkulationen nicht beschieden war, in Erfüllung zu gehen. Von vielem zeugt schon die Tatsache allein, daß ihre Teilnehmer die in Washington und London ausgearbeitete Tagesordnung ummodellern und Fragen zur Erörterung stellen mußten, die von den Zielen, denen dieser militärische Block dient, weit entfernt sind. Es genügt, zu erwähnen, daß die Teilnehmer der NATO-Tagung sich mit Fragen befassen mußten, die die Abrüstungsverhandlungen betreffen, sowie die Vorschläge der Sowjetregierung erörtern mußten, die in den jüngsten Botschaften des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Bulganin, an die Regierungschefs der NATO-Länder und in den Noten an alle Mitgliedsländer der UN dargelegt sind.

Wie die ausländische Presse bezeugt, wohnte die Sowjetunion gewissermaßen unsichtbar der NATO-Tagung bei und beeinflusste ihren ganzen Verlauf. Die Vertreter Norwegens, Dänemarks, der Bundesrepublik Deutschland und einiger anderer Länder sprachen sich für ein gründliches Studium dieser sowjetischen Vorschläge aus. Die amerikanische Zeitung „Washington Post and Times Herald“ kennzeichnete die Lage auf der Tagung folgen-

dermaßen: „Was jetzt in Paris vor sich geht, ist gleichbedeutend einer Rebellion von noch unbekanntem Ausmaß gegen die Gewohnheit Dulles', sowjetische Vorschläge nur deshalb zu verwerfen, weil sie von der Sowjetunion stammen.“

Auf ernstem Widerstand stießen die Pläne, auf dem Territorium europäischer Länder ein Netz amerikanischer Stützpunkte für den Abschub von Raketen und Depots für Raketenkernladungen anzulegen. Der Ministerpräsident Norwegens, Gerhardsen, erklärte, Norwegen denke nicht daran, zuzulassen, daß auf seinem Territorium Atomwaffenlager oder Abschubrampen für Mittelstreckenraketen errichtet werden. Denselben Sinn hatte die Erklärung, die Ministerpräsident Hansen im Namen Dänemarks abgegeben hat. Die Sowjetregierung weiß diese nüchterne Beurteilung der Lage durch führende Politiker der erwähnten skandinavischen Länder zu schätzen.

Die tiefe Besorgnis der Bevölkerung Westdeutschlands, angesichts der amerikanischen Pläne zur Umwandlung des Landes in eine Sammelstelle für Atom- und Wasserstoffwaffen, hat sich in bestimmtem Maße auf die Haltung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland während der NATO-Tagung ausgewirkt.

Bundeskanzler Dr. Adenauer mußte sich dahingehend äußern, daß Westdeutschland sich mit einer Entscheidung über die Stationierung amerikanischer Raketenabschubbasen auf seinem Territorium nicht beeilen werde. Die Erklärung der Bundesregierung zur Frage der amerikanischen Raketenbasen, die man als Bewegung zu einer nüchterneren Berücksichtigung der Interessen Westdeutschlands werten könnte, läßt sich jedoch nicht mit den beharrlichen Forderungen Dr. Adenauers in Einklang bringen, daß der westdeutschen Bundeswehr Waffen aller Art zur Verfügung gestellt werden und daß Westdeutschland an den Forschungsarbeiten zur Produktion moderner Waffen, einschließlich Raketen, teilnehme.

Man kann nicht darüber hinweggehen, daß es sehr ernste Folgen haben könnte, wenn sich Atomwaffen in Händen jener Kräfte in Westdeutschland befänden, die aus den Erfahrungen vergangener Kriege nichts gelernt haben und nur einen geeigneten Augenblick abwarten, um erneut den Versuch zu unternehmen, das Land auf den Weg des Krieges zu lenken. Davon zeugt allein schon die Tatsache, daß heute bereits gewisse namhafte Politiker Westdeutschlands kein Blatt vor den Mund nehmen und erklären, sie seien mit den bestehenden Grenzen einzelner europäischer Staaten nicht einverstanden. Und würde ein solcher Schritt, wie die Atombewaffnung der westdeutschen Armee, etwa nicht zur Entfesselung eines gefährlichen Atomwettrüstens zwischen den europäischen Staaten führen?

Nichtsdestoweniger zeigen die gesamte Entwicklung der Ereignisse und in bestimmtem Maße die Ergebnisse der jüngsten NATO-Tagung, daß in den internationalen Beziehungen immer stärkere Tendenzen zutage treten, die Bedingungen zur friedlichen Koexistenz der Staaten zu sichern und dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten.

Es ist erfreulich zu sehen, welch starken positiven Widerhall und welches Verständnis die jüngsten Appelle der Sowjetregierung an die Regierungen von 83 Staaten und die in ihnen dargelegten Vorschläge über Wege zur Festigung des Friedens überall gefunden haben, darunter auch in breiten Kreisen der Öffentlichkeit der NATO-Länder. Ist das etwa kein neuer markanter Beweis dafür,

daß die Außenpolitik des Sowjetstaats, die von der Kommunistischen Partei, von ihrem Zentralkomitee bestimmt wird, den Wünschen und Hoffnungen der großen Mehrheit der Menschheit entspricht? Sie findet die Unterstützung von Millionen und aber Millionen Menschen, die sich gestern noch im Banne der Kriegspropaganda befanden. Viele Millionen Menschen im Osten wie im Westen blicken voller Hoffnung und Zuversicht auf die Sowjetunion, die das große Werk des Völkerfriedens konsequent und entschlossen vertritt.

In dem soeben veröffentlichten Kommuniqué der Teilnehmer der NATO-Ratstagung wird die Bereitschaft bekanntgegeben, an einer Außenministerkonferenz für Abrüstungsfragen teilzunehmen. Es ist leicht zu sehen, daß die Aufnahme dieser Erklärung in das Kommuniqué auf die schwierige Lage zurückzuführen ist, in welche die Inspiratoren der forcierten Aufrüstung und des „kalten Krieges“ geraten sind. Der USA-Staatssekretär — in dieser Erklärung ist seine Handschrift leicht zu erkennen — hatte es nötig, äußerlich eine beschwichtigende Note hinzuzusetzen und in Wirklichkeit die Völker zu täuschen, die tatsächlich die Einstellung der forcierten Aufrüstung und des „kalten Krieges“ wollen. Ist es doch gut bekannt, daß noch nicht ein Monat verflossen ist, seit unter dem groben Druck der USA in der Organisation der Vereinten Nationen eine Resolution angenommen wurde, in welcher der Standpunkt der Westmächte zur Abrüstung gebilligt wird, ein Standpunkt, der auf Abrüstung überhaupt nicht abzielt und die Verhandlungen über diese Frage in eine Sackgasse führt. Jetzt wird uns faktisch vorgeschlagen, mit den gleichen NATO-Mitgliedern, mit denen wir bisher geduldig Verhandlungen führten, uns wieder an einen Tisch zu setzen und aufs neue sterile Debatten zu entwickeln, die die Sache der Abrüstung keinen Schritt vorwärtsbringen.

Hier tritt deutlich das Bestreben an den Tag, in Wirklichkeit eine Konferenz dazu einzuberufen, um ihre Bedingungen zu stellen, ihre Verhandlungsplattform zu präsentieren. Und da die Sowjetunion diese Bedingungen nicht annehmen kann, weil sie in keiner Weise zur Abrüstung führen, so ist es nicht schwer zu erraten, zu welcher Lage es auf der Konferenz käme.

Die Westmächte würden nicht verabsäumen, die Sowjetunion einer Unnachgiebigkeit zu bezichtigen, die Beschuldigung zu erheben, daß die UdSSR die Abmachung sabotiere, um so die Öffentlichkeit irrezuführen. Urteilen Sie selbst: Kann man unter derartigen Umständen von einer Zusammenkunft der Außenminister bei einer solchen Zusammensetzung in dieser Frage nützliche Ergebnisse erwarten?

Die Sowjetunion ist nach wie vor aufrichtig bestrebt, auf ein Übereinkommen in den Abrüstungsfragen, auf die Einstellung des „kalten Krieges“ hinzuwirken. Viele Jahre hindurch hat die Sowjetregierung Anstrengungen gemacht, um zu einer Vereinbarung mit den Westmächten zu kommen. Dies blieb jedoch ergebnislos infolge der Abgeneigtheit der führenden Kreise dieser Mächte, zu einer Übereinkunft zu gelangen.

Der Kern der Dinge liegt folglich nicht darin, daß früher die Verhandlungen nicht auf der Ebene von Ministern geführt worden sind und jetzt eine Ministerkonferenz vorgeschlagen wird, sondern darin, daß die Westmächte den von ihnen gesteuerten gefährlichen Kurs der militärischen Vorbereitungen, der noch stärkeren Entfaltung

des „kalten Krieges“ und der Forcierung der Aufrüstung aufgeben und auf ehrliche Verhandlungen eingehen, wofür die Sowjetregierung nach wie vor eintritt.

Genossen Deputierte!

Nach einer Analyse der langjährigen Abrüstungsverhandlungen sowie der Standpunkte und Vorschläge der Seiten ist die Sowjetregierung zur Schlußfolgerung gekommen, daß bei der bestehenden, durch Spannung zwischen den Staaten gekennzeichneten internationalen Lage der reale Weg zur Lösung des Abrüstungsproblems die Wiederherstellung und Stärkung des Vertrauens der Staaten zueinander ist.

Es ist notwendig, gemeinsame Ausgangspunkte zu finden und dort, wo die gegenwärtige Lage dies gestattet, wenigstens den ersten Schritt in Richtung auf die Abrüstung zu tun. Sind die Westmächte jetzt nicht bereit, auf ein Übereinkommen mit uns zur Durchführung gemeinsamer Abrüstungsmaßnahmen einzugehen — was hindert denn, sich über gemeinsame Verpflichtungen moralischen Charakters oder über die gesonderte Durchführung von Maßnahmen zu verständigen, die zur Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Mächten beitragen und den Weg zur Lösung des Abrüstungsproblems als Ganzes bahnen würden?

Nach Auffassung der Sowjetregierung besteht jetzt die Möglichkeit, derartige konkrete Schritte zu unternehmen. Entsprechende Vorschläge wurden von der Sowjetregierung in den Botschaften des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, N. A. Bulganin, und in den Noten der Regierung der UdSSR an die Regierungen der Mitgliedstaaten der Organisation der Vereinten Nationen gemacht. Ich erinnere kurz an diese Vorschläge.

Die Sowjetregierung hat sich bereit erklärt, ab 1. Januar 1958 alle Atom- und Wasserstoffwaffenversuche einzustellen, wenn die Regierungen der USA und Englands die gleiche Verpflichtung übernehmen. Die Einstellung der Experimente mit den Atom- und Wasserstoffwaffen würde den Stand dieser Arten von Waffen in jedem Lande, das über sie verfügt, so belassen, wie er am 1. Januar 1958 sein wird. Wie Sie sehen, ist die Sowjetunion, die keinen Krieg vorbereitet und keine Angriffspläne gegen irgendeinen Staat schmiedet, bereit, von der weiteren Vervollkommnung dieser Waffenarten Abstand zu nehmen. Weshalb wollen nun in diesem Fall die Regierungen der USA und Englands, die erklären, daß sie niemanden zu überfallen beabsichtigen, nicht zusammen mit der Sowjetunion auf weitere Vervollkommnung dieser Waffen verzichten?

Die Sowjetunion schlägt ferner den USA und England vor, gemeinsam der Anwendung von Atom- und Wasserstoffwaffen abzusagen. Dieser Vorschlag ist leicht zu verwirklichen, denn er erfordert weder die Errichtung einer komplizierten internationalen Kontrolle über seine Ausführung noch irgendwelche materiellen Aufwendungen, und die gewaltige Bedeutung dieses Vorschlags für die Sache des Friedens bedarf keiner besonderen Beweise.

Die Sowjetunion und die anderen Mitgliedsländer des Warschauer Vertrags schlagen den Mitgliedstaaten der Nordatlantischen Union schon lange einen Nichtangriffsvertrag vor. Gegenwärtig hängt die Entscheidung dieser Frage, die erheblich zur Minderung der internationalen Spannung und zur Festigung der europäischen Sicherheit beitragen würde, von den Regierungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschland und der anderen Teilnehmerstaaten der NATO ab.

Mitunter weisen die Gegner eines solchen Vorschlags darauf hin, der Gedanke der Nichtangriffsverträge selbst habe sich nicht bewährt. Hierbei nehmen sie auf die Verletzung derartiger Verträge durch Hitlerdeutschland Bezug. Die Haltlosigkeit derartiger Argumente liegt auf der Hand. Wer kann bestreiten, daß durch die Verletzung der Nichtangriffsverträge mit anderen Staaten Hitlerdeutschland vor aller Welt als Aggressor dastand, der seine internationalen Verpflichtungen hinterhältig gebrochen hat? Trug das etwa nicht zur internationalen politischen Isolierung Hitlerdeutschlands und zum Zusammenschluß der Kräfte der Antihitlerkoalition bei? Nicht der Gedanke der Nichtangriffsverträge, sondern die Verletzung dieser Verträge haben sich kompromittiert.

In diesem Zusammenhang sei die Frage gestattet, ob nicht gerade deshalb gewissen Leuten der Gedanke der Nichtangriffsverträge ungeeignet erscheint, weil er auch heute ein ernstes Hindernis für diejenigen ist, die Aggressionspläne schmieden.

Ernste Aufmerksamkeit verdient der Vorschlag, in Europa eine atom- und wasserstoffwaffenfreie Zone zu schaffen, denn für seine praktische Verwirklichung sind ganz reale Voraussetzungen vorhanden. Bekanntlich ist auf Initiative der Regierung Polens, die von der Tschechoslowakei und der DDR unterstützt wurde, der Vorschlag unterbreitet worden, daß die Territorien dieser Staaten zu einer atom- und wasserstoffwaffenfreien Zone gehören, wenn die Regierung Westdeutschlands ihrerseits ebenfalls auf die Stationierung ausländischer Kernwaffen auf westdeutschem Boden verzichtet und keine eigene Produktion solcher Kernwaffen organisiert.

Die Regierungen Polens, der DDR und der Tschechoslowakei gaben ihr Einverständnis, das Territorium ihrer Länder in eine solche Zone einzubeziehen. Nun hat der vierte Staat dieser Zone, die Bundesrepublik Deutschland, das Wort. Was die Sowjetregierung betrifft, so unterstützt sie restlos den Vorschlag der Regierungen Polens, der Tschechoslowakei und der Deutschen Demokratischen Republik, eine atom- und wasserstoffwaffenfreie Zone in Europa zu schaffen, und ist bereit, mit den Regierungen der USA und Großbritanniens in entsprechende Verhandlungen zu treten. Entstände im Zentrum Europas eine solche Zone, deren Bevölkerung mehr als 100 Millionen Menschen umfassen würde, so würde das die Situation in Europa bedeutend verändern.

Nach Meinung der Sowjetunion müßten die Staaten die Verpflichtung übernehmen, die Kriegspropaganda einzustellen, die in gewissen Ländern des Westens Tag für Tag durch Presse, Radio, Film, Fernfunk und andere Mittel geführt wird. Die Kriegspropaganda ist ein Verbrechen gegen den Frieden, ganz gleich mit welchen falschen Argumenten von „Redefreiheit“ sie sich tarnt. Ist etwa ein großer Unterschied zwischen denjenigen, die heute dazu auffordern, Atom- und Wasserstoffbomben über Ländern abzuwerfen, deren innere Zustände ihnen nicht passen, und jenen Hitlerfaschisten, die vor 11 Jahren vor dem internationalen Tribunal auf der Anklagebank saßen und mit den gleichen Appellen begonnen hatten? Der Unterschied ist hier nicht groß.

Da man die Abrüstungsfrage nicht in der gegenwärtigen Sackgasse lassen darf, schlägt die Sowjetregierung vor, daß in nächster Zeit eine Sondertagung der UN-Vollversammlung oder eine internationale Abrüstungskonferenz einberufen werde.

Zur baldigsten positiven Lösung dieser brennenden Probleme könnte zweifellos eine Konferenz auf hoher Ebene zwischen Vertretern der kapitalistischen und der sozialistischen Staaten beitragen, was die Sowjetregierung früher bereits erklärt hat.

Die Anhänger des Kurses auf Fortsetzung des Wettrüstens berufen sich oft darauf, daß nun, da die Sowjetunion die Ueberlegenheit in den modernsten Waffen besitzt, viele Staaten, und vor allem neutrale Staaten, einen Verzicht auf diesen Kurs als Eingeständnis einer Schwäche der Westmächte und besonders der USA bewerten könnten. Sie behaupten, ein Verzicht auf den erwähnten Kurs könne sich auf das Ansehen und das Prestige der USA und des Nordatlantischen Blocks als Ganzes auswirken.

Das Ansehen, das Prestige der USA und einiger ihrer NATO-Partner wird ja gerade durch den jetzigen Kurs ihrer Politik erschüttert, und je weiter das geschieht, desto mehr wird sich das auswirken. Am besten wissen die Amerikaner selbst davon zu berichten. Wir sind überzeugt, daß eine Ablösung der „Politik der Stärke“, der Politik, die Welt „am Rande des Krieges“ zu halten, durch eine andere Politik, die der Einstellung des Wettrüstens,

der Minderung der internationalen Spannung und der Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten, in erster Linie auf dem Gebiet des Handels, dienen würde, das Ansehen und Prestige sowohl der USA als auch der anderen im Kielwasser der amerikanischen Politik segelnden Staaten hingegen stark erhöhen würde.

Die Sowjetunion wie auch die anderen sozialistischen Staaten tun alles, was in ihren Kräften steht, und werden auch weiter alles tun, um den Frieden zu festigen und die Freundschaft und Zusammenarbeit der Völker in jeder Weise zu entwickeln, und werden nach wie vor mit ihrer ganzen Beharrlichkeit, Aufrichtigkeit und Geduld auf ein Abkommen hinwirken, damit dem Wettüsten ein Ende gesetzt und die Menschheit von der Gefahr eines vernichtenden Atomkrieges erlöst werde. In dieser Politik stützt sich unser Land auf die eherne Einheit unseres Volkes, auf die wachsende Macht seiner Wirtschaft, auf die Geschlossenheit des ganzen sozialistischen Lagers und auf die mit jedem Tag stärker werdenden Kräfte des Friedens in der ganzen Welt.

Quelle: *Die Sowjetunion heute* (sowjetische Botschaft, Bonn), Beilage zu Nr. 1 vom 1. Januar 1958.

Rundfunkansprache des britischen Premierministers, Harold Macmillan, über die internationale Lage am 4. Januar 1958

Der Friede ist das Problem unserer Tage; es war das Problem des Friedens, das die Regierungschefs vor kurzem zu dem NATO-Treffen in Paris führte. Der Friede wird einen großen Teil der Gespräche ausfüllen, die ich bei meinem bevorstehenden Besuch in den Commonwealth-Ländern mit den anderen Premierministern haben werde.

Unsere Arbeit für den Frieden wird von dem Problem beherrscht, wie gut wir mit den Russen auskommen können. Und bis jetzt steht ein Fragezeichen über der russischen Politik. Sie sagen oft schöne Worte. Sie sagten uns viele schöne und freundliche Worte zum Jahresbeginn. Sind diese Bekenntnisse der Achtung und Freundschaft wirklich aufrichtig? Oder sagen sie eine Reihe von Dingen, von denen sie glauben, daß wir sie gerne hören, um so unsere Entschlossenheit zu schwächen? Bis jetzt können wir von der Wahrheit nicht überzeugt sein. Und es ist eine sehr schwere Verantwortung für jede Regierung, nach dieser oder jener Interpretation handeln zu müssen, ohne absolut sicher zu sein.

Lassen Sie mich ein Beispiel nennen. Es sind wiederholt Vorschläge für die Abschaffung von Kernwaffen, Atombomben und Wasserstoffbomben gemacht worden. Angenommen, wir würden ein Abkommen über die Abschaffung solcher Waffen und das Verbot ihrer Produktion ausarbeiten. Das wäre aus vielen Gründen sehr attraktiv — unter anderem, weil es uns eine Menge Geld und Anstrengung ersparen würde. Aber angenommen, als Folge eines solchen Abkommens ständen wir praktisch wehrlos der gewaltigen Uebermacht russischer konventioneller Waffen gegenüber — Menschen, Kanonen, Panzern, Flugzeugen, Seestreitkräften und Unterseeboten. Wenn das geschähe, würden wir dann nicht bitter den Verlust unserer nuklearen Abschreckungsmacht bereuen, den Verlust der einzigen Waffe, die jeden Feind vorsichtig machen muß, mag er auch in anderer Hinsicht noch so mächtig sein?

Einige Leute mögen denken, daß es nicht zur kommunistischen Ideologie und den russischen Absichten gehört, noch mehr Länder durch Gewalt zu unterwerfen; und das mag wahr sein. Ich schließe das nicht aus, keinesfalls. Aber kann irgend jemand sicher sein?

Ich sehe die Sache folgendermaßen an: Auf seltsame Weise schreckt die Kenntnis von der gewaltigen Zerstörung, die aus einem Weltkonflikt hervorgehen würde, jetzt mögliche Angreifer ab. Die Wasserstoffbombe ist ein Schutz, denn in einem Atomkrieg kann keine der beiden Seiten den Sieg davontragen. Die Tatsache, daß die Gewißheit unserer Verteidigung in unserer Fähigkeit liegt, einen Angreifer ebenso grausam zu vernichten, wie er andere vernichtet, ist natürlich ein schrecklicher Gedanke. Ich weiß das. Aber wir wagen es nicht, unser Zurückschrecken bei dem Gedanken an die H-Bombe dahin führen zu lassen, daß wir unserer besten Garantie für Sicherheit vor einem Angriff und somit der wirklich besten Garantie für den Frieden beraubt werden.

Nun besteht im Augenblick eine Art toter Punkt, und es lohnt zu überlegen, wie es dazu gekommen ist.

1945, nach dem letzten Kriege, haben wir alle auf dauerhaften Frieden und Freundschaft gehofft. Wir hatten hier den Mut und die Kraft unseres russischen Alliierten schätzen gelernt. Obwohl wir eine von der seinen grundverschiedene Einstellung zum Leben und zur Freiheit hatten, vertrauten wir darauf, daß wir harmonisch zusammenleben können; hätten wir damals schon an den Ausdruck gedacht, dann hätten wir das „friedliche Koexistenz“ genannt — und das bedeutet in Wirklichkeit „leben und leben lassen“. Aber leider sollten unsere Hoffnungen bald zerstört werden. Die Sowjetunion, die bereits die baltischen Staaten an sich gerissen hatte, unterwarf sich einen großen Teil Osteuropas, und schließlich führte die Ueberwältigung der Tschechoslowakei zur Bildung des Nordatlantikkpaktes, der NATO, die jetzt in

ihrem zehnten Jahre steht. Diese Allianz von fünfzehn Ländern wurde gegründet aus der bitteren Erfahrung mit der Aggression und aus der Entschlossenheit, sie aufzuhalten. Darin hat sie bis jetzt Erfolg gehabt. Wenn wir daher jetzt zu einem toten Punkt gekommen sind, so ist das nicht schlecht, denn es bedeutet zumindest, daß ein Weltkonflikt viel weniger wahrscheinlich, vielleicht sogar unmöglich ist.

Nun ein Wort zum amerikanischen Beitrag. Er ist zweifellos sehr groß gewesen. Es mag natürlich sein, daß dies in ihrem eigenen Interesse geschah, aber wenn ihr Interesse sich mit dem unseren deckt, und wir beide sehen das ein, dann ist das um so besser für uns beide. Hätten wir diese Art von Zusammenarbeit mit Amerika nach dem Ersten Weltkrieg gehabt, so hätten wir möglicherweise keinen Zweiten Weltkrieg bekommen. Und jede Regierung, ganz gleich welcher Partei, die wir seit 1947 in Großbritannien hatten, hat die amerikanische Allianz begrüßt und mit ihr gearbeitet. Im Jahre 1948 beispielsweise kamen amerikanische Bomber nach Großbritannien auf Grund eines durch den damaligen Premierminister Attlee abgeschlossenen Übereinkommens. Dieses Übereinkommen wurde später durch Churchill bestätigt. Die Amerikaner kamen, um sich an der Verteidigung der freien Welt zu beteiligen. Sie sind ein Partner unserer gemeinsamen Verteidigung. Die amerikanischen Stützpunkte können natürlich nicht ohne eine Übereinkunft zwischen den beiden Regierungen für einen Krieg oder kriegsähnliche Operationen verwendet werden. Wir haben ein Vetorecht, und sie haben ein Vetorecht. Früher waren die amerikanischen Bomber mit der Atombombe ausgerüstet; heute sind sie mit der Wasserstoffbombe ausgerüstet. Wenn gelegentliche Flüge mit Wasserstoffbomben notwendig sind, um die Wirksamkeit und Verlässlichkeit unserer Verteidigung zu prüfen, so müssen wir eben diese Notwendigkeit hinnehmen, denn eine wirksame Abschreckung hängt von einer ständigen Einsatzbereitschaft der Abschreckungsmittel ab. Diese Bomben können natürlich nicht von selbst detonieren, es kann keine Atomexplosion geben, selbst wenn das Flugzeug, welches die Bomben trägt, abstürzt. Es könnte eine geringe, ganz geringe Gefahr radioaktiven Ausfalles bestehen, die aber praktisch nicht ins Gewicht fällt. Und um die Bomben zu schärfen, bedarf es einer komplizierten Folge technischer Handgriffe durch die Besatzung des Flugzeugs. Keine dieser Bomben könnte oder würde gebraucht werden ohne einen genau überlegten Befehl, der nur auf Anweisung der gemeinsam handelnden Regierungen Großbritanniens und der Vereinigten Staaten gegeben wird. Wir selbst haben ein absolutes Vetorecht gegen das Abwerfen solcher Bomben von irgendeinem in unserem Land stationierten Flugzeug; daran gibt es nicht den geringsten Zweifel.

Wenn andererseits nun Abschlußrampen für Atomraketen das modernste Äquivalent für bombentragende Flugzeuge sind, dann würde unsere gesamte Verteidigungspolitik, unsere gesamte Strategie wirklich völlig sinnlos, wenn wir diese Abschlußrampen nicht hätten; und wir werden genau dasselbe Vetorecht — genau dasselbe — gegen den Gebrauch der Raketen haben, wie wir es jetzt gegen den Einsatz von Bomben von Flugzeugen aus haben.

Jetzt zur Zukunft. Es gibt zwei Wege, den Weltfrieden zu wahren — nur zwei —, und diese beiden Wege stehen

nicht in Gegensatz zueinander, sondern verlaufen parallel. Sie ergänzen einander. Der eine besteht darin, die volle Stärke unserer Allianzen aufrechtzuerhalten. Es mag einige geben, die alte Wunden aufzureißen, Differenzen zwischen uns ins Leben zu rufen und Eifersüchteleien zu erwecken suchen. Diese Leute erweisen ihrer Generation einen schlechten Dienst. Ich bin sicher, daß die überwiegende Mehrzahl der verantwortlichen Persönlichkeiten in allen NATO-Ländern alle Differenzen zwischen uns zu beseitigen wünschen — sie wollen für vollstes gegenseitiges Verstehen arbeiten. Und wir müssen zusammenstehen, oder wir werden zusammen fallen. Es wäre tödlich, wenn wir zuließen, daß die NATO oder andere Bündnisse zerbrechen, denn die NATO ist nicht allein eine militärische Allianz; sie ist mehr, sie bietet die moralische Grundlage für einen großen Teil der freien Welt. Das ist also der erste Weg: wir müssen die Bündnisse zusammenhalten.

Aber es gibt noch einen zweiten Weg, der ebenso wichtig ist: den Weg des Handelns und der Versöhnung, und wir wollen uns nicht von den Mißerfolgen entmutigen lassen, die bisher eintraten. Wir müssen damit fortfahren, wir müssen es weiter versuchen. Wir wollen weiterhin versuchen, mit den Russen zu einem Abkommen über die Abrüstung und die Beseitigung der Spannungen in der Welt zu gelangen. Alle möglichen Pläne sind erörtert worden. In der Abrüstungskommission der Vereinten Nationen brachten vier Länder, Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Kanada und Frankreich, vor kurzem einen unserer Ansicht nach gerechten Plan für eine wenigstens partielle Abrüstung vor. Jedenfalls erhielt dieser Plan die überwältigende Unterstützung der Vollversammlung der Vereinten Nationen; nicht ein einziges Land stimmte gegen ihn mit Ausnahme — leider! — Rußlands und seiner Satelliten.

Es gab eine Zeit im letzten Sommer, da hatte ich die feste Hoffnung, daß die Sowjetregierung beginnen würde, diesen Plan ernsthaft mit uns zu diskutieren, aber schließlich wurden auch diese Hoffnungen zerstört. Gleichwohl dürfen wir nicht aufgeben, wir müssen es noch einmal versuchen. Nun, was können wir tun? Wir können mit einem feierlichen Nichtangriffspakt anfangen. Das ist früher auch schon geschehen. Es kann nicht schaden. Es könnte nützen. Wir müssen zu einer Einigung gelangen über die Versuche mit Kernwaffen, über ihre Produktion, ihre Anwendung und ihre Zahl, wir müssen uns aber auch mit den sogenannten konventionellen Waffen befassen. Und vor allem — Sie wissen es — kann der Friede nicht durch Worte gesichert werden; wir brauchen ebenso sehr Taten.

Wir sind jederzeit bereit, nach neuen Ideen vorzugehen und neue Methoden auszuprobieren, aber wir müssen der Lehren der Vergangenheit eingedenk sein. Unser Ziel, unser ganzes Ziel ist, Vertrauen zu schaffen. Es nützt nichts, eine Furcht zu beseitigen und dafür eine andere zu schaffen. Wir haben wenigstens erreicht, daß ein Gleichgewicht der Kräfte besteht, das einen Krieg fast unmöglich macht. Wir wollen diesen Vorteil nicht verlieren. Daher müssen wir dafür sorgen, daß in den vorgeschlagenen Plänen, sei es bei der Ausschaltung gewisser Waffen oder bei der Verminderung anderer oder bei allen sonstigen Maßnahmen, dieses Gleichgewicht erhalten bleibt und daß nicht der einen Seite eine überwiegende Macht gegenüber der anderen eingeräumt wird. Die Verminde-

rung von Waffen aller Art muß so angelegt werden, daß die Spannungen gemildert und nicht die Befürchtungen vergrößert werden.

Eine Bedingung ist entscheidend für jeden Plan: die Abkommen müssen einem wirksamen Inspektions- und Kontrollsystem in allen betroffenen Ländern unterworfen sein. Wir unsererseits würden es erlauben, daß Inspektoren in unseren Ländern herumreisen, solange solche Inspektoren das gleiche auch im Sowjetblock ohne Behinderung tun können.

Niemand könnte sich stärker bemühen, als wir es taten, um mit der Sowjetregierung zu einer Einigung zu kommen. Ich selbst habe beispielsweise an zwei Treffen auf hoher Ebene mit den Russen teilgenommen — an einem Treffen der Regierungschefs und an einem Treffen der Außenminister. Ich habe die Arbeit der Abrüstungskommission beobachtet. Wir konnten zu keiner Einigung kommen. Aber ich gebe die Hoffnung nicht auf, und deshalb haben wir im letzten Monat bei der NATO-Konferenz deutlich klargemacht, daß wir bereit und bemüht sind, eine neue Anstrengung zur Ueberwindung des toten Punktes zu übernehmen. Für mich spielt es dabei keine Rolle, ob dies im Rahmen der Vereinten Nationen oder auf einem kleineren Treffen geschieht. Ob es auf diesem Wege oder auf diplomatischem Wege oder auch durch eine Kombination beider Wege geschieht, das Ziel wäre in jedem Falle, den Wirrwarr alter Kontroversen und Unstimmigkeiten aufzulösen, um dann vielleicht den Weg für eine Zusammenkunft der Regierungschefs freizumachen.

So beginne ich das neue Jahr im Geiste des Vertrauens. Wir haben eine Menge erreicht, und wir müssen uns be-

mühen, 1958 weiter vorwärtszukommen. Wir hören manchmal viel unnützes Gerede über einen Wechsel der weltpolitischen Position unseres Landes. Manche Leute sagen sogar, wir seien eine erschöpfte Macht; aber ohne Großbritannien würde es in der Welt sehr viel anders und viel weniger hoffnungsvoll aussehen. Wir sind das Herz und Zentrum des Commonwealth, wir sind das einzige Land der Welt, das Vollmitglied aller drei Verteidigungsorganisationen ist, die von der freien Welt geschaffen wurden.

Das Commonwealth selbst ist mehr als ein Bündnis, es ist eine lebendige Kraft, zusammengehalten von Ideen, die in den Herzen der Menschen leben. Im vergangenen Jahr, gerade vor eine paar Wochen, hatte ich Gespräche mit dem kanadischen Premierminister. Am nächsten Dienstag breche ich zu der ersten Reise auf, die je von einem im Amt befindlichen britischen Premierminister in die Commonwealth-Länder Asiens, Australiens und Polynesiens gemacht wurde.

Ich habe heute abend versucht, einige der Hoffnungen, die wir haben, wie auch einige der Gefahren, um die wir wissen, zu umreißen. Ich habe nicht versucht, Sie in der Illusion zu wiegen, daß wir schnelle oder spektakuläre Lösungen für die vielen Probleme erwarten können, welche die Welt der Nachkriegszeit beunruhigt haben. Gleichwohl können wir mit gutem Grund die Hoffnung hegen, daß wir im Jahre 1958 auf unserem Wege zum wahren Frieden wenigstens einige Schritte weiterkommen werden.

Quelle: *The Listener* vom 9. Januar 1958. Übersetzung des Europa-Archivs.

Der Rapacki-Plan

I. Rede des polnischen Außenministers, Adam Rapacki, vor der 12. Tagung der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 2. Oktober 1957

Das polnische Volk hofft vor allen Dingen, daß die Atmosphäre der gegenwärtigen Sitzungsperiode der Vollversammlung, der Verlauf der Debatte und die erzielten Ergebnisse dazu beitragen werden, eine weitere Entspannung im Kalten Krieg herbeizuführen und eine konstruktive Zusammenarbeit unter den Nationen, ungeachtet ihrer sozialen und politischen Systeme, zu fördern. Wir sind fest davon überzeugt, daß in dieser Hinsicht die grundsätzlichen Interessen des polnischen Volkes mit denen der anderen Mitglieder der Vereinten Nationen übereinstimmen, und ich darf dem Präsidenten und allen in diesem Raume anwesenden Delegationen versichern, daß in diesem Geiste die polnische Delegation ihr Bestes tun wird, um einen positiven Beitrag zu den Beratungen der 12. Sitzungsperiode und ganz besonders zu denjenigen Problemen zu leisten, die in besonderem Maße uns betreffen und mit denen wir gut vertraut sind.

Nach unserer Meinung schränkt die besondere Verantwortung, die durch die Charta der Vereinten Nationen den Großmächten auferlegt wurde, in keiner Weise die Verantwortung und die Rolle der kleineren Länder ein; jede Nation hat ihren besonderen Anteil an der Gestaltung ihrer Beziehungen zu anderen Nationen, und wir sind der Auffassung, daß jede Nation ihn in der Weise gebrauchen sollte, daß sie ihren größtmöglichen Beitrag

zur Entwicklung einer konstruktiven Zusammenarbeit, zur Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens und zur Annäherung aller Völker leistet.

Polen ist ein sozialistischer Staat, und nur weil wir den Weg des Sozialismus beschritten, konnten wir die Widerstände beseitigen, welche dem wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt in unserem Land entgegenstanden. Nur weil wir diesen Weg eingeschlagen haben, konnten wir die Auswirkungen eines aus der Vergangenheit ererbten Zustandes der Rückständigkeit überwinden und den Fortschritt auf allen Gebieten in Polen zustande bringen. Wir glauben auch, daß Polen als sozialistischer Staat sich als ein positiver Faktor in der Anbahnung friedlicher Beziehungen zwischen den Völkern erweisen kann. Starke und dauernde Bande der Solidarität verbinden uns mit den anderen sozialistischen Ländern, Bande, die durch gemeinsame Bedürfnisse, durch gemeinsame Grundfragen der sozialistischen Entwicklung und durch die Lebensinteressen des polnischen Volkes geschmiedet wurden.

Gleichzeitig ist es unser Ziel, die denkbar besten Beziehungen zu anderen Nationen aufrechtzuerhalten. Wir nehmen daher mit Genugtuung Kenntnis von der kürzlich erfolgten Verbesserung in unseren Beziehungen zu vielen westlichen Staaten, ebenso von der anhaltenden Ver-

stärkung unserer freundschaftlichen Zusammenarbeit mit vielen Ländern Asiens und Afrikas. Es gibt keinen Widerspruch und es kann keinen Widerspruch geben zwischen unseren Bindungen und unserer Solidarität mit den sozialistischen Ländern und der Verbesserung und Ausweitung unserer Beziehungen zu anderen Ländern. Für die günstige Entwicklung unserer gegenseitigen freundschaftlichen Beziehungen ist es von Bedeutung, daß die betreffenden Länder dies erkennen. Ich glaube auch, daß dies für das Verständnis der genauen Bedeutung der Konzeption einer friedlichen konstruktiven Koexistenz nützlich ist.

Wie Sie wissen, haben wir ein intensives Programm zur Reorganisation der Formen und Methoden der staatlichen und wirtschaftlichen Verwaltung in Polen in Gang gesetzt. Wir sind überzeugt, daß diese sorgsam durchdachten Veränderungen uns in die Lage versetzen werden, den größten Nutzen aus den bisher erreichten Errungenschaften und den noch größeren künftigen Aussichten der sozialistischen Entwicklung in unserem Land zu ziehen, um unserem Volk ein besseres und reicheres Leben zu ermöglichen. Der Erfolg dieses Programms ist jedoch wesentlich von der Entwicklung der internationalen Lage abhängig.

Wir sind uns vollständig über die Schwierigkeiten eines Lösungsweges für die Probleme im klaren, denen sich die 12. Sitzungsperiode der Vollversammlung gegenübersteht; denn wir wissen, wie tief ihre Wurzeln reichen. Niemand glaubt natürlich, daß die grundsätzlichen Widersprüche unserer Zeit durch irgendeine magische Form aufgelöst werden können. Ihre Lösung ist ein Teil und ein Anhängsel des historischen Werdegangs, der sich jetzt vollzieht. Unser Handeln sollte daher von der Realität des Lebens und den Gesetzen der Geschichte bestimmt werden. Wir sollten versuchen, durch eine gemeinsame Anstrengung aller Völker diesen historischen Fortschritt zum besten Nutzen der Menschheit zu gestalten. Vor allem müssen wir eine Katastrophe verhindern, deren Ausmaß und Folgen nicht abzusehen sind. Wo wir unsere Meinungsverschiedenheiten nicht bald beilegen können, müssen wir wenigstens Teilabkommen erreichen, und gerade hierbei könnten die Vereinten Nationen eine wichtige Rolle spielen.

Das Schlüsselproblem der 12. Sitzungsperiode dieser Versammlung ist die Abrüstungsfrage. Es ist nicht das erste Mal, daß sich die Vereinten Nationen damit beschäftigen. Gegen Schluß der letzten Sitzungsperiode äußerten sich die meisten der hier vertretenen Delegationen optimistisch hinsichtlich der Möglichkeit, daß die in diesem Jahre zu führenden Diskussionen wenigstens zu einem vorläufigen Uebereinkommen führen würden. Unglücklicherweise erfüllten die Ergebnisse der Arbeiten des Unterausschusses der Abrüstungskommission diese Erwartung nicht.

Aus der Art, wie die Diskussionen im Unterausschuß in London sich entwickelten, ist ersichtlich, daß das Haupthindernis für einen Fortschritt die Konzeption der sogenannten „globalen Strategie“ der Westmächte bildete, die entscheidende Bedeutung den Kernwaffen zuschreibt. Wir hatten hier in diesem Raum ein beredtes Beispiel dafür, wohin diese Auffassung führen kann. Es hat keinen Sinn, sich mit der Ansicht des Außenministers der Vereinigten Staaten über den humanitären Nutzen, der angeblich aus der Entwicklung der Kernwaffen entstehen kann, auseinanderzusetzen. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß

die Völker der Welt die Garantie ihrer Sicherheit lieber auf ein wirkungsvolles Verbot und die Vernichtung der Kernwaffen stellen als auf selbst das subtilste moralische und religiöse Gewissen einer bestimmten Regierung.

Das zweite Hindernis für den Fortschritt des Unterausschusses war das Beharren der Westmächte auf der Forderung, daß konkrete Abrüstungsmaßnahmen der Bedingung der gleichzeitigen Lösung anderer strittiger internationaler Probleme unterworfen sein sollten.

Das dritte Hindernis entstand schließlich aus der Opposition der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und aus den Erwägungen bezüglich der Remilitarisierung Westdeutschlands.

Diese verschiedenen Faktoren führten zu dem Ergebnis, daß die Diskussionen über die Abrüstung verzögert wurden und es sogar unmöglich war, wenigstens ein Teilabkommen zu erreichen. Mittlerweile steht die Zeit nicht still. Jeder Monat, den der Rüstungswettlauf weiter andauert, ist in jeder Hinsicht viel zu kostspielig für die Völker der Welt.

Wir sind jetzt Zeugen einer Umgestaltung der Streitkräfte der Großmächte. Konventionelle Rüstungen werden durch Kernwaffen ersetzt. Es besteht eine wachsende Gefahr, daß auch andere Länder Kernwaffen bekommen werden. Wenn mit taktischen Kernwaffen ausgerüstete Armeen einander gegenüberstehen, ist die Gefahr größer, daß sogar in lokalen Konflikten diese Massenvernichtungswaffen angewendet werden.

Dies ist ein weiterer Grund, warum wir glauben, daß der Vorschlag der Sowjetunion, der darauf abzielt, daß die Großmächte sich vorläufig bereit erklären sollten, Kernwaffen für einen Zeitraum von mindestens 5 Jahren nicht anzuwenden, ein Schritt in die richtige Richtung ist, wenn wir schon zu diesem Zeitpunkt kein Abkommen über ein dauerndes und vollständiges Verbot der Anwendung aller Kernwaffen erreichen können. Die polnische Delegation wird jeden Versuch unterstützen, der uns näher an die grundsätzliche Lösung dieses Problems heranbringen könnte.

In gleicher Weise werden wir jeden Schritt in Richtung auf die baldigste Einstellung der Kernwaffenversuche unterstützen. Dies wünschen sich die Menschen in der ganzen Welt; dies ist die Schlußfolgerung, die man aus den Warnungen der bedeutendsten Wissenschaftler ziehen muß. Es kann keine Entschuldigung für einen weiteren Aufschub geben. Nach unserer Meinung ist die Einstellung der Kernwaffenversuche nicht nur ein erster Schritt in Richtung auf das Verbot der Kernwaffen, sondern auch ein wesentliches Element in der Entspannung der internationalen Lage, das jedermann mit Erleichterung begrüßen würde.

Die polnische Delegation wird natürlich ihre Ansichten zu der Abrüstungsfrage ausführlicher im Ersten Ausschuß vortragen. In meinen Ausführungen hier möchte ich besonders die Bedeutung der Frage für die wichtigsten Lebensinteressen Polens hervorheben. Für uns betrifft die Frage der Rüstungen in erster Linie die Situation in Europa, in dem Gebiet Deutschlands vor den Grenzen Polens.

Die Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland und die Anhäufung von Waffen und Streitkräften auf ihrem Gebiet stellen eine Politik dar, die sehr gefährlich für die Sache des Friedens in Europa und der Welt ist. Sie ist noch um so gefährlicher, weil wir es mit einem

Staat zu tun haben, in dem militaristische und revanchistische Bestrebungen keinesfalls verschwunden sind und einen beträchtlichen Einfluß ausüben. Westdeutschland darf kein atomares Pulverfaß inmitten Europas werden.

Wir verstehen das rechtmäßige Streben des deutschen Volkes nach Wiedervereinigung, und wir unterstützen es im besten Interesse ganz Europas. Das Beispiel unserer Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik zeigt, daß das polnische Volk in der Lage ist, gutnachbarliche Beziehungen zum deutschen Volk zu unterhalten. Wir wissen auch, daß ein großer Teil der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik Deutschland gute Beziehungen zu Polen befürwortet. Der Prozeß der Wiedervereinigung Deutschlands zu einem friedliebenden, demokratischen Staat kann sich jedoch nur in einer Atmosphäre vollziehen, die durch ein Nachlassen der internationalen Spannung, durch Abrüstung, durch ein wachsendes Sicherheitsgefühl seitens der Nachbarn Deutschlands und durch eine Annäherung und Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten gekennzeichnet ist. Er kann nicht gedeihen in einer Atmosphäre der Spannung, der revanchistischen Forderungen nach Waffen und gewiß nicht im Geiste gewisser Erklärungen, die praktisch die Absorption der Deutschen Demokratischen Republik durch die Bundesrepublik Deutschland und die Nordatlantikpakt-Organisation empfehlen.

Die bestehenden Spannungen werden durch revisionistische Ansprüche bezüglich unserer Westgrenze verstärkt. Diese Grenze ist endgültig und unverletzlich, und sie ist kein Handelsobjekt. Jeder Staatsmann, der realistisch denkt, wird dies gewiß erkennen. Es würde den Diplomaten der Länder, die freundschaftliche Beziehungen mit Polen unterhalten wollen, guttun, daraus die geeigneten Schlüsse zu ziehen.

Wir sind gegen die Teilung Europas in zwei gegeneinander gerichtete militärische Blöcke. Unsere Ansichten in bezug auf den Nordatlantikpakt sind wohl bekannt. Jeder polnische Bürger beurteilt die NATO in erster Linie nach ihrer Politik in der deutschen Frage. Angesichts der Gefahr, welche die Aufrüstung Westdeutschlands innerhalb der NATO für unser Land und die anderen europäischen Länder bedeutet, sahen Polen und seine Verbündeten sich gezwungen, den Warschauer Vertrag abzuschließen, der die Sicherheit unseres Landes bis zu dem Zeitpunkt gewährleistet, in dem ein wirkungsvolles System der kollektiven Sicherheit an Stelle der gegenwärtigen Spaltung in Europa errichtet worden ist.

Wir wünschen ein solches System und wollen seine Errichtung mit allem, was in unserer Macht steht, unterstützen. Bis ein System der kollektiven Sicherheit in Europa geschaffen sein wird, werden wir auch Teillösungen unterstützen, die auf dieses Ziel hinwirken. Wir werden sie unterstützen, gleichgültig, ob sie Teil eines größeren Planes oder Gegenstand separater Abkommen sind. Demzufolge waren wir der Meinung und sind noch der Meinung, daß es nützlich wäre, Zonen begrenzter und kontrollierter Rüstung in Europa zu errichten. Bis jetzt ist noch kein Fortschritt in dieser Richtung erzielt worden. Im Gegenteil, es bestehen Pläne, die westdeutsche Armee mit Kernwaffen auszurüsten. Wenn diese Pläne ausgeführt werden, führen sie unweigerlich zur Verschärfung der internationalen Spannung und zwingen die Staaten, die sich bedroht fühlen, ihre eigenen Schlußfolgerungen für die Stärkung ihrer Sicherheit zu ziehen. Wir sollten es

nicht zulassen, daß dieser Zustand weiter andauert. Wir wollen einen solchen Zustand verhindern helfen. Daher möchte ich im Namen meiner Regierung folgende Erklärung abgeben: Im Interesse der Sicherheit Polens und einer Entspannung in Europa und nach Konsultation der anderen Partner des Warschauer Vertrags erklärt die Regierung der Volksrepublik Polen: Falls die beiden deutschen Staaten übereinkommen, ein Verbot der Herstellung und Lagerung von Kernwaffen auf ihren Territorien in Kraft zu setzen, ist die Volksrepublik Polen bereit, ein solches Verbot gleichzeitig auch in ihrem Gebiet einzuführen.

Ich bin überzeugt, daß wir, wenn dies erreicht werden könnte, wenigstens den ersten Schritt in Richtung auf die Lösung eines Problems getan hätten, das nicht nur für das polnische und das deutsche Volk und ihre gegenseitigen Beziehungen, sondern auch für ganz Europa und für alle Völker der Welt von entscheidender Bedeutung ist.

Einer der großen historischen Prozesse unserer Zeit ist die Befreiung der abhängigen und kolonialen Völker, ihre Organisation und Entwicklung als unabhängige Staaten. Dieses Phänomen kann weder aufgehalten noch rückgängig gemacht werden. Jeder derartige Versuch würde nur noch neue Gefahrenpunkte und Konflikte schaffen. Wir stehen jetzt einer gefährlichen Situation dieser Art im Nahen Osten gegenüber. Drohungen und Druckmittel, die gegen Syrien angewandt werden, rufen besondere Besorgnis hervor. Der einzige Weg, diesen und ähnliche Konflikte zu lösen, besteht darin, sich an den Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker zu halten, das Recht unabhängiger Staaten auf die eigene Gestaltung ihrer inneren und äußeren Angelegenheiten anzuerkennen und ein Übereinkommen auf der Grundlage dieser Prinzipien zu suchen.

Die Beseitigung von Gefahrenpunkten und Bedrohungen des Weltfriedens ist ein Aspekt des Problems. Der andere ist das Zustandekommen einer konstruktiven Zusammenarbeit unter den Nationen, ungeachtet ihrer staatlichen Struktur und des Standes ihrer wirtschaftlichen Entwicklung. Polen wünscht seine wirtschaftlichen Beziehungen zu allen Ländern voll zu entwickeln. Wir möchten so aktiv wie möglich an der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit teilnehmen. Daher sind wir sehr an der Entwicklung der Weltwirtschaftslage und an der Aktivität der internationalen wirtschaftlichen Organisationen interessiert. In jüngster Zeit ergaben sich gewisse günstige Entwicklungen in den weltwirtschaftlichen Beziehungen, besonders auf dem Gebiet des Handels zwischen gewissen kapitalistischen und gewissen sozialistischen Ländern Europas und Asiens; aber der erzielte Fortschritt ist noch zu beschränkt, und diskriminierende Handelsvorschriften werden noch gegenüber sozialistischen Ländern angewandt. Gleichzeitig wächst innerhalb der kapitalistischen Welt die Disparität zwischen den wirtschaftlich hochentwickelten Ländern und der Unzahl der unterentwickelten Länder und Gebiete von Jahr zu Jahr, statt daß sie verschwindet. Fast die Hälfte der Erdbevölkerung, die in wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten lebt, hat noch immer keine Aussicht auf eine schnellere Hebung ihres Lebensstandards.

Eine Gruppe der reichsten und wirtschaftlich am weitesten entwickelten westlichen Länder konnte bis jetzt einen relativ hohen Produktions- und Beschäftigungsstand aufrechterhalten. Aber sie haben sich geweigert, an einem

weitergehenden internationalen Programm, das auf die ganze Weltwirtschaft einwirkt, teilzunehmen. Sie isolieren sich in einer Reihe von exklusiven Organisationen und Institutionen, die oft den Blöcken entsprechen, die sie selbst ins Leben gerufen haben.

Das Wettrüsten ruft immer mehr Schwierigkeiten, ernste Schwierigkeiten, hervor. Heute schon werden in vielen kapitalistischen Ländern des Westens Warnungen an die Regierungen gerichtet, daß die Aufrechterhaltung der Produktion und der Beschäftigung mit den gegenwärtigen Methoden zusehends schwieriger wird. Wir haben diese Warnungen im Verlauf dieser Debatte vernommen. Ein Blick in die Tagespresse genügt, um die Besorgnis festzustellen, welche die jüngste Aufwärtsbewegung der inflationistischen Tendenz verursacht. Stimmen werden laut, die der Auffassung sind, daß eine Beendigung des Wettrüstens und die produktive Ausnutzung der wirtschaftlichen Hilfsquellen gewisser Länder, besonders der wirtschaftlich unterentwickelten Länder, dazu beitragen würde, viele der gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten wirkungsvoller und beständiger zu überwinden als durch irgendeine durch das Wettrüsten hervorgerufene temporäre Hochkonjunktur.

In einigen kapitalistischen Ländern besteht eine zunehmende Geneigtheit zu einer Ausweitung des Handels mit den sozialistischen Ländern.

Wir sind der Meinung, daß die Vereinten Nationen sich intensiver bemühen sollten, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ländern mit verschiedenen politischen Systemen und verschiedenem wirtschaftlichem Entwicklungsgrad zu verstärken.

Eine echte Anstrengung sollte unternommen werden, um eine nachdrücklichere praktische Tätigkeit seitens des Wirtschafts- und Sozialrats zu entfalten. Hier, innerhalb der Vereinten Nationen und nicht außerhalb, sollten wir ein System internationaler Konsultationen und später eine internationale Zusammenarbeit ausarbeiten. Die Konsultationen müßten das Hauptproblem der Weltwirtschaft und ihrer harmonischen Entwicklung umfassen. Ein solches Programm, das unter der Ägide der Vereinten Nationen durchgeführt würde, könnte den wirtschaftlich unterentwickelten Ländern in ihrem Kampf um wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt maßgeblich helfen.

Der vorgeschlagene Sonderfonds der Vereinten Nationen für wirtschaftliche Entwicklung entspricht — unter anderem — genau diesen Zielsetzungen.

Wir sind der Auffassung, daß die Arbeit der regionalen Wirtschaftskommissionen, die wie niemand sonst mit den besonderen Nöten und Problemen ihrer Regionen vertraut sind, intensiviert werden sollte.

Außer den Problemen der großen Wirtschaftsräume gibt es für besondere Staatengruppen eigene Probleme

der nachbarlichen Zusammenarbeit. Polen interessiert sich besonders für den Ostseeraum. Ein oder mehrere Abkommen zwischen den Ländern des Ostseeraumes über wirtschaftliche, kulturelle und wissenschaftliche Fragen könnten als Modell für ein System regionaler Vereinbarungen auf der Grundlage lebenswichtiger gemeinsamer Bedürfnisse dienen und eine konkrete Illustration der friedlichen, konstruktiven Koexistenz werden.

Friedliche Koexistenz im weitesten Sinne sollte der Kern der Tätigkeit der Vereinten Nationen sein. Dieser Ausdruck beschreibt die Art, in der die Völker in dieser Zeit zusammenleben müssen, wenn sie eine Zeit beispiellosen Fortschritts und nicht eine Zeit des Unheils sein soll.

Die Prinzipien der friedlichen Koexistenz, die in den Erklärungen Chinas und Indiens und in anderen zweiseitigen Erklärungen enthalten sind und schließlich auf der historischen Bandung-Konferenz verkündet wurden, haben ihren allgemeingültigen Ausdruck gefunden in den Empfehlungen zur gegenseitigen Achtung der territorialen Integrität und der staatlichen Souveränität, zum Nichtangriff, zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der Staaten, zur Gleichberechtigung und zur friedlichen Koexistenz. Sie werden heute von 37 europäischen, asiatischen und afrikanischen Ländern gebilligt. Ihre Bedeutung für ordnungsgemäße internationale Beziehungen wurde auch von Polen in einer Reihe zweiseitiger Urkunden anerkannt. Polen ist daher erfreut, daß dieser Punkt auf die Tagesordnung der gegenwärtigen Sitzungsperiode gesetzt wurde.

Man kann sich kaum einer bitteren Bemerkung darüber enthalten, daß im Verlauf dieser Sitzungsperiode der Vorschlag Indiens, eines der Initiatoren der historischen Grundsätze der friedlichen Koexistenz, die Vereinten Nationen sollten die legitimen Rechte der Volksrepublik China, des anderen Initiators dieser Prinzipien, anerkennen, zurückgewiesen wurde.

Ich habe die Ansichten Polens zu denjenigen Problemen der internationalen Politik vorgetragen, die ihm am bedeutungsvollsten sind. Das polnische Volk verfolgt die Beratungen der gegenwärtigen Sitzungsperiode der Vollversammlung sehr aufmerksam. Ich glaube, daß alle Völker die Ergebnisse unserer Arbeit nach dem gleichen Maßstab beurteilen werden: ob diese Sitzungsperiode wenigstens einen kleinen, aber endgültigen Schritt in Richtung auf die Stärkung und Sicherung des Friedens vollzieht. Es ist der Wunsch und die Hoffnung meiner Delegation, daß ihren Bemühungen, jenes Ziel zu erreichen, diejenigen der anderen Delegationen entsprechen werden.

Quelle: United Nations, General Assembly Official Records, Twelfth Session, 697th Plenary Meeting. Uebersetzung des Europa-Archivs.

II. Rede des polnischen Außenministers, Adam Rapacki, vor dem Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten des Sejm am 13. Dezember 1957

Die Regierung der Volksrepublik Polen teilt die Besorgnis der Abgeordneten, die durch die Tatsachen, Nachrichten und Erklärungen im Gefolge der Vorbereitungen für die Tagung des Atlantik-Rates, der in den nächsten Tagen in Paris zusammentritt, hervorgerufen wurde.

Diese Tatsachen, Nachrichten und Gerüchte zeugen zweifellos von den Bestrebungen, die in den Kreisen des

Atlantikpaktes vorherrschen, das Wettrüsten voranzutreiben, vor allem das Wettrüsten in Raketen- und nuklearen Waffen; sie legen ferner Zeugnis ab von den bestehenden Tendenzen, den Bestand dieser Waffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland zu vergrößern, und sogar von der bevorstehenden Bewaffnung der westdeutschen Armee selbst mit Massenvernichtungswaffen sowie von der zu einem kommenden Zeitpunkt geplanten Auf-

hebung des Produktionsverbots für Kernwaffen in der Bundesrepublik Deutschland.

Diese Pläne wurden nicht in den letzten Wochen oder Monaten geschmiedet, sondern sogar noch früher, als es selbst auf der NATO-Tagung in Bonn im Mai offenbar wurde.

Die Hintergründe für diese gefährlichen Bestrebungen sollte man nicht in der spontanen Reaktion auf das Erscheinen des sowjetischen Sputniks, sondern viel tiefer suchen. Viel tiefer liegt auch der Hintergrund der Auseinandersetzung und der Spaltung der Meinungen innerhalb der NATO.

Es gibt Möglichkeiten für gemeinsame Lösungen.

Die Menschheit hat heute die Wahl zwischen Ausichten auf Frieden, die besser sind denn je, und Ausichten auf Krieg, die schrecklicher sind denn je.

Das sozialistische Lager kämpft für die Sache des Friedens.

Angesichts einer Wahl von solcher Tragweite haben sich 64 kommunistische und Arbeiter-Parteien anlässlich des 40. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution mit einem Friedensmanifest an die Welt gewandt, dessen Mitverfasser die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei war.

An dem Streben nach Frieden nehmen alle Völker und zahlreiche Regierungen derjenigen Länder Anteil, die sich entweder schon von dem Joch der kolonialen Abhängigkeit befreit haben oder im Begriffe sind, sich davon zu befreien.

In den kapitalistischen Ländern des Westens gibt es zwei gegeneinanderlaufende Tendenzen.

Die eine führt zur Verschärfung der internationalen Lage und faßt die Interessen und Gelüste jener Kreise zusammen, die mit bestimmten, überaus aggressiven, hauptsächlich amerikanischen Konzernen in Verbindung stehen. Diese Kreise sind an der Aufrüstung interessiert, sind bestrebt, sich die kapitalistische Welt untertänig zu machen, und träumen sogar von der Weltherrschaft. Die Interessen dieser Gruppen der Großbourgeoisie in verschiedenen Ländern stehen insbesondere in Verbindung mit einer Ausbeutung kolonialen Typus' und mit den revisionistischen Kreisen in Westdeutschland.

Die Gefolgsleute dieser Richtung sind diejenigen Kreise der Bougeoisie, deren Denken von einer Psychose der angeblichen Aggressivität des sozialistischen Lagers und von einem antikommunistischen Fanatismus bestimmt wird. Ihnen erscheint die Möglichkeit eines Sieges des Sozialismus im friedlichen Wettstreit verhängnisvoller als die Möglichkeit eines Krieges mit Atomwaffen und Raketen.

Unter dem Druck der Interessen dieser Mächte wird eine politische Konzeption geformt; sie beruht auf der Politik aus der Position der Stärke, dem Wettrüsten, der Einschätzung der Kernwaffen als entscheidenden Faktor im politischen und strategischen Denken.

Gleichzeitig ist in der westlichen, kapitalistischen Welt aber eine zweite Strömung ersichtlich, die nach Entspannung und Koexistenz tendiert.

Hierbei sind es nicht nur die sozialistischen Kräfte, die Arbeiterklasse, die Bauern — die natürlichen Kriegsgegner —, denen eine führende Rolle im Kampf für den Frieden in der kapitalistischen Welt zukommt. Ein Charakteristikum der Entwicklung der letzten Jahre ist die Stärkung dieser Tendenz unter den Intellektuellen, die ihre Verantwortung für das Schicksal der Menschheit

empfinden, der Intelligenz, den mittleren und unteren Schichten des Bürgertums, den liberalen und demokratischen Kreisen nicht nur der kleinen und mittleren, sondern auch der größten kapitalistischen Länder.

Als ein Ergebnis dieser Strömungen sind nüchternere Überlegungen auch in den herrschenden Kreisen einer Reihe von kapitalistischen Staaten festzustellen. Verschiedene Ursachen beeinflussen die Zunahme dieser Tendenz innerhalb der Bougeoisie: wirtschaftliche Interessen, die an eine friedliche Entwicklung der Lage gebunden sind; Abwehr gegen die Uebermacht stärkerer Partner; ein aufrichtiger Wunsch nach Frieden und der Erhaltung der Zivilisation; Sorge um die nationale Unabhängigkeit; schließlich die Erkenntnis des schrecklichen Unsinn eines Krieges mit Atomwaffen und Raketen.

Auf Grund all dieser Motive treten Bemühungen um ausgehandelte Regelungen für die Minderung der Spannung, für die Annäherung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, für die Koexistenz immer häufiger zutage. Nicht alle Ergebnisse solcher Bemühungen erscheinen nützlich oder real.

Wir sind jedoch der Meinung, daß alle Vorschläge, die aus dieser friedlichen Tendenz innerhalb der westlichen, kapitalistischen Welt entspringen, unsererseits gründlich und wohlwollend geprüft und erörtert werden sollten. Wir glauben, daß neue Möglichkeiten zur Erreichung konkreter Lösungen bestehen, die allen Kräften, die für Entspannung und friedliche Koexistenz eintreten, gemeinsam sind.

Das charakteristische Merkmal der vergangenen Monate ist das Anwachsen dieser beiden Strömungen in den Ländern der westlichen, kapitalistischen Welt einschließlich des Anwachsens der Kluft zwischen ihnen.

Ausdruck des Anwachsens derjenigen Strömungen, die zu einer Verschlechterung der internationalen Lage führen, sind jene Pläne und Vorschläge, die zu Recht die Abgeordneten beunruhigten und auch die Regierung der Volksrepublik Polen beunruhigten.

Die Hartnäckigkeit, mit der die Urheber dieser Pläne die Politik aus der Position der Stärke fortführen wollen, ist gefährlich. Es ist höchste Zeit, sich der Tatsache bewußt zu werden, daß die Politik der Stärke in den Beziehungen zu den sozialistischen Ländern gescheitert ist und daß sie noch viel weniger Aussicht auf Erfolg in der Zukunft hat.

Das einzige Ergebnis der beharrlichen Fortführung dieser Politik kann nur eine Verschärfung der internationalen Spannung sein, die noch um so ärgerlicher ist, da sie nach einigen Jahren einer gewissen Entspannung eintritt, die trotz mancher Schwankungen und Verwicklungen allen Staaten, darunter auch der Volksrepublik Polen, eine deutlich fühlbare Erleichterung gebracht haben.

Die Absicht, Kernwaffen über neue Gebiete und an neue Nationen zu verteilen, muß Bestürzung hervorrufen. Wir haben schon unserer Auffassung Ausdruck verliehen, daß der universale Besitz dieser Massenvernichtungswaffen zu einer Situation führen würde, in der sich jeder lokale Konflikt in einen allgemeinen Kernwaffen- und Raketenkrieg verwandeln kann.

Die Pläne, die Bestände an nuklearen Waffen in der Bundesrepublik Deutschland zu vergrößern, und die vorgesehene Ausrüstung der westdeutschen Armee mit diesen Waffen sind für Polen, Europa und die Welt besonders bedrohlich.

Es sollte mit aller Klarheit festgestellt werden, daß neue Elemente die Lage in Europa verändern würden, wenn dieser Weg beschritten werden sollte.

Es wäre unrealistisch, zu glauben, daß diejenigen Länder, die sich durch diese Maßnahmen bedroht fühlen, nicht die Schlußfolgerungen für die Verstärkung ihrer Sicherheit ziehen.

Die Verschlechterung der Situation würde sich steigern und so die Spaltung Europas in zwei einander entgegengesetzte Lager noch starrer werden lassen, was weder den Wünschen Polens noch denen irgendeiner anderen Nation entsprechen würde, auch nicht denen des deutschen Volkes, das durch diese Spaltung in zwei Teile zerrissen ist.

Polen erachtet es als eine der wichtigsten Aufgaben seiner Politik, alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um die Spaltung zu mildern und eine konstruktive Koexistenz zwischen Staaten mit verschiedenen Systemen herbeizuführen in Übereinstimmung mit den Lebensinteressen und dem heißen Verlangen seines Volkes, mit der Notwendigkeit einer friedlichen und erfolgreichen Entwicklung seines Landes, mit dem Bemühen um eine vollständige Verwirklichung der Anstrengungen, die kürzlich von uns zur Verbesserung der Formen und Methoden des sozialistischen Aufbaus unternommen wurden.

Diese Politik hat uns auch veranlaßt, die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vorzuschlagen.

Daher protestieren wir nicht nur sehr energisch gegen die Pläne, Westdeutschland in ein atomares Pulverfaß im Herzen Europas zu verwandeln, sondern wir bekräftigen gleichzeitig diesen konkreten, realistischen und gerechten Vorschlag.

Die Pläne, die im Zusammenhang mit der Pariser Tagung des Atlantik-Rates erwähnt wurden, führen zu einer weiteren Stärkung der Position der militaristischen und revisionistischen Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland sowie der Position der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der NATO.

Dies würde nicht nur für Polen, sondern auch für die anderen europäischen Völker eine Gefahr bedeuten. Es würde außerdem die Gefahr vergrößern, daß andere Partner des Atlantikpaktes, sogar gegen ihren Willen, in die gegen Polen gerichteten revisionistischen Pläne deutscher revisionistischer Kreise hineingezogen werden.

Was ist denn von den Versicherungen geblieben, mit denen einige versucht haben und noch immer versuchen, uns zu beruhigen; von den Versicherungen, daß die NATO und die Westeuropäische Union die Wiederbewaffnung und die Ausbreitung des deutschen Militarismus im Zaume halten würden? In Erwiderung der Note der polnischen Regierung vom 18. Juni 1948 stellte die britische Regierung in ihrer Note vom 6. Juli 1948 unter anderem fest:

„Die Regierung Ihrer Majestät möchte betonen, daß sie alles Mögliche unternommen hat, um die militärische Stärke Deutschlands zu vernichten, auf der seine Fähigkeit zu einer Politik der Aggression ruht. Nach dem Studium der betreffenden Empfehlungen würde die polnische Regierung sicher erkennen, daß diese eine Garantie für die Entwaffnung und Demilitarisierung Deutschlands sind, und daher kommt ein militärischer Wiederaufstieg dieses Landes nicht in Frage. Die Regierung Ihrer Majestät hat beschlossen, die Teilung

Europas und das Wiedererstehen eines starken Deutschland nicht zuzulassen. Die polnische Regierung hat keinen Grund, über diese Angelegenheit besorgt zu sein.“

Unglücklicherweise erwies sich die Skepsis der polnischen Regierung gegenüber diesen Versicherungen als voll berechtigt.

Das polnische Volk beurteilt den Atlantikpakt vor allem auf der Grundlage seiner konkreten Politik in der deutschen Frage. Diese Politik wird durch zwei Grundtatsachen bestimmt: die Forcierung der Wiederbewaffnung Deutschlands und die Weigerung der NATO-Länder, unsere gegenwärtige Westgrenze endgültig anzuerkennen, obwohl realistisch denkende Politiker im Westen wissen und immer häufiger zugeben, daß diese Grenze eine unwiderrufliche Tatsache ist.

Es kann nicht geleugnet werden, daß diese beiden Tatsachen von allen Dingen am meisten den Militarismus und den Revisionismus in Westdeutschland unterstützen und ermutigen.

Wir lassen uns nicht von dem Empfinden des Unrechts leiten, das uns angetan wurde. Aus den sehr bitteren Erfahrungen der Vergangenheit sind wir zu dem Schluß gekommen, daß wir unsere Beziehungen zu dem ganzen deutschen Volk nach den Grundsätzen der gegenseitigen Sicherheit und der guten Zusammenarbeit zu gestalten wünschen. Diese Schlußfolgerung aus der Erfahrung der Vergangenheit ist wahrscheinlich für das deutsche Volk ebenso vernünftig. Wir hatten auch dies im Auge, als wir die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vorschlugen.

Die viele Jahre zurückreichende Geschichte unserer freundschaftlichen Beziehungen zur Deutschen Demokratischen Republik ist ein unwiderlegbarer Beweis dafür, daß die Beziehungen zwischen den beiden Völkern auf den Grundlagen des Friedens und der Freundschaft beruhen können. Wir wissen auch sehr wohl, daß friedliche Kräfte und Bestrebungen auch in der Bundesrepublik Deutschland vorhanden und wirksam sind und daß die Idee einer normalen Koexistenz mit Polen in den verschiedenen Schichten und Kreisen der westdeutschen Gesellschaft immer mehr Boden gewinnt.

Es ist nicht unsere Schuld, daß normale Beziehungen zwischen den beiden Ländern noch nicht hergestellt wurden. Die Ausführung der Pläne, die jetzt vor Beginn der Pariser Tagung erörtert werden, würde neue Hindernisse auf dem Weg zu einer besseren Koexistenz zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland schaffen.

Alle diese Pläne, die uns besorgt stimmen, versucht man mit der zutage getretenen Ueberlegenheit der Sowjetunion auf militärischem Gebiet und mit der angeblichen Bedrohung, die sich für den Westen aus dieser Tatsache ergibt, zu rechtfertigen. Angeblich waren es die Sputniks, welche die bisher zweifelnden militärischen Kreise im Westen davon überzeugten, daß die Sowjetunion im Besitz von weitreichenden Raketengeschossen ist.

Diese Situation wurde den Vereinigten Staaten klar, als sie erkannten, daß sie nicht länger mehr das Monopol im Besitz der Atombombe hatten und daß die Sowjetunion ebenfalls die Geheimnisse dieser Bombe ergründet hatte. Entsprechend große Rüstungsanstrengungen wurden dann im Westen unternommen, um, wie es hieß, das Uebergewicht gegenüber der Sowjetunion zu wahren.

Und was kam dabei heraus? Heute, nach manchem Jahre des Wettrüstens, das große Geldsummen verschlang, mit denen man den Wohlstand der Welt um mehrere Jahre hätte vorantreiben können, ergehen wiederum Appelle, das Wettrüsten zu beschleunigen. Um — wie es nun heißt — mit der Sowjetunion Schritt zu halten.

Es ist daher kein Wunder, daß die Bevölkerung im Westen fragt, was für einen Wert das Wettrüsten für die Welt hat. Zu was führt es, wenn dieses immer gefährlicher werdende Spiel weitergeführt wird? Wer kann — nach so vielen Ueberraschungen — für das Ergebnis dieses Rennens garantieren?

Man sagt, daß die neue Beschleunigung des Wett-rüstens dazu dienen soll, den Rückstand aufzuholen, der dadurch entstanden sei, daß die Sowjetunion in den Besitz von weitreichenden Raketen gekommen ist. Für die Menschheit gibt es einen viel billigeren, sichereren und vernünftigeren Weg, dies zu erreichen: man braucht nur der Aechtung und Vernichtung der Kernwaffen, und damit auch der atomaren Sprengköpfe, ohne die die weitreichenden Raketen praktisch keine militärische Bedeutung haben, zuzustimmen, einem Vorschlag, den die Sowjetunion schon vor langer Zeit unterbreitet hat.

Die westliche Presse verbirgt nicht das Motiv für das Vorantreiben des Wettrüstens und aller anderen Pläne für die „Stärkung der NATO“: das Hauptziel ist, der sogenannten Vertrauenskrise innerhalb des Atlantikpaktes zu begegnen.

Es gibt keinen Zweifel, daß eine solche Krise besteht und sich verstärkt. Ist das Fehlen eines Erfolges im Wett-rüsten der Hauptgrund? In diesem Rennen muß, wie in allen Rennen, einer an der Spitze und einer dahinter liegen. Nicht das Ausbleiben von Erfolgen in diesem Rüstungswettlauf, sondern die auf die Aufrüstung gegründete Politik ist die Ursache der Krise innerhalb der NATO.

Die Furcht und regelrechte Verwirrung, die in Kreisen der Mitgliedsländer des Atlantikpaktes vorherrschen, resultieren aus dem Ausbleiben einer Aussicht im Rüstungswettlauf und aus den Lasten, die er besonders den wirtschaftlich schwächeren Partnern der NATO in schmerzhafter Weise aufbürdet, sowie aus der Furcht vor den Konsequenzen, die sich aus dem wohlbekannten Dahintreiben am Rande des Krieges in einer Zeit der Raketen mit Wasserstoff-Sprengköpfen wahrscheinlich ergeben werden. Die Krise der NATO ist das Ergebnis des Zusammenbruchs der Begriffe: „Einschüchterung“, „Befreiung“ und „Rache“.

Es ist nicht verwunderlich, daß tiefgreifende und gründliche Besorgnis die Völker erfüllt und die Haltung der regierenden Kreise in vielen Ländern, darunter auch in den Mitgliedsländern der NATO, beeinflußt.

So nehmen die Warnungen besorgter Politiker auch in den Vereinigten Staaten zu. Diese betonen die Notwendigkeit, die Strategie der „Einschüchterung“ aufzugeben, und warnen vor der Einführung einer universalen atomaren Bewaffnung und vor der Ausrüstung Westdeutschlands mit Atomwaffen. Die Ausführungen des ehemaligen amerikanischen Botschafters in Moskau, Kennan, eines der Mitbegründer der früheren Politik aus der Position der Stärke, haben eine reale Bedeutung.

Die kürzlich erschienene Serie von Artikeln in der Londoner „Times“, welche die Ansichten eines einflußreichen Teils der englischen öffentlichen Meinung über die Ge-

fahr der gegenwärtigen internationalen Lage widerspiegelt, ist in gleicher Weise bedeutsam.

Die Bestrebungen nach einer weiteren „Integration“ innerhalb des Atlantikpaktes lassen die Furcht vor einer Verletzung der Souveränität besonders in den Ländern aufkommen, welche die schwächeren Partner sind.

Das Problem der Rüstungen und das Problem der Position Westdeutschlands und seiner Expansion lassen eine immer größer werdende Kluft in der europäischen Meinung entstehen.

Auf der anderen Seite sind — auch in Westdeutschland selbst — die Pläne zur Beschleunigung der Aufrüstung und zur Ausweitung des Atomwaffen- und Raketen-Potentials über das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland sowie die damit zusammenhängenden Gefahren einem großen Teil der Bevölkerung und vielen Politikern alles andere als angenehm.

Alle diese Tatsachen und Anzeichen beweisen, daß wir es neben den Tendenzen in Richtung auf die Aufrüstung, die in letzter Zeit zugenommen haben, und neben der Verschärfung der internationalen Lage auch mit wachsenden Strömungen in Richtung auf eine Entspannung zu tun haben, Strömungen sowohl in der kapitalistischen Welt als auch in der Bourgeoisie, in verschiedenen Abstufungen in verschiedenen Ländern einschließlich selbst der größten Mächte des Westens.

Von dieser Entwicklung zeugt das Interesse, das der polnische Vorschlag zur Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Europa nicht nur innerhalb der Friedensbewegung, nicht nur unter den Mitgliedern einer Reihe von sozialistischen Parteien einschließlich der SPD, sondern auch in zuweilen sehr einflußreichen Kreisen, die nicht das geringste mit der Arbeiterbewegung oder der Friedensbewegung zu tun haben, gefunden hat.

Es ist eine Tatsache, daß die Abrüstungsfrage in den Vereinten Nationen auf einen toten Punkt gelangte. Polen unterstützt die sowjetischen Vorschläge, die wir als richtig und realistisch betrachtet haben und betrachten. Es scheint, daß während der Diskussionen der gegenwärtigen Sitzungsperiode der Vereinten Nationen unsere Delegation ihrerseits von allen Möglichkeiten Gebrauch gemacht hat, um einen positiven Beitrag zu leisten in der Absicht, wenigstens einen bescheidenen Fortschritt auf dem Weg der Abrüstung zu erzielen.

Es ist undenkbar, die Verbindung zwischen den Ursachen des toten Punktes, der eingetreten ist, und den verstärkten Bestrebungen, das Wettrüsten im Rahmen des Nordatlantikpaktes voranzutreiben, nicht zu sehen.

Daher kann auf keinen Fall die Schaffung dieses toten Punktes Entscheidungen rechtfertigen, welche den Abbau der Rüstungen noch schwieriger gestalten; genau das würde nämlich die Verwirklichung der Pläne bedeuten, die jetzt innerhalb der NATO in Angriff genommen werden.

Wir sollten in unseren Anstrengungen nicht nachlassen, eine Plattform der Verständigung zwischen beiden Seiten zu schaffen. Die Vorschläge, die in den Botschaften des Ministerpräsidenten der Sowjetunion, des Genossen Bulganin, enthalten sind, stellen einen solchen Versuch dar. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß ihre Annahme ein gemeinsamer Schritt der Großmächte von überragender moralischer Bedeutung sein würde, ein Schritt, der zu einem Wendepunkt in der Entwicklung der internationalen Lage werden könnte.

Vor zwei Monaten unterbreitete Polen seinerseits auf der Suche nach einer, wenn auch nur lokalen und partiellen Lösung — da die Versuche der Großmächte, einen ähnlichen Schritt im Weltmaßstab zu unternehmen, auf so große Schwierigkeiten stießen — den erwähnten Vorschlag für die Verwirklichung des Verbots der Produktion und Lagerung von Kernwaffen in den beiden deutschen Staaten und Polen. Die Tschechoslowakei schloß sich dieser Initiative an.

Hinsichtlich der Kontrolle der eingegangenen Verpflichtungen kann gesagt werden, daß Polen an einer äußerst wirksamen Kontrolle interessiert ist, damit alle diese Länder ein Maximum an Gewißheit und ein Gefühl der Sicherheit haben können.

Die Definition solcher Formen und Methoden der Kontrolle wird Gegenstand konkreter und koordinierter Bestimmungen sein, die aufgestellt werden, sobald alle Teilnehmer dem Grundsatz selbst zugestimmt haben.

Dann wird es auch möglich sein, die Wege zur Verwirklichung unseres Vorschlags und seine juristische internationale Form abzustimmen.

Entscheidend ist jetzt ein Uebereinkommen im Grundsätzlichen. Polen, die Tschechoslowakei und die Deutsche Demokratische Republik haben eine positive Haltung in dieser Angelegenheit eingenommen. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland hat diesem Grundsatz nicht zugestimmt.

Die polnische Regierung ist bereit, Gespräche über ihre Vorschläge mit der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und mit anderen interessierten Regierungen zu führen.

Der Abschluß eines Abkommens zwischen den beiden deutschen Staaten über das Verbot der Produktion und Lagerung von Kernwaffen auf ihren Gebieten gemäß dem Vorschlag des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, des Genossen Grotewohl, vom 11. Dezember wäre ohne Zweifel unter mehreren möglichen Methoden der unmittelbarste und wirkungsvollste Schritt für die Verwirklichung des Vorschlags zur Errichtung einer atomwaffenfreien Zone auf dem Gebiet Deutschlands, Polens und der Tschechoslowakei.

Wenn wir den Vorschlag zur Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa unterbreiten, verlieren wir nicht unser Interesse an umfassenderen Abrüstungsplänen, die wir wiederholt empfohlen haben.

Dies betrifft auch den Gedanken der Errichtung einer Zone der beschränkten Rüstungen in Europa. Daher begrüßen wir mit großer Genugtuung die wiederauflebende Diskussion und Initiative auf diesem Gebiet, und wir sind bereit, über unseren Vorschlag hinsichtlich der atomwaffenfreien Zone hinaus auch an der Suche für realistische und gerechte Lösungen für diese Angelegenheit mitzuwirken.

Wir erinnern daran, daß in dem vorhergehenden Zeitraum die Diskussion über die Errichtung einer Zone der beschränkten Rüstungen sich als kompliziert erwiesen hat und auf Widerstand und ernste Schwierigkeiten gestoßen ist, welche die Schaffung einer solchen Zone einstweilen verhinderten.

Wir haben daher einen bescheideneren, aber einfacheren und konkreteren Vorschlag unterbreitet. Wir glauben, daß die Verwirklichung dieses Vorschlags die Errichtung einer Zone der beschränkten und kontrollierten Rüstungen in Europa erleichtern könnte.

Es wäre jedoch ein großer Fehler oder eine vorsätzliche Verzögerung jeden Fortschritts, wenn man die Verwirklichung des Vorschlags für die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone von anderen Problemen abhängig machen würde, die mit der Abrüstung in Europa oder gar mit der allgemeinen Abrüstung im Zusammenhang stehen. Das würde darauf hinauslaufen, daß man eine einfache Sache in dem Morast komplizierterer Dinge versinken läßt. In der Praxis wäre das die Ablehnung unserer Vorschläge durch eben die Methode, die das Abrüstungsproblem in die gegenwärtige Sackgasse geführt hat.

Die Prüfung der aktuellen Probleme, die mit der Sicherheit in Europa zusammenhängen, beweist, daß unsere Besorgnis, die aus einer Reihe von Phänomenen in der jüngsten Entwicklung der internationalen Lage resultiert, voll gerechtfertigt ist. Aber Pessimismus wäre nicht gerechtfertigt.

Die Tatsache, welche die Entwicklung der internationalen Lage beherrscht, ist das schnelle Anwachsen der Kräfte des Sozialismus, des Fortschritts und des Friedens in weltweitem Maßstab, und dies ist eine Grundlage für Optimismus.

Alles, was hier gesagt worden ist, zeigt noch einmal die Rechtmäßigkeit der Grundsätze und Ziele der Außenpolitik Polens. Es ist eine Politik, die auf den Grundsätzen des proletarischen Internationalismus in den Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern und auf der friedlichen Koexistenz in den Beziehungen mit anderen Ländern beruht.

Die grundlegenden Interessen der polnischen Nation, die Bedürfnisse der sozialistischen Entwicklung Polens und seiner Sicherheit diktieren uns eine Politik der ständigen Verstärkung unserer internationalen Bindungen zur Sowjetunion, zur Volksrepublik China, zur Tschechoslowakei, zur Deutschen Demokratischen Republik, zu Jugoslawien und zu allen anderen sozialistischen Ländern, eine Politik der Verstärkung der Einheit des sozialistischen Lagers.

Die Erklärung der 12 kommunistischen und Arbeiterparteien, die anläßlich des 40. Jahrestages der Großen Oktoberrevolution in Moskau unterzeichnet wurde, bestätigte die aus der Gemeinsamkeit ihrer Ideen, historischen Aufgaben und Interessen entspringenden Grundsätze, die das stärkste Fundament für die Einheit der sozialistischen Länder bilden: Solidarität, Zusammenarbeit, gegenseitige Hilfe, Gleichheit und Souveränität — die Grundsätze des proletarischen Internationalismus.

Die antisozialistische Propaganda versucht, diese Erklärung als ein Anzeichen für eine „Verhärtung des Kurses der sozialistischen Länder in der Weltpolitik“ hinzustellen, und im Zusammenhang mit der Unterzeichnung der Erklärung durch die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei wird auf eine „Aenderung in der Außenpolitik Polens“ angespielt. Im Gegenteil: der Leitgedanke hinter der Erklärung ist der Wunsch, die internationale Spannung zu mildern und die Koexistenz und die Konsolidierung des Friedens voranzubringen.

Es besteht überhaupt kein Widerspruch zwischen den Grundsätzen der Moskauer Erklärung und der Politik, die Polen vor der Unterzeichnung dieser Erklärung verfolgte; und es gab keine Aenderungen in der Politik Polens seit der Unterzeichnung dieser Erklärung.

In der gegenwärtigen internationalen Lage, bei dem Vorhandensein von Streitkräften und Militärblöcken, die gegen die Sicherheit der sozialistischen Länder gerichtet sind, wovon Polen keineswegs am wenigsten betroffen wird, müssen die Beziehungen der gegenseitigen Hilfe zwischen diesen Ländern ebenfalls die Gestalt von Militärbündnissen annehmen.

Zur Verteidigung seiner wichtigsten Lebensinteressen gehört Polen dem Warschauer Vertrag an.

Die Vorschläge und Pläne, die am Vorabend der Pariser NATO-Tagung erörtert wurden, insbesondere die Deutschland betreffenden, führen nochmals allen Polen diese Notwendigkeit vor Augen. Wir sind jedoch, wie unsere anderen Verbündeten, Gegner einer Spaltung der Welt und Europas in gegeneinander gerichtete Blöcke und treten für deren Ablösung durch ein System der kollektiven Sicherheit ein. Es ist schwierig zu leugnen, daß wir konkrete Bemühungen in dieser Richtung unternehmen.

Als sozialistischer Staat und entsprechend den Lebensinteressen unserer Nation, betreibt Polen eine Politik der konstruktiven Koexistenz. Wir sehen in dieser Richtung unsere Möglichkeiten, die sich aus den gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen, historischen Traditionen und kulturellen Kontakten ergeben, wie im Falle unserer Beziehungen zu Frankreich.

Mit Befriedigung dürfen wir die deutliche und dauernde Verbesserung unserer Beziehungen zu der Mehrzahl der westlichen Länder auch auf wirtschaftlichem Gebiet hervorheben. Wir erachten es als sehr bedeutsam für die Entwicklung dieser Beziehungen, daß unsere Ansicht über die Grundsätze dieser Beziehungen auch bei unseren Partnern ein allmähliches Verständnis findet.

Wir glauben bekanntlich, daß es keine Widersprüche zwischen dem sozialistischen Charakter unseres Staates und unseren Bindungen zu anderen sozialistischen Ländern einerseits und der Entfaltung guter Beziehungen zu den kapitalistischen Ländern andererseits gibt und geben kann.

Hier liegt das wesentliche Merkmal der Koexistenz. Eine Zusammenarbeit, die den Gedanken des Fernhaltens einzelner Staaten von Bindungen mit anderen Staaten, die sie selbst für sich als notwendig erachten, beinhaltet, wäre keine Entfaltung konstruktiver Koexistenz, sondern eher eine verschleierte Form des Kalten Krieges. Nur ehrliche Koexistenz kann zur Entspannung, zur Mehrung

des gegenseitigen Vertrauens und zur Aufhebung der Spaltung der Welt in zwei einander entgegenstehende Blöcke führen.

Diese Auffassung von der Koexistenz ebnet den Weg für unsere Beziehungen zu einer immer größer werdenden Zahl von kapitalistischen Ländern, besonders in Skandinavien.

Unsere wahrhaft freundschaftlichen und sogar engen Beziehungen mit vielen nichtsozialistischen Ländern Asiens und Afrikas entwickeln sich nicht erst seit heute nach diesen Grundsätzen.

Wenn wir die Ziele unserer Außenpolitik so konkret wie möglich zu definieren hätten, würden wir dies wie folgt tun:

Wir wünschen unsere Beziehungen der Freundschaft, der Zusammenarbeit und gegenseitigen Unterstützung zur Sowjetunion, zu allen unseren sozialistischen Nachbarstaaten und zu allen sozialistischen Ländern zu stärken, zu vertiefen und weiterzuentwickeln.

Wir wünschen unsere Beziehungen zum ganzen deutschen Volk in der besten und dauerhaftesten Weise zu gestalten. Daher wünschen wir unsere Freundschaft und Zusammenarbeit mit der Deutschen Demokratischen Republik noch stärker auszubauen und zu vertiefen.

Wir wünschen gegenseitige Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der gegenseitigen Sicherheit und Zusammenarbeit anzubahnen.

Wir wünschen die besten Beziehungen der Zusammenarbeit und Freundschaft zu unseren jenseits der Ostsee gelegenen Nachbarstaaten, den skandinavischen Ländern, zu entfalten.

Wir wünschen gute Beziehungen zu allen anderen Ländern auf der Grundlage der konstruktiven Koexistenz zu unterhalten und zu entwickeln und die Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit zu den Ländern, die sich aus der kolonialen Abhängigkeit befreit haben, zu stärken und zu entfalten.

Auf diese Weise wünschen wir an dem Kampf aller Staaten und Mächte des Sozialismus und des Fortschritts für eine Entspannung in den internationalen Beziehungen, für die friedliche Koexistenz, für Abrüstung und kollektive Sicherheit und für einen beständigen Frieden teilzunehmen.

Und nur durch die Teilnahme an diesem Kampf können wir unsere Aufgaben vollbringen.

Quelle: *Trybuna Ludu*, Nr. 345 vom 14. Dezember 1957.

Zeittafel vom 16. bis zum 31. Dezember 1957

Die Ereignisse in Europa

Belgien

21. Auf ihrem Jahreskongreß in Brüssel tritt die Sozialistische Partei in einer Resolution dafür ein, die Errichtung von Raketenabschußbasen auf belgischem Staatsgebiet abzulehnen. Dagegen sollen die Streitkräfte mit Raketengeschossen für den taktischen Einsatz ausgerüstet werden.

Bulgarien

22. Bei den Parlamentswahlen erhält die Vaterländische Front 99,95 vH der gültigen Stimmen und alle Sitze.

Deutschland

- 16.—20. In Ost-Berlin finden Beratungen zwischen der SED und der Kommunistischen Partei Dänemarks statt. In einem gemeinsamen Kommuniqué wird u. a. festgestellt, daß durch die Errichtung von Raketenbasen in den NATO-Staaten die Kriegsgefahr erhöht werde. Die bisherigen einseitigen Beziehungen Dänemarks zu der Deutschen Bundesrepublik gefährdeten die nationale Unabhängigkeit des dänischen Volkes und wirkten sich nachteilig auf die Wirtschaft des Landes aus.
17. In einem Telegramm an die polnische Zeitung *Kurjer Polski* befürwortet der erste Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, die Schaffung eines atomwaffenfreien Raumes in Europa, der ein wirkungsvoller Beitrag zur Abrüstung und zur Vorbereitung einer vernünftigen Friedensordnung wäre.
19. Der Ost-Berliner Magistrat setzt das Paßgesetz der DDR, welches das Verlassen der DDR ohne behördliche Genehmigung unter Gefängnisstrafen bis zu drei Jahren stellt (vgl. Zeittafel in EA 23—24/1957), auch für Ost-Berlin in Kraft. Der normale Verkehr zwischen beiden Teilen Berlins wird jedoch von den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht betroffen.
20. Zwischen den Regierungen der DDR und der Tschechoslowakei wird in Ost-Berlin ein Abkommen über die Bildung eines gemeinsamen deutsch-tschechoslowakischen Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit unterzeichnet, der sich mit der Durchführung von Empfehlungen und Beschlüssen des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe und seiner ständigen Kommissionen hinsichtlich beider Staaten befassen soll.
22. In dem Vorwort zu dem Tätigkeitsbericht der Bundesregierung für das Jahr 1957 erklärt Bundeskanzler Adenauer, daß es der Sowjetunion nicht gelungen sei, die Eintracht unter den westlichen Staaten zu stören und die tatsächlichen Kräfteverhältnisse in der Welt zu verschieben. Die technischen Fortschritte und die „Raketen-Diplomatie“ der Sowjetunion dienten der Ausbreitung des Kommunismus, der mit allen Mitteln nach der Weltherrschaft strebe. Im Hinblick auf die Ratifikation der Verträge über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Euratom erklärt der Bundeskanzler, der europäische Selbstbehauptungswille möge der Ueberwindung der Teilung Deutschlands und Europas dienen.

25. In einem Schreiben an den Vorstand der SPD fordert das Zentralkomitee der SED die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Europa, für die sich alle Arbeiterorganisationen in gemeinsamem Kampf zusammenfinden müßten. SED und SPD sollten die gemeinsame Initiative zur Organisation von Volksversammlungen in ganz Deutschland ergreifen, um die atomare Rüstung in Europa zu verhindern.
27. Ein Sprecher des Auswärtigen Amtes erklärt in bezug auf die Absichten Israels, in der Bundesrepublik Waffen käuflich zu erwerben, die Bundesregierung werde „im Rahmen der ihr rechtlich und verfassungsmäßig zu Gebote stehenden Mittel jede Lieferung von Waffen in Gebiete, die im Mittelpunkt eines akuten Konfliktes stehen“, unterbinden, um auf diese Weise eine Verschärfung der dort bestehenden Spannungen zu vermeiden. Durch die Festsetzung der Warenlisten nach dem deutsch-israelischen Wiedergutmachungsabkommen aus dem Jahre 1952 seien Lieferungen von Waffen und Kriegsmaterial ausgeschlossen.
Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, befürwortet auf einer Pressekonferenz in West-Berlin die Gewährung eines „limitierten Stimmrechts“ für die Berliner Bundestagsabgeordneten und die Vertreter im Bundesrat. Bei allen Gesetzen, die Berlin übernehmen müsse und bei denen es sich um eine innerdeutsche, die Vier Mächte nicht berührende Angelegenheit handele, solle Berlin ein Mitbestimmungsrecht erhalten.
Tod des stellvertretenden Ministerpräsidenten der DDR und Vorsitzenden der CDU (Ost), Otto Nuschke.
28. Die Hauptabteilung Presse und Information des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR gibt bekannt, daß die Regierung künftig an amerikanische, britische und französische Staatsangehörige Visa für das Gebiet der DDR erteile, die bisher von den Konsulardienststellen der UdSSR ausgegeben wurden.
29. Die Wochenzeitung *Berliner Stimme* veröffentlicht einen Aufsatz des ersten Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, zu außenpolitischen und innenpolitischen Fragen. Darin spricht sich Ollenhauer für Verhandlungen zwischen Ost und West aus, um einen Interessenausgleich und eine weltpolitische Entspannung herbeizuführen. Das neue Jahr werde zeigen, ob die Bundesregierung den Willen und den Mut zu einer eigenen Initiative und zu einer selbständigen Politik im Rahmen der allgemeinen Verbundenheit mit dem Westen habe.
30. Im Pressedienst der CDU/CSU erklärt Bundeskanzler Adenauer anläßlich des Jahreswechsels, es müsse alles getan werden, um Frieden und Freiheit sowohl durch erfolgversprechende Gespräche mit der Sowjetunion als auch durch den Ausbau der westlichen Verteidigung zu wahren.
31. In seiner Ansprache zum Jahreswechsel empfiehlt Bundespräsident Theodor Heuss eine kluge Geheim-

diplomatie, die besser zu einer Beseitigung der welt-politischen Spannungen geeignet sei als die „improvi-sierten Kongresse“. (Vgl. den Wortlaut der Ansprache in EA 1/1958, S. 10 437).

Frankreich

30. In einem Interview mit der Zeitschrift *U.S. News and World Report* befürwortet Ministerpräsident Félix Gaillard eine neue „Gipfelkonferenz“ der Groß-mächte, der nach seiner Meinung so bald wie möglich eine Konferenz der Außenminister vorangehen solle.

Großbritannien

22. Der ehemalige amerikanische Botschafter in Moskau, George F. Kennan, erklärt im britischen Fernsehen, die NATO-Konferenz in Paris (vgl. NATO) habe die Aussicht auf Verhandlungen der Westmächte mit der Sowjetunion verringert. Man könne nicht erwarten, daß die Sowjetunion ihre Streitkräfte in ihr Staats-gebiet zurückziehen werde, ohne daß die Westmächte einen „vergleichbaren Schritt“ anbieten.
27. Der Führer der Liberalen, Joseph Grimond, erklärt in einem Brief an *The Times*, Verhandlungen mit der Sowjetunion über gewisse Fragen der Abrüstung, der Einstellung der Kernwaffenversuche, der Wiederher-stellung des Friedens und der Ordnung im Mittleren Osten seien nach vorheriger Einigung aller britischen Parteien notwendig.

Italien

29. Die Regierung gibt die Bildung eines Nationalrats für Wirtschaft und Arbeit bekannt, der sich aus Ver-tretern der verschiedenen Berufsstände, der Arbeit-geberverbände und der Gewerkschaften zusammen-setzt und Regierung und Parlament in wirtschaft-lichen, finanz- und sozialpolitischen Fragen beraten soll. Als Präsident wird Meuccio Ruini (Liberaler) gewählt.

Niederlande

19. In einer Denkschrift, die an die Zweite Kammer des Parlaments gerichtet ist, betont Verteidigungsminister Cornelis Staf, für die Verteidigung Westeuropas müsse ein starker „Schild“ konventionell ausgerüste-ter Truppen bereitgestellt werden, denen auch tak-tische Atomwaffen zur Verfügung stehen müßten. Er bedauert in diesem Zusammenhang die Verringe-rung der britischen Truppenkontingente auf dem Kontinent.
23. Der niederländische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Carl Schurman, protestiert im Namen sei-ner Regierung bei Generalsekretär Dag Hammar-skjöld gegen die Ausweisung niederländischer Staats-angehöriger und die Beschlagnahme niederländi-schen Eigentums und Vermögens durch die indonesi-sche Regierung (vgl. Zeittafel in EA 1/1958, Indo-nesien). Er erklärt, die indonesische Regierung habe sich der Verletzung der Grundsätze des Völkerrechts und der Charta der Vereinten Nationen schuldig ge-macht. Die feindselige Haltung gegenüber der in Indonesien lebenden niederländischen Volksgruppe stelle eine offensichtliche Negierung der Menschen-rechte dar. Abschließend fordert Schurman, daß sich der Sicherheitsrat und die Vollversammlung mit die-ser Frage befassen sollten.

Norwegen

22. Auf einer Pressekonferenz in Oslo erläutern Minister-präsident Einar Gerhardsen und Außenminister Hal-varð Lange die Haltung der norwegischen Delegation auf der Pariser NATO-Konferenz, auf der sie die Errichtung von Raketenbasen in Norwegen abgelehnt hatten. Die beiden Staatsmänner betonten nachdrück-lich, daß sich die Politik der Regierung gegenüber der NATO nicht geändert habe. Norwegen werde alle seine gegenüber der NATO eingegangenen Ver-pflichtungen voll erfüllen. Wenn auch Norwegen nicht die Absicht habe, Atomwaffen anzunehmen und Ra-kenstützpunkte auf seinem Territorium zu errich-ten, so stehe ihm aber nicht das moralische Recht zu, andere Mitgliedstaaten der NATO an der Annahme von Atomwaffen und der Anlage von Raketen-abschußrampen zu hindern.

Rumänien

28. Die Große Nationalversammlung billigt in einer außenpolitischen Erklärung den Vorschlag des polni-schen Außenministers, Adam Rapacki, in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie Zone zu errichten (vgl. Zeit-tafel in EA 17—18/1957, Vereinte Nationen). Der Verwirklichung einer Friedenspolitik stellten sich, so wird in der Erklärung festgestellt, gewisse führende Kreise der westlichen Länder entgegen, die auf die Politik der Stärke und auf das Wettrüsten nicht ver-zichten wollten.

Sowjetunion

- 16.—17. In Moskau findet eine Plenartagung des Zentral-komitees der KPdSU statt. In einer Entschließung zu der Arbeit der Sowjetgewerkschaften wird fest-gestellt, daß die Reorganisation der Leitung von In-dustrie und Bauwesen (vgl. EA 15/1957, S. 10 067 ff.) bereits die ersten positiven Resultate gezeitigt habe. Besonderen Vorrang müsse in den nächsten Jahren die Intensivierung der Landwirtschaft und die He-bung des Lebensniveaus der Werktätigen einnehmen. Die Produktionsberatungen in den Betrieben für die Gewerkschaftsmitglieder sollten in ständige Einrich-tungen verwandelt werden. Die sowjetischen Wirt-schaftsorgane seien verpflichtet, bei Erörterung der aktuellen Arbeitsfragen die Meinung der Gewerk-schaftsleitung zu berücksichtigen.
- 17.—21. Der Oberste Sowjet faßt auf seiner Tagung in Moskau einstimmig einen Beschluß, in dem folgende Maßnahmen vorgeschlagen werden: Verzicht auf die Anwendung von Atom- und Wasserstoffwaffen; Ver-pflichtung der Kernwaffen besitzenden Mächte, ab 1. Januar 1958 alle Versuche mit diesen Waffen ein-zustellen; Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa; Truppenreduzierung und Rüstungs-beschränkungen der Großmächte; Abschluß eines Nichtangriffspaktes zwischen den Mitgliedstaaten der NATO und des Warschauer Vertrages; Verzicht auf Gewaltanwendung zur Lösung der Spannungen im Mittleren Osten; Einstellung der Kriegspropaganda sowie Ausbau der zwischenstaatlichen Handels- und Kulturbeziehungen. Außenminister Andrej Gromyko greift auf der Tagung in einer Erklärung, die er im Namen der Regierung auf eine Anfrage einer Gruppe von Abgeordneten über den Stand des Abrüstungs-problems abgibt, die Haltung der Westmächte in den

Vereinten Nationen an. (Vgl. den Wortlaut der Rede auf S. 10475 ff. dieser Folge.) Der Erste Sekretär der KPdSU, N. S. *Chruschtschow*, befaßt sich anschließend in seiner Rede vorwiegend mit Fragen der kommunistischen Parteien, wobei er erklärt, daß zwischen der KPdSU und den anderen sozialistischen „Bruderparteien“ einerseits und dem Bund der Kommunisten Jugoslawiens andererseits zwar noch in einer Reihe von ideologischen Fragen Divergenzen bestünden, die aber immer geringer würden. Im außenpolitischen Teil seiner Rede beschuldigt er die Westmächte, das Wettüben fortzuführen. Erneut warnt er die Mitgliedstaaten der NATO vor der Anlage von Raketenbasen, die im Kriegsfall sofort vernichtet würden.

20. In einem von der amtlichen Nachrichtenagentur TASS verbreiteten Kommentar zur NATO-Konferenz (vgl. NATO) wird behauptet, der Beschluß zur Ausrüstung der Streitkräfte der NATO-Staaten mit ballistischen Mittelstreckenraketen sei unter amerikanischem Druck zustande gekommen. Das Schlußkommuniqué der Konferenz (vgl. den Wortlaut auf S. 10473 dieser Folge) mache deutlich, daß die NATO die Politik der Einnischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten fortsetze.
29. Radio Moskau schlägt in einem Kommentar die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in Nordeuropa vor, die Dänemark und Norwegen einschließen soll.

Spanien

20. Der amerikanische Außenminister, John Foster *Dulles*, führt mit Generalissimus *Franco* außenpolitische Besprechungen. In einem Presseinterview nach der Unterredung erklärt Dulles, er habe mit *Franco* nicht

über den Bau von Raketenabschußrampen in Spanien gesprochen. Der spanische Staatschef habe die Frage von Ifni (vgl. Zeittafel in EA 23—24/1957, Marokko) aufgegriffen und ihm seine Ansicht über die Lage in Nordafrika und über die spanischen Wirtschaftsprobleme dargelegt. Er seinerseits habe *Franco* über den Verlauf der Pariser NATO-Konferenz orientiert.

21. Armeeminister Antonio *Barroso* erklärt vor den Cortes, die marokkanischen Behörden seien an der Ifni-Krise mitschuldig, da sie die imperialistischen Bestrebungen der Befreiungsarmee nicht eingedämmt hätten. Am 30. Dezember betont Generalissimus *Franco* in der Radiorede anläßlich des Jahreswechsels, das Schicksal Nordafrikas sei mit dem Europas eng verbunden.

Ungarn

20. Der stellvertretende Außenminister Istvan *Sebes* hebt in einer außenpolitischen Erklärung, die er im Parlament abgibt, hervor, daß sich die Beziehungen Ungarns zu Frankreich, Großbritannien und Italien in der jüngsten Vergangenheit verbessert hätten, während das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten immer noch gespannt sei.

Vatikan

22. In seiner Weihnachtsansprache fordert Papst Pius XII. die Menschheit auf, den Rüstungswettlauf mit den neuesten Waffen einzustellen und die unverbrüchliche Solidarität unter den friedliebenden Nationen zu bewahren. Das göttliche Gesetz lege allen Staatshäuptern die Verpflichtung auf, den Krieg durch geeignete internationale Einrichtungen zu verhindern.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AMERIKA

Honduras

21. Als neuer Präsident wird Ramon *Villeda Morales* (Liberaler) vereidigt. Damit wird die Herrschaft der Militärjunta, die das Land bisher regierte, beendet. Andres Alvarado *Puerto* übernimmt das Außenministerium.

Venezuela

20. Auf Grund eines Plebiszits vom 15. Dezember 1957 wird General Marcos *Jimenez* auf weitere fünf Jahre zum Präsidenten von Venezuela proklamiert.

Vereinigte Staaten

17. Das Oberkommando der Luftwaffe gibt bekannt, daß auf dem Raketenversuchsgelände von Cape Canaveral (Florida) eine interkontinentale ballistische Rakete vom Typ „Atlas“ erfolgreich abgeschossen worden sei.
23. Präsident *Eisenhower* und Außenminister John Foster *Dulles* unterrichten das amerikanische Volk in einem von allen Fernseh- und Rundfunkstationen übertragenen Zwiesgespräch über die Ergebnisse der Pariser NATO-Konferenz. Eisenhower betont den defensiven Charakter der NATO und appelliert an die Sowjetregierung, ihren Willen zu einem ernstem Abrüstungsgespräch unter Beweis zu stellen. Dulles erklärt, falls in den nächsten Monaten ein Abrüstungsabkommen zustande komme, würde dieses gegenüber

der Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa vorrangig behandelt werden.

ASIEN

Indien

17. Premierminister Jawaharlal *Nehru* erklärt in einer außenpolitischen Debatte des Parlaments, die NATO habe in der heutigen Zeit ihre Existenzberechtigung verloren, da jedes Militärbündnis auf der anderen Seite Gegenschritte auslöse. Er hoffe, daß die Beratungen der Regierungschefs der Mitgliedstaaten der NATO „zu einer friedlichen Einstellung führen und nicht alte Rivalitäten verschärfen werden“.
27. Vor Pressevertretern in Neu-Delhi spricht sich Premierminister Jawaharlal *Nehru* für die Einberufung einer Konferenz der Vier Mächte auf höchster Ebene aus.

Indonesien

18. Ministerpräsident Hadji *Djuanda* erklärt auf einer Pressekonferenz in Djakarta, Indonesien werde die wirtschaftlichen Interessen der Niederlande in seinem Staatsgebiet ausschalten, wenn seine Ansprüche auf West-Neuguinea nicht befriedigt würden. In diesem Zusammenhang bedauert er die neutrale Haltung der Vereinigten Staaten im Neu-Guinea-Konflikt. Gleichzeitig erklärt er alle Gewässer zwischen den Inseln des indonesischen Archipels zum indonesischen Staats-

gebiet. Die internationale Seerechtskommission in Genf solle von diesem Schritt unterrichtet werden.

20. Im Parlamentsgebäude von Djakarta wird Parlamentspräsident *Sartono* als Stellvertreter von Präsident *Achmed Soekarno*, der sich infolge einer Krankheit zu einem längeren Erholungsaufenthalt ins Ausland begibt, vereidigt.
23. Das Parlament nimmt ein Dekret an, wonach die höchste Staatsgewalt beim Generalstab und bei der Regierung liegt. Ministerpräsident *Djuanda* begründet diesen Beschluß mit der „offenkundigen Bedrohung des Landes durch Gewalt“.

Japan

22. Ministerpräsident *Nobosuke Kishi* teilt dem Parlament mit, daß Japan seine Luftstreitkräfte mit Luftabwehrraketen vom Typ *Sidewinder* ausrüsten werde. Die Regierung verweigere aber ihre Zustimmung zur Lagerung von Raketengeschossen mit Atomsprengköpfen auf japanischem Staatsgebiet.

Pakistan

17. *Malik Firoz Khan Noon* bildet eine neue Regierung, nachdem Ministerpräsident *Ibrahim Chundrigar* am 11. Dezember seinen Rücktritt erklärt hatte. Der neuen Regierung gehören u. a. folgende Persönlichkeiten an: Ministerpräsident und Außenminister: *Khan Noon*; Finanzminister: *Syed Amjad Ali*; Innenminister *Ghulam Ali Talpur*; Versorgungs- und Landwirtschaftsminister: *Mian Jaffer Shah*.

Thailand

31. Auf Grund der am 15. Dezember erfolgten Parlamentswahlen bildet General *Thanom Kittikachorn* eine neue Regierung, die sich u. a. aus folgenden Persönlichkeiten zusammensetzt: Ministerpräsident und Verteidigungsminister: General *Thanom Kittikachorn*; Stellvertretender Ministerpräsident und Innenminister: General *Prapas Charasathien*; Außenminister: Prinz *Wan Waithayakon*; Wirtschaftsminister: *Nai-Sukit Nimanhemind*.

Internationale Organisationen*

Die Organisation der Vereinten Nationen

16. Auf der 17. Sitzung des Binnenverkehrsausschusses der Wirtschaftskommission für Europa (ECE) in Genf unterzeichnen die Vertreter der Bundesrepublik Deutschland, Luxemburgs und der Niederlande ein Abkommen über Verkehrszeichen, deren Beachtung in diesen Ländern einheitlich geregelt wird. Ferner wird von den folgenden Ländern ein Abkommen über den Transport von gefährlichen Gütern auf dem Straßenweg, für den besondere Sicherheitsvorschriften vorgesehen sind, unterzeichnet: Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Oesterreich, Schweiz und Vereinigtes Königreich. Auf der gleichen Sitzung wird eine Resolution über die Beförderung von verderblichen Lebensmitteln angenommen, wonach die Qualität der Transporteinrichtungen, die für die Beförderung dieser Güter benötigt werden, verbessert werden soll.

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)

20. Die Außenminister der Unterzeichnerstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Euratom-Gemeinschaft treffen zu Beratungen im französischen Außenministerium zusammen. Es wird keine Entscheidung in der Wahl des Sitzes der Europäischen Gemeinschaften getroffen und beschlossen, die Beratungen am 7. und 8. Januar 1958 fortzusetzen.

Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC)

20. Der Rat der OEEC billigt das Statut der Europäischen Kernenergie-Behörde und unterzeichnet ein Uebereinkommen über Sicherheitsvorschriften. Gleichzeitig unterzeichnen die Vertreter von 12 Mitgliedsländern ein internationales Abkommen über die Errichtung einer europäischen Gesellschaft für die chemische Behandlung von Kernbrennstoffen (EUROCHEMIC). Die Europäische Kernenergie-Behörde wird als eine

Sonderbehörde innerhalb der OEEC vom 1. Februar 1958 an bestehen. Die Aufgabe dieser Behörde besteht darin, die Erzeugung und die Anwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke im Rahmen einer technischen Zusammenarbeit der westeuropäischen Staaten zu fördern. In Kürze soll zwischen der Behörde und den Mitgliedstaaten der Euratom ein Abkommen abgeschlossen werden, um eine enge Zusammenarbeit anzubahnen.

Nordatlantikpakt-Organisation (NATO)

- 16.—19. In Paris findet eine Konferenz der Regierungschefs der Mitgliedstaaten der NATO statt. (Vgl. den Wortlaut der Dokumente auf S. 10 472 ff. dieser Folge.) Während der Tagung findet eine Reihe von zweiseitigen Besprechungen und Beratungen zwischen einzelnen Regierungschefs statt.
23. Der Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte in Europa, General *Lauris Norstad*, erklärt auf einer Pressekonferenz in New York, in der nächsten Zeit würden voraussichtlich sechs bis zehn mit Mittelstreckenraketen ausgerüstete Spezialeinheiten der amerikanischen Streitkräfte in Westeuropa stationiert werden. Jede dieser Einheiten werde über fünfzehn Raketen mittlerer Reichweite verfügen. Vom militärischen Standpunkt aus sei es weder erforderlich noch wünschenswert, daß in allen westeuropäischen Staaten Raketen-Einheiten stationiert würden. Die Reichweite der Raketen erlaube es, diese Einheiten an jedem beliebigen Ort zu stationieren. Generalsekretär *Paul-Henri Spaak* bezeichnet auf einer Pressekonferenz in Paris den Plan des polnischen Außenministers, *Adam Rapacki*, zur Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Zentraleuropa (vgl. S. 10 482 ff. und 10 485 ff. dieser Folge) als „vom militärischen Standpunkt unsinnig. Die polnischen Vorschläge hätten vor allem ein politisches Ziel und dienten dazu, die Bundesrepublik Deutschland und die Westmächte zur Anerkennung der Regierung der DDR zu zwingen.“

*) Vgl. hierzu auch die Mitteilungen des Europarats für Dezember auf S. 10 496 bis 10 502 dieser Folge.

Bücher und Broschüren

Britannica Book of the Year 1957. London — Chicago — Toronto: Encyclopaedia Britannica, Ltd. 1957. 532 S.

„The Britannica Book of the Year“ ist als periodisch erscheinende Ergänzung zur „Encyclopaedia Britannica“ gedacht. Es verzeichnet seit 1938 jährlich den neu hinzugekommenen oder Änderungen unterworfenen Stoff; trotzdem tragen die einzelnen Bände selbständigen Charakter.

Im „Britannica Book of the Year 1957“ werden u. a. besonders die politischen Ereignisse in Ungarn, Polen und um den Suezkanal berücksichtigt und in längeren Artikeln abgehandelt. Eine knapp gehaltene Zeittafel über das politische Geschehen im Jahre 1957 ist an den Anfang gestellt, dann schließen sich die alphabetisch nach Schlagwörtern geordneten, signierten Artikel an. Ein Schlagwortindex am Schluß des Bandes verweist auf die entsprechenden Artikel. Der Vorzug dieser Nachtragsbände ist die Aktualität des verzeichneten Materials.

I. Brunken

Grundriß der Volkswirtschaftsplanung. Herausgeber: Prof. Dr. J. Rudolph und Dr. G. Friedrich. Berlin: Verlag Die Wirtschaft 1957. 604 S.

Die Verfasser dieses Buches, ein Autorenkollektiv wissenschaftlicher Mitarbeiter der Hochschule für Oekonomie der DDR, beabsichtigen mit ihrer Darstellung, die Studierenden der Wirtschaftswissenschaften und die Wirtschaftsfunktionäre in der DDR mit den Methoden und Problemen der Planung der Gesamtwirtschaft, der einzelnen Wirtschaftszweige, der Entwicklung und Einführung der modernen Technik, der Investitionen, der Materialversorgung, des Arbeitsmarktes, der kulturellen und sozialen Maßnahmen, der Selbstkosten, der Preise, der Finanzplanung und der Regionalplanung vertraut zu machen. Wie der Verlag hierzu mitteilt, handelt es sich dabei um den ersten Versuch, eine umfassende Darstellung der Methoden, der Organisation und der wissenschaftlichen Grundlagen der gesamten Volkswirtschaftsplanung der DDR zu geben, wie sie bisher weder in der Sowjetunion noch in den volksdemokratischen Ländern erschienen sei.

Liesner, H. H.: The Import Dependence of Britain and Western Germany: A Comparative Study. Princeton, New Jersey: International Finance Section, Department of Economics and Sociology, Princeton University 1957. 84 S. \$ 0,25.

Seduro, Vladimir: Dostoyevski in Russian Literary Criticism 1846—1956. New York: Columbia University Press 1957. XII, 412 S. \$ 7,50.

Seeler, Hans-Joachim: Das Staatsangehörigkeitsrecht Österreichs. Herausgegeben von der Forschungsstelle für Völkerrecht und ausländisches öffentliches Recht der Universität Hamburg. Frankfurt am Main — Berlin:

Alfred Metzner Verlag 1957. 188 S. (Sammlung geltender Staatsangehörigkeitsgesetze, Band 20). DM 13,80.

Stern, Carola: Porträt einer bolschewistischen Partei. Entwicklung, Funktion und Situation der SED. Köln: Verlag für Politik und Wirtschaft 1957. 368 S. DM 12,80.

West German Leadership and Foreign Policy. Edited by Hans Speier and W. Phillips Davison. Evanston, Ill. — New York: Row, Peterson and Company 1957. X, 323 S.

Wetzel, Albert K.: Die weltwirtschaftliche Position des Neuen China. Ludwigsburg: Verlag Hans A. Waidelich 1954. 39 S. (Hektographiert). DM 8,—.

Die vorliegende, nur skizzenhafte Uebersicht über die rotchinesische Wirtschaftslage versucht in überwiegend statistischer Darstellung die großen, teilweise schon überlieferten, teilweise aber durch das kommunistische Regime neu geschaffenen Wirtschaftsprobleme der Volksrepublik China aufzuzeigen. Die äußerst knapp gehaltenen Anmerkungs- und Literaturverzeichnisse weisen keinerlei chinesische Primärliteratur auf.

Dr. Gottfried-Karl Kindermann

The Year Book of World Affairs 1957. Vol. 11. Published under the auspices of The London Institute of World Affairs. London: Stevens & Sons Limited 1957. XV, 479 S. £ 2/2/—.

Der Band enthält, wie jedes Jahr, eine Sammlung unverbundener Aufsätze verschiedener Autoren. Indessen ist es den beiden Herausgebern (G. W. Keeton und G. Schwarzenberger, Direktoren des „London Institute of World Affairs“) auch diesmal gelungen, hervorragende Studien zu den wichtigsten Ereignissen der internationalen Politik des Jahres 1956 zu gewinnen. Einleitend geben H. C. Nichilas eine eindringliche Analyse der außenpolitischen Grundkonzeptionen der Eisenhower-Administration und H. Seton-Watson eine Uebersicht über die Veränderungen in Osteuropa seit Stalins Tod. Von H. J. Morgenthau folgt eine Studie über „Neutrality and Neutralism“; S. Strange gibt eine Zusammenfassung der Lehren, die in Großbritannien aus der Suez-Expedition gezogen wurden, L. C. Green eine Uebersicht über die Wirksamkeit der Vereinten Nationen seit der bedeutenden Erweiterung der Mitgliedschaft im Jahre 1955. W. Burneister schildert die Konsolidierung der Bundesrepublik Deutschland, F. S. Northedge die politische Meinungsbildung in Japan. F. Parkinson bietet eine besonders verdienstliche erste Zusammenfassung über die sowjetische Hilfe an die Entwicklungsländer, J. Frankel untersucht die sinkende Bedeutung des Nationalismus, L. A. Sheridan den Wandel der Commonwealth-Konzeptionen. Schließlich gibt P. de Visscher einen Bericht über die Konferenz der Lehrer des internationalen Rechts (Genf, August 1956). — Der 2. Teil des Bandes (S. 273—472) enthält verlässlich unterrichtende Besprechungen aller bedeutsamen Publikationen, die während des Jahres 1956 auf dem Gebiet der internationalen Politik erschienen sind.

Dr. Walter Lippens

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co)

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (H. V.)

Redaktionselle und ständige Mitarbeiter: Walter Bädigheimer (W. B.), Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Prof. Dr. Walther Hofer, Berlin; Dr. Walther Karbe, Frankfurt; Dr. Boris Meissner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Berlin; Prof. Dr. Georg von Rauch, Marburg; Georg Streiter (G. St.), Luxemburg; Joachim Willmann (Wi.), Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Myliusstraße 20. Telefon 77 80 21.

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Copyright: 1958 by Wilhelm Cornides.

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 16—18.

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Preis des Einzelheftes DM 2,50; des Doppelheftes DM 5,—. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 11,50 (durch die Post einschl. Zeitungsgebühr DM 12,—), bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 43,50 zuzüglich Porto. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalsschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Myliusstraße 20, Telefon 77 33 47.

Österreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12.

MITTEILUNGEN DES EUROPARATS

HERAUSGEGEBEN VON DER PRESSE- UND INFORMATIONENABTEILUNG DES EUROPARATS

Januar 1958

8. Jahrgang — Nr. 1

Die Tätigkeit des Europarats im Dezember 1957

NEUJAHRSBOTSCHAFTEN

Am Dienstag, dem 31. Dezember 1957, wurde die traditionelle Neujahrsbotschaft des Europarats aus Straßburg gesendet. Vor den Glockenschlägen des Straßburger Münsters konnten die Hörer die Botschaften von Herrn Halvard Lange, dem norwegischen Außenminister und derzeitigen Vorsitzenden des Ministerausschusses, und von Herrn Fernand Dehousse, dem Präsidenten der Beratenden Versammlung, vernehmen.

Diese Sendung wurde direkt übertragen und von den meisten Mitgliedsländern des Europarats übernommen.

Herr Halvard Lange, Vorsitzender des Ministerausschusses:

„Seit 1949 haben jedes Jahr die Glocken von Straßburg, dem Sitz des Europarats, das Neue Jahr über den Äther verkündet. Seit 1949 haben meine Vorgänger alljährlich ihre Genugtuung, ihre Enttäuschungen und ihre Hoffnungen zum Ausdruck gebracht.

Mit dem Jahreswechsel beginnt eine neue Phase der europäischen Zusammenarbeit. Sechs europäische Länder bilden eine wirtschaftliche Gemeinschaft und treten damit in eine Zusammenarbeit ein, wie sie so eng noch nicht bestanden hat. Wir im Europarat haben eine wichtigere Rolle denn je zu spielen: Wir müssen dieser Wirtschaftsgemeinschaft helfen, sich in Zusammenarbeit mit der großen europäischen Gemeinschaft, die wir bilden, zu entwickeln. Wir müssen einiger denn je sein, und um den neuen Kern herum muß sich ein brüderliches Europa entwickeln. Hierzu fordere ich Sie alle auf und wünsche Ihnen im Namen des Ministerausschusses des Europarats guten Erfolg.“

Der Präsident der Beratenden Versammlung, Herr Fernand Dehousse:

„Meine Damen und Herren, ich richte die besten Wünsche der Beratenden Versammlung des Europarats für das Jahr 1958 an Sie alle. Ich wünsche Ihnen allen Glück, Wohlergehen und Frieden. Die Aussichten hierfür sind nicht ungünstig. In Paris hat die NATO als oberster Garant unserer Freiheit aus ihrer letzten Konferenz neue Kräfte gezogen. Europa macht seinerseits eine lobenswerte Anstrengung, um sich so zu organisieren, wie es die Probleme unserer Zeit erfordern. Die Verträge über Euratom und den Gemeinsamen Markt sind in Kraft getreten. Wenn wir auch noch nicht den Weg durchschritten haben, wissen wir doch, daß wir uns in der richtigen Richtung bewegen.

Mit vollem Vertrauen in die Zukunft übermittle ich Ihnen deshalb die Wünsche der Straßburger Versammlung.“

I. TAGUNGEN DES RATES

Im Dezember fanden folgende Sitzungen des Rates statt:

Präsidium und Ständiger Ausschuß: Paris, 2. Dezember.

Ausschuß für nicht vertretene Nationen: Paris, 3. und 4. Dezember (siehe unter „Nicht vertretene Nationen“).

Gemischter Unterausschuß für europäisches Dienstrecht und Haushalts-Ausschuß: Paris, 5. Dezember.

Verwaltungsrat des Wiederansiedlungs-Fonds: Paris, 5. u. 7. Dezember.

Sozialer Ausschuß: Paris, 6. u. 7. Dezember.

Rechtsausschuß; Unterausschuß für die Reform des Strafrechts: Rom, 7., 9. und 10. Dezember (siehe unter „Rechtsfragen“).

Gruppe von drei Mitgliedern der Europäischen Menschenrechtskommission: Straßburg, 12. bis 14. Dezember.

Sachverständigenausschuß für Fragen des öffentlichen Gesundheitswesens: Straßburg, 12. bis 14. Dezember (siehe unter „Soziale Fragen“).

Gemischter Ausschuß: Paris, 13. Dezember.

Ministerausschuß: Paris, 13. und 14. Dezember (siehe weiter unten).

Unterausschuß des Wirtschaftsausschusses: Paris, 13. und 14. Dezember (siehe unter „Wirtschaftsfragen“).

Kommunal-Ausschuß: Bordeaux, 15. bis 17. Dezember (siehe unter „Kommunalfragen“).

Stellvertreter der Minister: Paris, 16. Dezember.

Europäische Menschenrechtskommission: Straßburg, 16. bis 21. Dezember.

Unterausschuß für die wirtschaftliche Entwicklung der unterentwickelten Gebiete (des Politischen Ausschusses): Paris, 19. Dezember (siehe unter „Politische Fragen“).

Sondergruppe für die Koordinierung der Außenpolitiken (des Politischen Ausschusses): Paris, 20. und 21. Dezember (siehe unter „Politische Fragen“).

Ministerausschuß

Am Ende der Sitzung des Ministerausschusses wurde das folgende Kommuniqué veröffentlicht:

Der Ministerausschuß des Europarats hielt am 13. und 14. Dezember 1957 in Paris seine 21. Sitzung unter dem Vorsitz von Herrn Halvard Lange (Norwegen) ab. In einer öffentlichen Sitzung haben die Minister zwei auf Empfehlung der Beratenden Versammlung von ihnen angenommene Texte unterzeichnet.

Die Europäische Auslieferungsordnung, deren Aufgabe es ist, die Auslieferung zwischen den Mitgliedsländern des Rates zu erleichtern, unter Berücksichtigung der Regeln der Menschlichkeit und der Grundfreiheiten, wurde von folgenden elf Ländern unter-

zeichnet: Österreich, Belgien, Dänemark, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Griechenland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Schweden und der Türkei.

Das mehrseitige Europäische Abkommen über den Personenverkehr zwischen Mitgliedsländern des Rates, welches praktisch den Paßzwang in Europa abschafft, wurde von folgenden Ländern unterzeichnet: Österreich, Belgien, Frankreich, Bundesrepublik Deutschland, Italien, Griechenland und Luxemburg.

Da Frankreich, Italien und Belgien dieses Abkommen ohne Vorbehalt der Ratifizierung unterzeichnet haben, wird es bereits am 1. Mai 1958 in Kraft treten.

Der Außenminister Österreichs hat außerdem sechs vor dem Beitritt Österreichs abgeschlossene Konventionen unterzeichnet.

Herr Lodovico Benvenuti, ehemaliger italienischer Abgeordneter und Minister, der am 2. Mai 1957 zum Generalsekretär des Europarats bestellt worden war, hat den nach dem Statut des Europarats vorgesehenen Amtseid abgelegt. Herr Benvenuti legte dem Ausschuß dar, in welcher Weise er sein Amt auffasse und auszuüben gedenke.

Die Außenminister haben die Empfehlung der Beratenden Versammlung geprüft, welche ein System von gegenseitigen Konsultationen bei der Ausarbeitung einer gemeinsamen Außenpolitik der europäischen Länder fordert. Die Minister haben beschlossen, ihre Konsultationen fortzusetzen und weiter auszubauen, falls ein Problem auftaucht, welches die Lebensinteressen des Europarats berührt. Diese Konsultationen, die sich im Rahmen des Statuts halten, werden innerhalb des Ministerausschusses des Europarats als allgemeinem Rahmen der europäischen Politik stattfinden.

Die Minister haben ebenfalls beschlossen, die Modalitäten zu prüfen, nach welchen der Beratenden Versammlung jedes Jahr ein eingehender Bericht über die europäische Zusammenarbeit im Rahmen des Wirkungsbereiches des Europarats vorgelegt werden kann. Der Generalsekretär wurde beauftragt, einen solchen Bericht für die Frühjahrssitzung 1958 der Beratenden Versammlung vorzubereiten.

Die Außenminister oder andere Regierungsmitglieder werden sich bemühen, bei der Aussprache über diesen Bericht anwesend zu sein, und es wird angestrebt werden, zu gegebener Zeit die Tagungen der verschiedenen europäischen Versammlungen terminmäßig zu gruppieren.

Die Minister nahmen von den verschiedenen Studien Kenntnis, welche von den europäischen Organisationen im Hinblick auf eine Koordinierung ihrer Arbeit und eine Rationalisierung ausgearbeitet worden sind. Hierzu gehört auch eine Prüfung der Texte der Statuten der neuen europäischen Gemeinschaften.

Auf Vorschlag des britischen Außenministers wurde eine Entschließung angenommen, in welcher der Wunsch nach einer Zusammenfassung der europäischen Institutionen zu einer wirksamen Einheit zum Ausdruck kommt. Darüber hinaus sollen mit dem Inkrafttreten der neuen Gemeinschaften enge Beziehungen mit dem Europarat hergestellt werden. Die Minister begrüßen die Entscheidungen der OEEC hinsichtlich der Schaffung einer Freihandelszone und lenken die Aufmerksamkeit des Rates der OEEC auf die diesbezüglichen Empfehlungen der Beratenden Versammlung.

Der Ministerausschuß beschloß weiterhin, den Rat der OEEC aufzufordern, gemeinsam mit ihm die Frage der Beziehungen zwischen beiden Organisationen

erneut zu prüfen. Diese Prüfung wird dann stattfinden, wenn der Plan für die Schaffung einer Freihandelszone greifbare Formen angenommen haben wird und bevor die institutionellen Formen dieser neuen Organisation festgelegt sein werden.

Die Minister haben die von den Verbindungsausschüssen OEEC/Europarat formulierten Vorschläge gebilligt. Diese Vorschläge sehen eine engere Zusammenarbeit beider Organisationen vor, sie werden dem Rat der OEEC als zusätzliche Elemente zu dem Abkommen zwischen dem Europarat und der OEEC übermittelt werden.

Die Minister haben schließlich beschlossen, zu gegebener Zeit, nach Inkrafttreten der neuen Gemeinschaften, die Einführung weiterer Rationalisierungsmaßnahmen innerhalb der europäischen Zusammenarbeit zu erwägen.

Herr Pierre Schneider, der Sonderbeauftragte des Europarats für die nationalen Flüchtlinge und Bevölkerungsüberschüsse, legte den Ministern seinen Tätigkeitsbericht vor. Die Minister gaben ihrer Anerkennung für die wertvolle Arbeit von Herrn Schneider Ausdruck.

Der Außenminister Österreichs unterzeichnete die vor dem Beitritt Österreichs zum Europarat abgeschlossenen Konventionen: die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und der Grundfreiheiten, das Zusatzprotokoll zu dieser Konvention, das Europäische Kulturabkommen, das Europäische Abkommen für die friedliche Regelung von Streitigkeiten, die Europäische Niederlassungsordnung, das Abkommen über den Austausch von Kriegsversehrten zur Heilbehandlung.

Die von den Ministern angenommenen Entschlüsse finden sich unter „Politische Fragen“ und „Kommunale Fragen“.

Unter „Rechtsfragen“ findet sich eine Zusammenfassung der Europäischen Auslieferungsordnung und des Abkommens über den grenzüberschreitenden Personenverkehr.

Tagesordnung des dritten Teiles der 9. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung

Dienstag, 14. Januar: nachmittags:	Tätigkeitsbericht des Präsidiums und des Ständigen Ausschusses, Zusatzbericht des Ministerausschusses. Lage der Politischen Gefangenen in Mittel- und Ost-Europa
Mittwoch, 15. Januar:	Allgemeine Politik des Europarats
Donnerstag, 16. Januar: vormittags: nachmittags:	Fortschritte der europäischen Integration Reform des Europarats
Freitag, 17. Januar: vormittags: nachmittags:	Soziale und finanzielle Aspekte des Wohnungsproblems in Europa; Europäisches Dienstrecht; Reform des Europarats; Reform des Europarats; Abschluß der 9. Ordentlichen Sitzungsperiode

II. POLITISCHE FRAGEN

Gemeinsame Politik

Der Ministerausschuß hat anläßlich seiner 21. Sitzung am 13. und 14. Dezember folgende EntschlieÙung verabschiedet:

Der Ministerausschuß hat die Empfehlung Nr. 150 der Beratenden Versammlung vom 27. Oktober 1957 mit Interesse geprüft und wird das Studium der darin aufgeworfenen Probleme fortsetzen.

Der Ausschuß weist auf seine EntschlieÙung (56) 23 hin, in welcher er seiner Überzeugung Ausdruck gibt, daß die internationale Lage die Ausarbeitung und Anwendung einer gemeinsamen Politik der Mitgliedsländer in allen wesentlichen Fragen immer dringlicher macht.

Die Methoden, welche einen Gedankenaustausch über Fragen von gemeinsamem Interesse ermöglichen, müssen verbessert werden.

In der Überzeugung, daß hierbei eine möglichst enge Zusammenarbeit zwischen dem Ministerausschuß und der Beratenden Versammlung sehr erwünscht ist, beschließt der Ministerausschuß:

1. seine Konsultationen wie bisher fortzusetzen und weitere zu entwickeln, sobald sich ein Problem von lebenswichtigem Interesse für den Europarat zeigt.
2. Gemäß Artikel 21 c des Statuts und Artikel 1 d seiner Geschäftsordnung wird der Ausschuß, sobald sich eine Notwendigkeit hierzu ergibt, diese Konsultationen aufnehmen, in seiner Eigenschaft als allgemeiner Rahmen der europäischen Politik.
3. Der Ausschuß wird die Möglichkeiten prüfen, im Rahmen derer ein eingehender Bericht über die europäische Zusammenarbeit, wie sie im Statut definiert ist, abgefaßt und alljährlich der Beratenden Versammlung auf ihrer Frühjahrssitzung vorgelegt werden kann.
4. Der Generalsekretär wird beauftragt, bereits jetzt einen derartigen Bericht für die kommende Frühjahrssitzung der Versammlung auszuarbeiten. Dieser Bericht soll eine systematische Zusammenfassung und Analyse aller Berichte enthalten, welche dem Europarat von den verschiedenen europäischen Organisationen vorgelegt zu werden pflegen. Der Bericht soll eine Stellungnahme des Generalsekretärs über diejenigen Aspekte der europäischen Zusammenarbeit enthalten, welche nicht von den erwähnten Berichten behandelt werden.
5. Die Außenminister und andere Minister werden sich im Rahmen des Möglichen bemühen, der jährlichen Aussprache der Versammlung über diesen Bericht beizuwohnen.
6. Die Versammlung und andere interessierte europäische Organisationen werden konsultiert, um nach Möglichkeit in jedem Jahre zu festliegenden und zusammenhängenden Terminen die Tagungen der verschiedenen Versammlungen zu organisieren.

Rationalisierung der europäischen Institutionen

Die Minister haben ebenfalls folgende EntschlieÙung angenommen:

Der Ministerausschuß weist auf seine EntschlieÙung (56) 24 und (57) 10 hin, welche sich mit der Doppelarbeit in europäischen Organisationen und den Beziehungen zwischen dem Europarat und dem Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC) befassen.

Der Ausschuß nimmt von nachfolgend aufgeführten Texten betreffend eine Reihe von wichtigen Fragen des strukturellen Aufbaus der europäischen Zusammenarbeit Kenntnis:

1. Berichte des stellvertretenden Generalsekretärs und der Verbindungsausschüsse Europarat / Europäischer Wirtschaftsrat (OEEC) über die Beziehungen zwischen diesen beiden Organisationen und Stellungnahme Nr. 26 der Beratenden Versammlung zum gleichen Fragenkomplex.
2. Empfehlung Nr. 146 und EntschlieÙung Nr. 130 der Versammlung über die Beziehungen zwischen dem Europarat und den Gemeinschaften der Sechs.
3. Empfehlung Nr. 148 der Versammlung betreffend den Sitz von Euratom und Europäischer Wirtschaftsgemeinschaft und anderer europäischer Organisationen.
4. Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, insbesondere die Präambel und die Artikel 230 und 231.
5. EntschlieÙung der sechs Außenminister vom 25. März 1957 in Rom über die Verbindung zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Euratom, einerseits, und den westeuropäischen Ländern, die ihnen nicht angehören, und den europäischen Organisationen mit weiterer Mitgliedszahl, andererseits.
6. EntschlieÙung der Außenminister der Sechs über die Identität der Mandate der Abgeordneten der Versammlung der Sechs und der Beratenden Versammlung.

Der Ausschuß betont sein Interesse, welches er an einer letzten Endes zu schaffenden Einheit der europäischen Institutionen hat, insbesondere um eine Zersplitterung der Bemühungen zu vermeiden und um der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und der parlamentarischen Assoziation in Europa ein möglichst großes Gewicht zu geben.

Der Ausschuß hofft, daß zwischen den Versammlungen des Europarats und der Gemeinschaft der Sechs, sowie ganz allgemein zwischen dem Europarat einerseits, der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und Euratom andererseits, enge Beziehungen von Beginn an hergestellt werden.

Der Ausschuß begrüßt die EntschlieÙungen des Rates des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) vom 17. Oktober, in denen der Entschluß zur Schaffung einer europäischen Freihandelszone zum Ausdruck gebracht wird, und lenkt die Aufmerksamkeit dieses Rates auf die von der Beratenden Versammlung in ihrer Empfehlung Nr. 152 zum Ausdruck gebrachten Auffassungen.

Der Ministerausschuß beschließt, den Rat des Europäischen Wirtschaftsrates (OEEC) aufzufordern, gemeinsam mit dem Ministerausschuß des Europarats die Prüfung der Frage der zukünftigen Beziehungen zwischen beiden Organisationen wieder aufzunehmen, sobald der Plan einer Freihandelszone feste Gestalt angenommen haben wird und bevor eine Entscheidung über die Form dieser Institutionen getroffen worden ist.

Der Ausschuß stimmt inzwischen den von den Verbindungsausschüssen gemachten Vorschlägen zu, wie sie im Anhang der vorliegenden EntschlieÙung enthalten sind und die dazu bestimmt sind, engere Arbeitsbeziehungen zwischen beiden Organisationen zu schaffen.

Der Generalsekretär wird beauftragt, dem Rat des Europäischen Wirtschaftsrates diese Vorschläge vorzulegen und seine Zustimmung dazu zu erbitten, sie als Ergänzung zum Abkommen zwischen dem Europarat und der OEEC zu betrachten.

Zu gegebener Zeit wird der Ministerausschuß, sobald die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und Euratom sowie die Freihandelszone ins Leben gerufen worden sind, prüfen, ob gewisse Maßnahmen zur Rationalisierung innerhalb der europäischen Institutionen zu ergreifen sind.

Anlage

Ergänzung zum Abkommen zwischen dem Europarat und dem Europäischen Wirtschaftsrat (OEEC).

1. Die von der OEEC für die Beratende Versammlung vorbereiteten Berichte sind dieser durch einen die OEEC vertretenden Minister vorzulegen.

Die Abgeordneten der Versammlung können über diese Berichte schriftliche Fragen an die OEEC richten, bevor diese der Versammlung von dem Minister vorgelegt worden sind.

Im allgemeinen wird der den Bericht der OEEC vorlegende Minister von seinen Beratern und Mitgliedern des Sekretariats der OEEC begleitet.

2. Zur Vermeidung von Doppelarbeit bei den Regierungsorganen beider Organisationen treten die Verbindungsausschüsse regelmäßig zusammen, um alle Fragen wirtschaftlichen Charakters, welche sich aus den Beratungen des Ministerausschusses des Europarats oder des Rates der OEEC ergeben, zu besprechen.

3. a) Um eine schnelle Übermittlung der von der Versammlung verabschiedeten Texte, welche die OEEC interessieren, sicherzustellen, beauftragt der Ministerausschuß des Europarats seinen Generalsekretär, die Übermittlung dieser Texte unmittelbar an die OEEC vorzunehmen.

b) Diese Texte werden alsdann von den Verbindungsausschüssen, welche auf jeden Fall nach den Sitzungen der Beratenden Versammlung zusammentreten, geprüft. Es wird hierbei festgestellt, welche der beiden Organisationen in zweckmäßiger Weise die weitere Behandlung dieser Texte übernimmt.

Der Rat der OEEC oder der Ministerausschuß des Europarats (technisch beraten durch die OEEC) befassen sich alsdann mit dem in Frage stehenden Problem. Beide Organe halten sich über ihre Entscheidungen gegenseitig auf dem Laufenden, und der Ministerausschuß des Europarats übernimmt es, die Beratende Versammlung zu informieren.

Außenpolitische Konsultationen

Die Studiengruppe des Politischen Ausschusses, die beauftragt war, das Problem eines vollständigeren und wirksameren Systems von Konsultationen der Mitgliedstaaten über außenpolitische Probleme zu prüfen (vgl. Mitteilungen des Europarats, Sondernummer November 1957, II), hielt am 20. und 21. Dezember in Paris unter dem Vorsitz von Herrn François de Menthon (MRP, Franzose) ihre erste Sitzung ab und wurde von dem französischen Außenminister, Herrn Christian Pineau, sowie den Vorsitzenden der außenpolitischen Ausschüsse der französischen Nationalversammlung und des Senats empfangen.

Ferner besuchte die Gruppe den Generalsekretär der NATO, Herrn Paul-Henri Spaak, und den General-

sekretär des französischen Außenministeriums, Herrn Louis Joxe. Mit diesen Persönlichkeiten wurden die Möglichkeiten besprochen, die Entschließung des Ministerausschusses (siehe oben) in die Tat umzusetzen.

Hilfe für unterentwickelte Gebiete

Ein Unterausschuß des Politischen Ausschusses der Beratenden Versammlung tagte am 19. Dezember in Paris, um einen Bericht des Abgeordneten Paul Devinat (Rad. Soz., Franzose) über die Hilfeleistung an unterentwickelte Gebiete zu prüfen. Dieser Bericht führt die verschiedenen Hilfsprogramme auf, die zur Zeit durchgeführt werden, und untersucht insbesondere die politischen Aspekte des Problems. Der Verfasser des Berichtes macht eine Reihe von konkreten Vorschlägen, besonders in bezug auf die Hilfeleistungen für Afrika. Dieser Bericht wird auf einer weiteren Sitzung des Unterausschusses studiert werden, und Vorschläge des Unterausschusses werden im Frühjahr 1958 dem Politischen Ausschuß vorgelegt werden.

III. WIRTSCHAFTSFRAGEN

Kanaltunnel

Der Unterausschuß des Wirtschaftsausschusses, der mit dem Studium der Projekte für einen Tunnel unter dem Ärmelkanal beauftragt wurde, tagte am 13. Dezember in Paris unter dem Vorsitz von Herrn Gunnar Heckscher (Konserv., Schwede). Der Abgeordnete Adolf Molter (Soz., Belgier) eröffnete als Berichterstatter die Aussprache und erläuterte die Fortschritte des Planes, der von der Suezkanal-Gesellschaft ausgearbeitet worden ist. Nach einer allgemeinen Aussprache hörte der Unterausschuß eine Erklärung von Herrn Massigli, Präsident der Studiengruppe der Gesellschaft und ehemaliger französischer Botschafter in England.

Der Unterausschuß beschloß, diesem Plan seine Unterstützung angedeihen zu lassen.

Entwicklung Afrikas

Der Unterausschuß zur Prüfung des Berichtes über die Entwicklung Afrikas tagte am 13. Dezember in Paris. Dieser Bericht wurde auf Veranlassung der Beratenden Versammlung von einer Gruppe unabhängiger Sachverständiger angefertigt. Der Unterausschuß trat in einen Gedankenaustausch über den Bericht ein sowie über Beiträge, die von den Abgeordneten Hilary A. Marquand (Labour, Brite) und Philippe Le Hodey (Christl.-Soz., Belgier) vorgelegt worden waren. Der Abgeordnete Günther Serres (CDU, Deutscher) wurde zum Vorsitzenden gewählt und die nächste Tagung für Mitte Januar anberaumt.

Mineralölversorgung Europas

Der Unterausschuß für die Versorgung Europas mit Mineralöl tagte in Paris am 14. Dezember unter dem Vorsitz von Dr. Paul Leverkuehn (CDU, Deutscher). Berichterstatter war der Abgeordnete Declan Costello (Fine Gael, Ire). Der Unterausschuß erklärte sich grundsätzlich mit dem Bericht des Abgeordneten Costello einverstanden, der dem Wirtschaftsausschuß im Laufe des Januar vorgelegt werden wird.

Handelsbeziehungen Ost-West

Der Unterausschuß für die Handelsbeziehungen zwischen Ost und West tagte am 14. Dezember in Paris unter dem Vorsitz des Abgeordneten Gérard de Geer (Liberaler, Schwede). Es wurde der Bericht, der im vergangenen September dem Wirtschaftsausschuß anlässlich der Tagung in Stockholm vorgelegt hatte, noch einmal geprüft und ein Empfehlungsentwurf verabschiedet, der dem Wirtschaftsausschuß von dem Berichterstatter, dem Abgeordneten Helmut Kalbitzer (SPD, Deutscher) im Laufe des Januar vorgelegt werden wird.

IV. RECHTSFRAGEN**Europäische Auslieferungsordnung**

Dieses Abkommen des Europarats, das von den Vertretern von elf Mitgliedsländern des Europarats am 13. Dezember in Paris unterzeichnet wurde, verpflichtet die Signatarstaaten „zur gegenseitigen Auslieferung von Personen, welche seitens der Gerichtsbehörden des interessierten Landes wegen eines Vergehens verfolgt oder zwecks Strafvollzugs gesucht werden“.

Im Artikel 2 werden die Straftaten aufgeführt, bei welchen eine Auslieferung erfolgt. Wenn es sich um Gefängnisstrafen von bis zu einem Jahre handelt, erfolgt keine Auslieferung. Jeder Signatarstaat, dessen Gesetzgebung die Auslieferung für gewisse Straftaten nicht vorsieht, kann dieselben unter Benachrichtigung des Generalsekretärs des Europarats von der Anwendbarkeit des Vertrages ausnehmen. Allerdings kann jeder andere Signatarstaat die Reziprozität in derartigen Fällen in Anspruch nehmen.

Die Artikel 3, 4 und 5 legen wichtige Ausnahmen fest. Eine Auslieferung erfolgt nicht, falls die Strafhandlung als politisches Vergehen angesehen wird. Eine Auslieferung erfolgt ebenfalls nicht, wenn zu vermuten steht, daß das Auslieferungsbegehren, welches sich auf ein gewöhnliches Vergehen bezieht, in Wirklichkeit zum Zwecke der Verfolgung einer Person aus Gründen der Rasse, des religiösen Bekenntnisses, der Nationalität oder der politischen Meinung erfolgt oder wenn vermutet wird, daß der Fall durch den einen oder anderen der vorgenannten Beweggründe verschärft werden könnte.

Eine Auslieferung wegen Vergehens nach den Militärstrafgesetzen fällt nicht unter den Anwendungsbereich des Abkommens.

Bei Finanzvergehen (Steuer-, Zoll- und Devisenvergehen) erfolgt eine Auslieferung nur dann, wenn dies zwischen den vertragschließenden Mächten vereinbart ist.

Weitere Fälle, in welchen die Auslieferung verweigert werden kann, werden in den nächsten sechs Artikeln aufgeführt, während weitere Artikel sich mit Verfahrensfragen befassen.

Zum Schluß enthält der Text Bestimmungen über die Unterzeichnung, die Ratifizierung und das Inkrafttreten des Abkommens. Insbesondere wird festgelegt,

daß das Abkommen 90 Tage nach der Hinterlegung der Ratifizierungsurkunde im Bereich dieses Landes in Kraft tritt und daß Nichtmitgliedstaaten zum Beitritt aufgefordert werden können.

Abkommen über den Personenverkehr

Dieses Abkommen über den grenzüberschreitenden Personenverkehr zwischen den Mitgliedsländern des Europarats, das in Paris am 13. Dezember von den Vertretern von sieben Ländern unterzeichnet wurde, tritt in Frankreich, Italien und Belgien am 1. Januar 1958 in Kraft. Der Zweck dieses Abkommens ist, den Staatsangehörigen der Signatarstaaten den Grenzübergang mit der Vorlage eines Personalausweises zu ermöglichen. Diese Erleichterung gilt jedoch nur für Aufenthalte von einer Dauer von weniger als drei Monaten. Für längere Aufenthalte oder wenn eine Erwerbstätigkeit in dem anderen Lande aufgenommen wird, kann die Vorlage eines Passes oder eines Sichtvermerks gefordert werden.

Die Bestimmungen dieses Abkommens berühren die auslandspolizeilichen Vorschriften in den einzelnen Ländern nicht. Jede Partei behält sich vor, die Einreise oder den Aufenthalt von unerwünschten Personen zu verhindern. Jede Signatarmacht behält sich das Recht vor, die Bestimmungen dieses Abkommens nicht sofort anzuwenden oder sie zeitweilig außer Kraft zu setzen, falls Gründe der öffentlichen Sicherheit dies erforderlich machen. In diesen Fällen ist jedoch der Generalsekretär des Europarats zu benachrichtigen.

In Artikel 4 wird festgestellt, daß die Bestimmungen dieses Abkommens weitergehende Abmachungen zwischen einem oder mehreren Signatarstaaten nicht berühren. Ein Verzeichnis der als für den Grenzübergang gültig anerkannten Ausweise ist dem Text des Abkommens beigelegt.

Rechtsausschuß

Dieser Ausschuß tagte vom 7. bis zum 9. Dezember 1957 in Rom unter dem Vorsitz von Herrn Azara (Christl. Dem., Italiener). Der Ausschuß nahm einen Bericht des Abgeordneten Wahl (CDU, Deutscher) über die Schiedsgerichtsbarkeit in internationalen Zivilrechtsfällen an. Es wurde beschlossen, diese Frage auf die Tagesordnung der Januarsitzung der Versammlung zu setzen und die dringliche Behandlung zu fordern.

Ein weiterer Bericht des Abgeordneten Wahl behandelte die Verringerung der Fälle von mehrfacher Staatsangehörigkeit. Nach einer ersten Prüfung dieses Berichtes wurde beschlossen, das Studium dieser Frage auf einer der kommenden Sitzungen des Ausschusses fortzusetzen.

Der Ausschuß hatte sich mit einer weiteren Anzahl von Empfehlungsvorschlägen zu befassen. Für jede dieser Fragen wurde ein Berichterstatter bestellt:

Herrmod Lannung (Soz. Lib., Däne) über die Verseuchung der Meere durch Atommüll;

Herr Tončić (ÖVP, Österreicher) über das internationale Recht im Raum über der Erdatmosphäre;

Herr Wahl über die Schaffung eines europäischen Obergerichtes;

Herr *Strasser* (SPÖ, Österreicher) über den diplomatischen Schutz;

Herr *Flanagan* (Fianna Fail, Ire) über die Konvention über das auf Unterhaltsverpflichtung der Kinder anwendbare Recht.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am 13. Januar 1958 in Straßburg statt.

Strafrechtsreform

Der Unterausschuß für Strafrechtsreform, der vom Rechtsausschuß aufgrund eines Vorschlages des Abgeordneten *Hale* (Labour, Brite) (Dok. 674) eingesetzt wurde, trat erstmalig am 10. Dezember 1957 unter dem Vorsitz von Herrn *Azara* (Christl. Dem., Italiener) zusammen. Auf dieser ersten Sitzung wurde ein Bericht des Abgeordneten *Hale* entgegengenommen und ein Arbeitsprogramm festgelegt.

Die nächste Sitzung des Unterausschusses findet am 13. Januar in Straßburg statt.

Untersuchung auf Cypern

Der Unterausschuß der Menschenrechtskommission, der eine Untersuchung auf der Insel Cypern im Zusammenhang mit der griechischen Beschwerde durchführen wird (vgl. Mitteilungen des Europarats, 7. Jahrgang, Nr. 11—III), hat jetzt mit der britischen Regierung die notwendigen Verhandlungen geführt, um seine Untersuchung am 13. Januar 1958 zu beginnen.

Diese Untersuchung erstreckt sich ausschließlich auf die Feststellung, ob und in welchem Maße in Cypern eine öffentliche Gefahr besteht, die das Leben des Volkes im Sinne des Artikels 15 der Menschenrechtskonvention bedroht. Ferner werden gewisse Fälle der Ausgangsbeschränkung zu untersuchen sein.

V. SOZIALE FRAGEN

Öffentliches Gesundheitswesen

Der Sachverständigenausschuß für öffentliches Gesundheitswesen hielt vom 12. bis zum 14. Dezember seine 7. Sitzung in Straßburg unter dem Vorsitz von Herrn *Léon Molitor* (Luxemburg) ab. Beobachter der Weltgesundheitsorganisation und der Schweiz nahmen an der Sitzung teil.

Betreffend die Einfuhr von Heilmitteln menschlichen Ursprungs hat der Ausschuß beschlossen, eine Arbeitsgruppe mit der Revision des Abkommensentwurfes über diese Frage zu beauftragen. Dieser Entwurf war von einer Gruppe von drei Sachverständigen unter dem Vorsitz von Herrn *Spaander* (Niederlande) ausgearbeitet worden. Es wurde vorgeschlagen, diese Arbeitsgruppe im kommenden März zusammentreten zu lassen.

Betreffend die Vereinheitlichung der Vorschriften und Verfahren beim Leichentransport hat der Ausschuß beschlossen, dem Ministerausschuß zu empfehlen, die Mitgliedsregierungen zum Beitritt zum Berliner Abkommen über diese Frage aufzufordern. Der Ausschuß hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Mitgliedsregierungen ebenfalls dem Abkommen der

UNESCO über den freien Verkehr von Filmen über die medizinische Ausbildung beitreten. Die Delegationen kamen überein, sich über die zum Export geeigneten Filme gegenseitig zu unterrichten.

Weiterhin wurden behandelt: das Programm des Europarats für die medizinischen Stipendien, die freie Einfuhr wissenschaftlichen Gerätes für den Gebrauch in Krankenhäusern und Laboratorien und die Vereinheitlichung der Ausbildung von Krankenschwestern.

Der Ausschuß wird seine nächste Sitzung im Januar 1958 abhalten.

Vorläufiges Abkommen über Soziale Sicherheit

Frankreich hat am 18. Dezember beim Generalsekretär des Europarats die Ratifizierungsurkunde für die beiden vorläufigen Abkommen über Soziale Sicherheit hinterlegt. Damit treten diese Abkommen in Frankreich am 1. Januar 1958 in Kraft.

VI. KULTURELLE FRAGEN

Europäischer Schultag

Der Ministerausschuß des Europarats hat beschlossen, die Schirmherrschaft über den Europäischen Schultag zu übernehmen. Diese Veranstaltung, die sich zur Zeit über neun europäische Länder ausdehnt, wird von einem internationalen Komitee unter dem Vorsitz von Professor *Henri Brugmans*, Rektor des Europa-Kollegs in Brügge, geleitet.

VII. NICHT VERTRETENE NATIONEN

Der Ausschuß zur Wahrung der Interessen der im Europarat nicht vertretenen Nationen tagte am 3. und 4. Dezember 1957 unter dem Vorsitz von Karl *Wistrand* (Konserv., Schwede) in Paris und beschäftigte sich mit seinem Arbeitsprogramm für das Jahr 1958.

Ferner wurde der Bericht eines Entwurfes des Abgeordneten *J. Altmaier* (SPD, Deutscher) angenommen, der sich mit der Versammlung der versklavten Nationen befaßt. Dieser Bericht wird der Beratenden Versammlung auf ihrer Volltagung im April 1958 vorgelegt werden.

Herr *Strasser* (SPÖ, Österreicher) legte einen Bericht über die Befreiung politischer Gefangener in Mittel- und Osteuropa vor. Dieser Bericht entstand auf eine Empfehlung des Abgeordneten *Wistrand* und mehrerer seiner Kollegen (Dok. 748). Der Ausschuß stimmte diesem Bericht zu und wird ihn im Januar der Beratenden Versammlung vorlegen.

Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am 13. Januar in Straßburg statt.

VIII. KOMMUNALE ANGELEGENHEITEN

Europäische Konferenz der Kommunalvertreter

Der Ministerausschuß hat folgende Entschliebung angenommen:

Der Ministerausschuß hat von der Empfehlung Nr. 138 der Beratenden Versammlung über die Organisation der europäischen Konferenz der Kommunalvertreter Kenntnis genommen und ist sich der Bedeutung, welche die Teilnahme der Vertreter der Gemeinden und

Gemeindeverbände für die Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit hat, bewußt.

Der Ministerausschuß beschließt, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit eine neue europäische Konferenz der Kommunalvertreter im Laufe des Jahres 1958 durchgeführt werden kann.

Ausschuß für kommunale Angelegenheiten

Dieser Ausschuß tagte vom 15. bis zum 17. Dezember unter dem Vorsitz von Herrn Jacques Chaban-Delmas (Soz.-Rep., Franzose) in Bordeaux. Den Vorsitz führten ebenfalls die Herren Jakob Altmaier (SPD, Deutscher) und John Hay (Konserv., Brite). Im Rahmen einer Feier verlieh der Präsident der Beratenden Versammlung, Herr Fernand Dehousse, Herrn Chaban-Delmas in seiner Eigenschaft als Bürgermeister von Bordeaux den Europapreis, der in diesem Jahre den Städten Bordeaux und Turin verliehen worden war. Bürgermeister und Gemeindevertreter des Departements der Gironde nahmen an der Feier teil.

Der Ausschuß bereitete die Tagesordnung für die 2. Europäische Konferenz der Kommunalvertreter vor, deren Durchführung vom Ministerausschuß genehmigt wurde (siehe oben). Außerdem beschloß der Ausschuß, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um in diesen Gemeinden Europas eine illustrierte Broschüre „Notre Europe“ zu verbreiten, welche hauptsächlich für die Jugend bestimmt ist.

IX. NATIONALE PARLAMENTE

Bonn: Am 12. Dezember bestimmte der Bundestag die Mitglieder der deutschen Delegation bei der Beratenden Versammlung für das kommende Jahr:

Abgeordnete: die Herren von Bismarck, Furler, Heye, Kiesinger, Kopf, Leverkuehn, Frau Rehling, die Herren Schütz, Seidl und Serres (CDU), die Herren Altmaier, Blachstein, Frau Hubert, die Herren Kalbitzer, Meier, Paul und Schmid (SPD), Herr Becker (FDP).

Stellvertreter: die Herren Even, Gerns, Höfler, Jaeger, Lückner, Frau Maxsein, die Herren Meyers, Wahl, Frau Weber und Herr Zimmer (CDU), die Herren Bauer, Birkelbach, Erler, Jacobs, Kühn, Kurlbaum und Metzger (SPD), Herr Mende (FDP).

X. VERSCHIEDENES

Postwertzeichen des Europarats

Eine Briefmarke mit dem Wert von 35 Ffrs., die sich zur Zeit in Frankreich im Umlauf befindet, wird den Überdruck „Conseil de l'Europe“ erhalten. Dieses Postwertzeichen dient ausschließlich zur Freimachung der dienstlichen Sendungen des Europarats und für die Korrespondenz der Abgeordneten der Beratenden Versammlung. In allen anderen Fällen ist eine Frankierung mit dieser Briefmarke ungültig.

Für Briefmarkensammler wird während der Sitzungsperioden der Beratenden Versammlung ein Verkauf im Sonderpostamt des Europarats in Straßburg ab 14. Januar stattfinden.

Gleichzeitig wird der Verkauf im Hauptpostamt in Paris eröffnet werden. Dieses Postwertzeichen wird so lange Gültigkeit haben, bis die französische Postverwaltung drei Sondermarken für den Europarat herausgibt. Die Briefmarke mit Überdruck wird ab 17. April 1958 auch im Hause des Europarats auf der Brüsseler Ausstellung zum Verkauf gelangen.

VORLÄUFIGER TERMINKALENDER

10. und 11. Januar:	Beratender Ausschuß der Generalsekretäre (Paris)	4. — 7. Februar:	Sachverständigenausschuß für Sozialversicherungsfragen (Straßburg)
13. Januar:	Politischer, Rechts- und Kultur-Ausschuß; Ausschuß für nicht vertretene Nationen (Straßburg)	17. — 21. Februar:	Sozialer Ausschuß (Straßburg)
13. Januar (ca. eine Woche):	Sachverständigenausschuß für die Prüfung der juristischen Einwände gegen den Austausch von Fernsehprogrammen (Straßburg)	19. — 26. Februar:	Sachverständigenausschuß für Zwangsversicherung von Kraftfahrzeugen (Straßburg)
14. — 17. Januar:	3. Teil der 9. Sitzungsperiode der Beratenden Versammlung (Straßburg)	24. — 28. Februar:	Außerordentliche Sitzung der Gemeinsamen Versammlung (Straßburg)
4. Februar:	56. Sitzung der Stellvertreter der Minister (Straßburg)	25. und 26. Februar:	Präsidium des Kultursachverständigen-Ausschusses (Straßburg)
		28. Februar — 1. März:	Unterausschuß für die Gleichwertigkeit der Schulabgangszeugnisse (Straßburg)